

Zielsetzungen und Schwerpunkte

Hochöfen von Magnitogorsk und inspirierten die KünstlerInnen zu diesen Orten gewidmeten Kunstwerken, die in einer speziell für das Projekt renovierten historischen Fabrikhalle im Herzen Moskaus präsentiert wurden. Die Ausstellung vereinte einige der wichtigsten österreichischen und russischen Institutionen in einem gemeinsamen Projekt, das nicht nur beim Moskauer Publikum zu einem großen Erfolg wurde, sondern auch über Russland hinaus für ein positives Echo vor allem in der Fachpresse des gesamten deutschsprachigen Raumes sorgte.

Im Rahmen der **Europäischen Kulturhauptstädte 2015 (Mons und Pilsen)** beteiligte sich Österreich mit einem reichhaltigen Programm. Um Österreich als innovativ-kreatives Land mit seinem vielfältigen, historisch gewachsenen kulturellen und wissenschaftlichen Reichtum präsentieren zu können sowie dem Motto „Où la technologie rencontre la culture“ zu entsprechen, wurden für die **Kulturhauptstadt Mons 2015** vor allem Schwerpunkte in den Bereichen Neue Medien, Digitale Kunst, elektroakustische Musik und Multimediales gesetzt. Vom 3. bis 7. September fand in Mons zudem eine **Österreich-Woche** statt, welche die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf Bildungssysteme und kreative Produktionsprozesse thematisierte. Im Rahmen der **Kulturhauptstadt Pilsen 2015** bildeten die Zusammenarbeit mit der „Ars Electronica“, das Schaffen von Adolf Loos, Filme sowie Ausstellungen zeitgenössischer Kunst die Schwerpunkte der österreichischen Beteiligung. Im März fand in Pilsen zudem eine vom ÖKF Prag unter Einbindung des BKA organisierte **Österreich-Woche** statt.

Im Bereich **Ausstellungen** ist es gelungen, sowohl mit dem etablierten Programm der Wanderausstellungen, als auch durch gezielte Förderungen von Einzelausstellungen, Gruppenausstellungen und thematischen Ausstellungen ein innovatives und dynamisches Bild Österreichs, seiner KünstlerInnen und seines kulturellen Erbes und Reichtums zu präsentieren. Dies mit der Zielsetzung, zeitgenössische österreichische KünstlerInnen international bekannt(er) zu machen.

Seit 2009 unterstützt das BMEIA das quartier21 im MuseumsQuartier Wien bei der Gestaltung eines internationalen Ausstellungsprogrammes. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit dem Titel **„freiraum Q21 INTERNATIONAL“** wurden in diesem Jahr drei Ausstellungen präsentiert: „united nations extended – The Vienna Dialog“ gab einen Einblick in das Spannungsfeld zwischen Kunst und Politik am Beispiel der Vereinten Nationen; „Anmerkungen zum Beginn des kurzen 20. Jahrhunderts“ war ein Versuch, die geschichtlichen Spuren des Ersten Weltkrieges in der Gegenwart darzulegen und den Umgang mit ihnen zu reflektieren; bei der Anti-Kriegsausstellung „Levitate“ – in Anlehnung an die 1967 in den USA unter dem Titel „Levitate the Pentagon“ organisierte Aktion gegen den Vietnamkrieg – schließlich war die Levitation das Leitmotiv für Protest, Widerstand und Freiheit.

Im Bereich **Musik** ist das Ziel der Österreichischen Auslandskultur, das facettenreiche Musikland Österreich als innovativ und dynamisch zu prä-

Auslandskulturpolitik

sentieren. Die Unterstützung zeitgenössischer österreichischer Musik stellt daher weiterhin einen wichtigen programmatischen Schwerpunkt dar. Dabei unterstützt das Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur musikalische Darbietungen in einem sehr weiten Spektrum, von der Klassik über Jazz, Weltmusik und Pop bis hin zu Neuer Musik und experimentellen Ansätzen (Elektronik, Klanginstallationen). Vorrangig unterstützt werden MusikerInnen, die für das im Jahr 2002 gestartete, überaus erfolgreiche Nachwuchsprogramm für junge österreichische SolistInnen und Ensembles „The New Austrian Sound of Music“ (**NASOM**) aufgenommen wurden. Im Frühjahr 2015 wurden 25 neue NASOM-Acts für das Biennium 2016/2017 ausgewählt.

Lesungen von AutorInnen nahmen den größten Teil der Aktivitäten im Bereich „**Literatur**“ ein, allen voran mit den für das Literaturförderprogramm „SchreibART Austria“ ausgewählten Autoren Xaver Bayer, Leopold Federmaier, Hanno Millesi, Clemens Setz und Thomas Stangl sowie den Autorinnen Ann Cotton, Olga Flor, Sabine Gruber, Maja Haderlap, Angelika Reitzer und Gerhild Steinbuch. Neben diesen wurden zahlreiche weitere AutorInnen zu Lesungen ins Ausland eingeladen, wie etwa Martin Amanshauser, Thomas Antonic, Anna Baar, Christoph Bauer, Zdenka Becker, Antonio Fian, Milena Michiko Flašar, Marjana Gaponenko, Karl-Markus Gauß, Thomas Glavinic, Constantin Göttert, Sandra Gugić, Josef Haslinger, Cornelius Hell, Konstantin Kaiser, Vea Kaiser, Daniel Kehlmann, Markus Köhle, Alfred Komarek, Mieke Medusa (Doris Mitterbacher), Eva Menasse, Lydia Mischkulnig, Alexander Peer, Karin Peschka, Dine Petrik, Ursula Poznanski, Teresa Präauer, Julia Rabinowich, Christoph Ransmayr, Eva Rossmann, Tex Rubinowitz, Robert Schindel, Sabine Scholl, Raoul Schrott, Caroline Schutti, Michael Stavarič, Heinrich Steinfest, Marlene Streeruwitz, Judith Taschler, Vladimir Vertlib, Peter Waterhouse, Peter Waugh, Renate Welsh und Josef Winkler.

Der **Theaterbereich** umfasste Aufführungen österreichischer DramatikerInnen, die Teilnahme österreichischer Theatergruppen an internationalen Theaterfestivals, szenische Lesungen von Theaterstücken österreichischer AutorInnen, und Aufführungen österreichischer Produktionen wie etwa von ARTIG, Walter Baco, Editta Braun Company, Annette Grömminger/Isabel Blumenschlager, Irrwisch, Karin Schäfer Figurentheater, Theater.nuu, teatro caprile, Toihaus Theater und Max Reinhardt Seminar.

Im Bereich des Schwerpunktes „**Tanz**“ wurden Auftritte von ChoreographInnen und TänzerInnen bzw. Tanzkompagnien aus Österreich bei Festivals und im Rahmen von Workshops im Ausland unterstützt. Eine wichtige Rolle spielte dabei das innovative Förderprogramm INTPA (Internationales Netz für Tanz und Performance Austria) eine Kooperation von Tanzquartier Wien, BKA und BMEIA. Im Ausland traten u.a. auf alien productions, Ziya Azazi, Gloria Benedict, Dagmar Dachauer, Willi Dorner, Alexander Gottfarb und Alexander Deutinger, Silke Grabinger, Andrea Hackl, Anne Juren, Melanie

Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Maar, Rosa Rodelius, Jasmine Schaitl, SEAD Salzburg, Superamas, Christian Ubl, Martin Ubl, Doris Uhlich und Dorothea Zeyringer.

Im **Filmbereich** wurden neben der Unterstützung der Teilnahme österreichischer Filme bei europäischen und internationalen Filmfestivals eine Reihe österreichischer Filmwochen oder Filmtage von den Vertretungsbehörden und Kulturforen initiiert. Die seit dem Jahr 2011 bestehende Kooperation mit der Ars Electronica Linz im Bereich des Animationsfilmes wurde aufgrund des ungebrochen großen Interesses fortgesetzt; bisher fanden Veranstaltungen in 30 Ländern statt. Die Kooperation mit der Akademie des Österreichischen Films im Bereich des Kurzfilmes wurde ebenfalls verlängert. Seit dem Jahr 2013 werden ausgewählte Filme als „Österreichische Kurzfilmschau“ durch das Auslandskulturnetzwerk des BMEIA im Ausland präsentiert. Bisher gab es 121 Präsentationen in 20 verschiedenen Ländern.

Durch die „**Österreichische Kurzfilmschau**“ konnten bei zahlreichen Veranstaltungen Österreich-Schwerpunkte gesetzt und vor allem jungen Filmschaffenden eine Plattform geboten werden. Die Einbindung der Österreich-LektorInnen im Ausland in das Programm der „Österreichischen Kurzfilmschau“ führte zu einer Ausweitung der Kurzfilmvorführungen – mit ausgezeichneter Resonanz – in den internationalen Schul- und Universitätsbereich. In Kooperation mit dem Internationalen Filmfestival „Tricky Women“ in Wien, dem weltweit einzigen Filmfestival, das sich ausschließlich dem Animationsfilmschaffen von Frauen widmet, wurde eine Reihe ausgewählter Animationsfilme österreichischer Künstlerinnen in elf Ländern präsentiert. Die Kooperation wird weitergeführt und stellt eine Möglichkeit dar, auch im Filmbereich zu einem möglichst ausgewogenen Geschlechterverhältnis beizutragen bzw. bewusste Akzente in diese Richtung zu setzen.

14.2. Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Österreich verstärkte seine Dialogbemühungen angesichts extremistischer Gewalttaten im Namen – und damit in Missbrauch – von Religion sowie im Spannungsfeld von Migration und Integration. Dabei wurden auch die Dialogmethoden weiterentwickelt. Der regelmäßige Austausch über gemeinsame Werte des Zusammenlebens in der Vielfalt der Kulturen und Religionen, über Glauben und Weltanschauungen und die Fundamente unserer Rechtsordnung sind dabei von grundlegender Bedeutung. Der Dialog ist ein wichtiges Mittel sowohl in der Prävention, wie auch in der Aufarbeitung terroristischer Akte im Anliegen um den Erhalt unserer offenen und inklusiven Gesellschaften.

Der Dialog mit dem Islam, den Österreich seit vielen Jahren sowohl auf staatlich souveräner als auch auf wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene pflegt, wurde weiter intensiviert (6. Religionsdialog mit dem Iran in Wien, 5. bis 7. Oktober, 5. Religionsdialog mit Indonesien in Wien, 5. bis 7. November). Die Dialoge beschäftigten sich mit den Themen Freiheit, Reli-

Auslandskulturpolitik

gion und Gewalt und der Akkulturierung von Religion, ebenso wie mit der Frage des Umgangs mit religiöser Diversität. Mit den Westbalkanstaaten wurde der Dialog als Maßnahme im Kampf gegen Djihadismus diskutiert, ebenso wie die Entwicklung eines Islam europäischer Prägung. Auf den Erfahrungen der Frauenbeauftragtenschulungen konnte das internationale Symposium „Islam in der Stimme der Frau: im Dialog mit zeitgenössischen muslimischen Schriftstellerinnen“ (Hittisau, 18. bis 21. August) aufbauen, das die intellektuelle und gestaltende Rolle von Frauen im Islam in einen interkulturellen Dialog mit westlichen Perspektiven brachte.

Auf multilateraler Ebene war die Task Force Dialog der Kulturen im BMEIA eingeladen, im Rahmen des Ministerkomitees des **Europarats** über die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs (Sarajewo, 2. und 3. November) über seine Arbeit zu berichten. Die VN-Generalversammlung nahm am 6. Juli eine Resolution zur institutionellen Stärkung der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC) an.

Die österreichischen Vertretungsbehörden tragen die Dialogtradition der österreichischen Außenpolitik, die seit den 1980er Jahren besteht, in zahlreichen Dialogprojekten als **Dialog der Kulturen durch Kunstschafter** mit. Der vom BMEIA ins Leben gerufene und am 2. September bereits zum zweiten Mal durch Bundesminister Sebastian Kurz überreichte **Intercultural Achievement Award** ist Ausdruck dieser weltweiten thematischen Vernetzung hinein in die Entwicklungszusammenarbeit, in den Medienbereich und in die Integration.

Das Internationale Dialogzentrum in Wien (KAICIID) hat im April eine Neuausrichtung beschlossen, die ein klares Bekenntnis zu Religionsfreiheit und einen stärkeren Fokus auf das Verhältnis von Religionsfreiheit und Menschenrechte enthält. Die schrittweise Umsetzung dieser Neuausrichtung wird von Österreich, wie auch von den anderen Vertragsparteien und dem Vatikan, laufend beobachtet und begleitet. So hat etwa die Öffentlichkeitsarbeit des Zentrums eine Verbesserung erfahren und wird von internationalen Medien positiv rezipiert.

Das Zentrum baut seine internationalen Partnerschaften, insbesondere im Bereich der VN (u.a. UNESCO-Schulbuchprogramm für den Mittleren Osten) und in der Zivilgesellschaft (u.a. Peace Mapping Programme) weiter aus und initiierte und begleitete internationale Konferenzen zum Themenbereich Gewalt und Religion und Schutz religiöser Minderheiten im Mittleren Osten. Länderspezifisch arbeitet das internationale Dialogzentrum in Myanmar, Nigeria und der Zentralafrikanischen Republik.

*Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft***14.3. Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union**

Kulturpolitik ist gemäß Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Der EU kommt lediglich eine unterstützende und koordinierende Rolle zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu.

In den EU-Außenbeziehungen wurde jedoch die Kultur als zentrales Element erstmals in der Kulturagenda 2007 anerkannt. Hier wurden der Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt sowie der interkulturelle Dialog als Prioritäten festgelegt. Seither hat sich Österreich immer wieder für die strategische Einbeziehung von Kultur in den EU-Außenbeziehungen stark gemacht.

Der luxemburgische Vorsitz organisierte vom 3. bis 4. September eine Fachkonferenz zum Thema „Kultur und Entwicklung“. Am 24. November verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zur „Rolle der Kultur in den EU-Außenbeziehungen und insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit“. Beim Rat ebenfalls beschlossen wurde eine Änderung des Arbeitsplans für Kultur (2015–2018) hinsichtlich des Vorrangs für den interkulturellen Dialog. Zum Schwerpunkt „Integration von Flüchtlingen durch Kunst und Kultur“ soll nun eine Expertengruppe bewährte Verfahren identifizieren und ein Handbuch erstellen.

14 der 29 österreichischen Kulturforen, 38 der 65 Österreich-Bibliotheken und sieben der acht Österreich Institute weltweit sind in der EU tätig. Sie engagieren sich für kulturellen Austausch, die Förderung der europäischen Mehrsprachigkeit, v.a. der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung innerhalb der EU und unterstützen die Karrierechancen österreichischer KünstlerInnen auf dem für sie besonders wichtigen europäischen Kunst- und Kulturmarkt.

Eine weitere Form der europäischen Kulturkooperation stellt das Netzwerk der Nationalen Europäischen Kulturinstitute (EUNIC) dar. EUNIC wurde 2006 als informelles Netzwerk gegründet und 2011 als statutenmäßiger Verein konstituiert. Ihm gehören derzeit 34 europäische Kulturinstitute an. Weltweit haben sich bereits über 100 sogenannte EUNIC-Cluster als Kooperationsnetzwerke der lokalen EU-Kulturinstitute formiert.

14.4. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Kultur- und Wissenschaftsabkommen sind ein wesentlicher Bestandteil bilateraler Zusammenarbeit auf den Gebieten Bildung, Hochschulwesen, Forschung sowie Kunst und Kultur. Ihr Ziel ist es, ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen den Menschen zweier Länder zu ermöglichen und die

Auslandskulturpolitik

Beziehungen zwischen den Staaten zu stärken. Sie bilden nützliche Grundlagen für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, der sich von der Förderung des Unterrichts der Sprache, Literatur und Landeskunde, der Gewährung von Stipendien, dem Austausch von LektorInnen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Denkmalschutzes, der Wissenschaft, der Jugend und des Sports bis zur Förderung zeitgenössischer Kunst erstreckt.

Im Rahmen des „Kulturjahres Österreich-Serbien 2015“ wurde am 12. Mai zum Abschluss der vierten Tagung der österreichisch-serbischen Kulturkommission in Belgrad ein neues kulturelles Arbeitsprogramm für die Jahre 2015–2019 unterzeichnet. Wichtige Träger der Zusammenarbeit sind das ÖKF Belgrad, die beiden Österreich-Bibliotheken in Belgrad und Novi Sad, KulturKontakt Austria, die Bildungsbeauftragte für Serbien sowie die serbische Botschaft in Wien.

Am 19. Mai fand in Kiew die sechste Tagung der österreichisch-ukrainischen Gemischten Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ) statt, am 28. Mai tagte die dritte österreichisch-indische Gemischte WTZ-Kommission in Wien.

Bei der zweiten Tagung der österreichisch-tschechischen Kulturkommission am 30. Juni in Prag wurde die Fortsetzung und Intensivierung der Kulturkooperation zwischen Österreich und Tschechien beschlossen. Mit dem neuen Arbeitsprogramm wird der gemeinsame kulturelle Austausch in den nächsten fünf Jahren noch weiter intensiviert. Vereinbart wurde auch die Fortsetzung des Programms der „Aktion Österreich – Tschechische Republik, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“. In diesem Rahmen soll vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert werden, um so auch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zwischen tschechischen und österreichischen Studierenden, akademischen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen beizutragen.

Am 15. September verabschiedete die österreichisch-polnische Kulturkommission in Wien das neue österreichisch-polnische Kulturarbeitsprogramm 2015–2019. Die vom ÖKF Warschau alljährlich in Kooperation mit dem BMBF, dem Regionalen Lehrerfortbildungsinstitut in Katowice und dem Österreich Institut Warschau organisierten „Österreich-Tage“ (Kurzseminare zur österreichischen Landeskunde für polnische DeutschlehrerInnen) werden als Teil des Kulturarbeitsprogramms auch in den nächsten fünf Jahren weitergeführt. Ebenso wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Filmschaffenden und Filminstitutionen, zur Durchführung von Filmzyklen und zur Teilnahme an internationalen Filmfestivals im jeweils anderen Land ins Auge gefasst. Im Bereich der Bibliothekszusammenarbeit wurde die hervorragende Stellung der Österreich-Bibliotheken in Warschau, Krakau, Oppeln, Posen, Rzeszów und Breslau hervorgehoben.

Weitere Kulturgespräche fanden im Oktober in Podgorica mit Montenegro und in Tel Aviv mit Israel statt. Im November und Dezember tagten in Wien

Wissenschaft, Bildung und Sprache

Gemischte WTZ-Kommissionen mit Kroatien, der Slowakei und Slowenien sowie in Belgrad mit Serbien.

14.5. Wissenschaft, Bildung und Sprache

An Universitäten, vor allem in Europa und Nordamerika sowie in Israel bestehen **Österreich-Lehrstühle und Studienzentren**, deren Aufgabe es ist, im akademischen Leben des Gastlandes die **Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen** zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen sowie wissenschaftliches Arbeiten samt Publikationen im jeweiligen Themenbereich anzuregen. Regelmäßige Kooperationen der Lehrstühle und Studienzentren mit Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen tragen zur Erfüllung dieser Aufgaben maßgeblich bei.

Die Betreuung von **StipendiatInnen** und die Administration verschiedener **Mobilitätsprogramme** wie Erasmus+ und bilateraler Stipendienprogramme, Programme der Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erfolgt durch die **OeAD-GmbH**. Diese fungiert als Partner des BMEIA, welches in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information sowohl für die Vertretungsbehörden im Ausland als auch für die ausländischen Vertretungen in Österreich übernimmt.

Wissenschaft und Technologie kommt im 21. Jahrhundert in zunehmendem Maße eine Schlüsselrolle in der Auseinandersetzung mit den großen, weltweite internationale Kooperation erfordernden Herausforderungen unserer Zeit zu, wie z.B. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, Klimawandel, globale Aufgaben im Gesundheitsbereich oder Energiefragen. Daher nimmt der Bereich Wissenschaft in der österreichischen Außenpolitik einen immer bedeutsameren Stellenwert ein. Vor diesem Hintergrund vermarkten die **Offices of Science and Technology Austria (OSTA)** in Washington D.C. und Peking den Technologiestandort Österreich und sind die erste Adresse für den Ausbau der österreichischen Beziehungen zu den USA und Kanada bzw. China auf dem Gebiet der Forschung und Technologieentwicklung. Diese Büros sind als strategische Schnittstellen und Informationsdrehscheiben in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Hochschul- sowie Technologiepolitik konzipiert. Die OSTAs arbeiten in enger Kooperation mit den österreichischen Ministerien und Forschungseinrichtungen und ihren zugeordneten Forschungs-, Wissenschafts- und Technologieorganisationen (wie z.B. Austrian Institute of Technology, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft, Austria Wirtschaftsservice, Wissenschaftsfonds, Österreichischer Austauschdienst, AustriaTech) sowie den Außenstellen der Wirtschaftskammer.

Die **Österreich Institut GmbH** zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und **Förderung des Deutschunterrichts im Ausland** und zur Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen wurde 1997 gegründet, um die für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtigen, bis dahin an den Österreichischen Kulturinstituten angebotenen Deutsch-

Auslandskulturpolitik

kurse eigenverantwortlich weiterzuentwickeln. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich-Institute bestehen in Belgrad, Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Pressburg, Rom und Warschau. Alle Österreich-Institute verstehen sich als Zentren zur Förderung des Studiums und der Pflege der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung.

Derzeit gibt es acht **Österreichische Auslandsschulen**: zwei in Budapest und je eine in Prag, Istanbul, Guatemala City, Shkodra, Querétaro und Liechtenstein. An diesen Schulen gilt der österreichische Lehrplan in Kombination mit curricularen Adaptierungen an das jeweilige Gastland.

Durch die Projektarbeit der **Beauftragten für Bildungsk Kooperation des BMBF** werden des Weiteren einschlägige Reformen in Ost- und Südosteuropa unterstützt.

14.6. Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland sind nach einer rund 25-jährigen Entwicklung etablierte Plattformen des interkulturellen Dialogs, die seit 1989 einen besonderen Beitrag zur Überwindung der geistigen Ost-West-Teilung Europas leisten. Schwerpunktmäßig befinden sie sich in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wie auch in der Schwarzmeer-Region, im Kaukasus und in Zentralasien.

Durch die institutionelle Anbindung an Universitäten und Nationalbibliotheken werden sie von Studierenden und Lehrenden aus dem wissenschaftlichen Bereich wie auch von der breiten Öffentlichkeit besucht. Neben ihrer Eigenschaft als österreichische Wissenschaftssatelliten im Ausland haben sie sich zu wichtigen Informations- und Kulturzentren entwickelt, die in Kooperation mit den Kulturforen und Botschaften kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen. Sie bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Auslandskulturpolitik, die nicht nur im mitteleuropäischen Rahmen hinsichtlich der Breite und Mannigfaltigkeit zur Vermittlung und Förderung der österreichischen Kultur und Geisteswissenschaft im Ausland wesentliche und nachhaltige Akzente setzen.

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen derzeit 65 Bibliotheken in 28 Ländern. Diese führen neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb rund 1.000 Veranstaltungen mit mehr als 120.000 BesucherInnen pro Jahr durch. Mehr als 135.000 Personen frequentieren die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände auf rund 414.000 Bücher, über 5.300 Tonträger, 2.400 CD-Roms, 5.200 DVDs und ungefähr 3.100 Videos angewachsen sind. Alle Österreich-Bibliotheken sind mit W-LAN ausgestattet.

Die über das Web-Portal der Österreich-Bibliotheken www.oesterreich-bibliotheken.at zugängliche Datenbank der österreichischen Literatur in Übersetzungen (Auslands-Austriaca) umfasst bereits 21.480 Einträge (ohne externe Datenbanken in Japan, Russland und Italien). Die im Umfeld von

Österreich-Bibliotheken

Österreich-Bibliotheken entstandenen Übersetzungen werden vielfach mit Übersetzerprämien des BKA und Auszeichnungen im Gastland bedacht.

Die Österreich-Bibliotheken an den Auslandsgermanistikinstituten werden meist von den OeAD-LektorInnen mitbetreut, die als VernetzerInnen zur österreichischen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsarbeit von den LeiterInnen der Österreich-Bibliotheken besonders geschätzt werden. An Standorten mit Österreich-Bibliotheken wird auch das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (ÖSD) vorbereitet, geprüft und vergeben.

In langjähriger Kooperation mit dem Referat „Kultur und Sprache“ im BMBF werden an ausgewählten Veranstaltungsorten im Ausland und in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen Österreich-Tage zu speziellen Österreichthemen abgehalten. Programmgestaltung und Organisation erfolgen gemeinsam durch „Kultur und Sprache“ und die lokalen Kooperationspartner. Die Kurzseminare dienen der Deutschlehrerfortbildung im Ausland.

Österreich-Bibliotheken sind Kulturveranstalter, Sprachvermittler und Vermittler der vielfältigen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im bilateralen und multilateralen Kontext. Ein wichtiges Anliegen des BMEIA liegt in der Vernetzung der Österreich-Bibliotheken, die durch regelmäßige Treffen gefördert wird. Publikationen, die im Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland entstehen, werden seit 2009 in der Reihe „Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland“ im LIT-Verlag veröffentlicht. Ein prominent besetztes österreichisches Herausbergremium betreut diese Wissenschaftsreihe als deren 11. Band „Universities and Elite formation in Central, Eastern and South Eastern Europe“ (Hrsg. Florian Bieber und Harald Heppner) erschien. In der von Prof. Rudolf Agstner gleichfalls LIT-Verlag herausgegebenen Reihe „Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes“ erschien als 11. Band das „Handbuch des Österreichischen Auswärtigen Dienstes, Band 1: 1918–1938 – Zentrale, Gesandtschaften und Konsulate“.

Des Weiteren wurde die von Evelyne Polt-Heinzl herausgegebene Anthologie zur neueren österreichischen Literatur, „Die Generation nach 1960. Texte österreichischer Autoren“, präsentiert.

Die Österreich-Bibliotheken beteiligen sich jedes Jahr an der Aktion „Österreich liest. Treffpunkt Bibliothek“, die mehr als eine halbe Million BesucherInnen im In- und Ausland verzeichnen konnte und von den Mitveranstaltern im Ausland besonders nachgefragt und geschätzt wird.

Im September fand das zehnjährige Jubiläumstreffen der LeiterInnen und wissenschaftlichen BetreuerInnen der Österreich-Bibliotheken im Ausland an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften statt. Bei dem Jubiläumstreffen wurden die Publikationen und laufenden Publikationsprojekte aus dem Umfeld der Österreich-Bibliotheken im Ausland präsentiert und fanden Workshops zu den Themen „Mediale Selbstreferenzen. Das Netzwerk der Presse in

Auslandskulturpolitik

der Habsburgermonarchie und ihren Nachfolgestaaten 1855–1925“ und „Frauen unterwegs. Migrationsgeschichten in der Gegenwartsliteratur“ statt.

Mit Festveranstaltungen, Symposien, Vortragsreihen, Ausstellungen und Konzerten wurden die Bestandsjubiläen der Österreich-Bibliotheken, u.a. in Osijek und Trient/Trento (20-jähriges Bestandsjubiläum) sowie Posen/Poznań (25-jähriges Bestandsjubiläum) begangen.

Die jüngste Österreich-Bibliothek in Zagreb wurde am 11. Juni in Anwesenheit der stellvertretenden Leiterin der Kulturpolitischen Sektion im BMEIA, Teresa Indjein, in das Netz der Österreich-Bibliotheken im Ausland eingliedert. Ein wesentlicher Teil des Bücherbestandes der ehemaligen Bibliothek des ÖKF Zagreb, das bereits 1955 als „Österreichische Lesehalle“ und damit als eine der ersten österreichischen Auslandskulturstellen eröffnet wurde, wurde in den Bestand dieser Bibliothek übernommen.

Buchspenden gingen nicht nur an die Österreich-Bibliotheken sondern auch an germanistische und sozialwissenschaftliche Universitätsinstitute in aller Welt, unter anderem nach Japan, Israel, Südafrika, Polen und in die Russische Föderation.

14.7. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich legte weiterhin besonderes Augenmerk auf die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Festigung seiner Rolle als Standort der Hochtechnologie und beteiligte sich an Programmen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt. In diesen Organisationen wird Österreich durch das BMEIA gemeinsam mit dem BMVIT bzw. dem BMWFW vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg, beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) in Reading (Großbritannien) sowie beim Europäischen Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) in Wien wahrgenommen.

14.8. International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und Fragen der NS-Vergangenheit

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), eine internationale Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin, wurde als Task Force für Internationale Zusammenarbeit für Bildung, Gedenken und Forschung zum

Zukunftsfonds

Holocaust (ITF) 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern. Sie kann dabei auf namhafte internationale wissenschaftliche ExpertInnen zurückgreifen. Mit ihrem Ausschuss zur Bekämpfung von Antisemitismus und Holocaustleugnung, der zusätzlichen Schwerpunktsetzung Roma und der anlässlich des Herbstplenums in Debreczin (Ungarn) beschlossenen Reaktion auf die Flüchtlingskrise kommt die IHRA aktuellen Entwicklungen nach. Die Einflussdiplomatie der 31 Mitgliedstaaten gegen Revisionismus nimmt weiter an Bedeutung zu.

Österreich wurde im Jahr 2001 in die ITF aufgenommen, hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne und zählt seither innerhalb der Allianz zu deren zentralen Akteuren. Die österreichische Delegationsleitung wird vom BMEIA und dem Nationalfonds der Republik Österreich wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch ExpertInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, der Organisation „_erinnern.at_“ sowie des Vereins Gedenkdienst mit. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der IHRA hohes Ansehen.

14.9. Zukunftsfonds

Der Zukunftsfonds der Republik Österreich wurde Ende 2005 als ein verzehrender Fonds aus Restmitteln des im Jahr 2000 errichteten und mit 31. Dezember 2005 geschlossenen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) geschaffen. Seine Aufgabe umfasst die Förderung von Projekten, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen und zu einer Förderung der Achtung der Menschenrechte und der gegenseitigen Toleranz auf diesen Gebieten beitragen, sowie die Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten über diese Themen.

Das BMEIA leistet dem Zukunftsfonds technische und administrative Unterstützung. Darüber hinaus besteht bei zahlreichen der vom Zukunftsfonds geförderten internationalen Projekte eine enge Zusammenarbeit mit dem BMEIA und den einzelnen Vertretungsbehörden, wie insbesondere bei der Neugestaltung der Ausstellung in der österreichischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, bei der Bildungsinitiative zu den Themen Holocaust und Völkermord-Prävention des Salzburg Global Seminar, und beim Intercultural Achievement Award (IAA) 2015. Weitere Zusammenarbeit bestand beim von der Diplomatischen Akademie veranstalteten Ausbildungs-/Trainingskurs für Master StudentInnen aus Israel, Paläs-

Auslandskulturpolitik

tina und Jordanien, bei Kulturprojekten mit Holocaust-Bezug in Johannesburg und in Zagreb sowie im Rahmen eines UNESCO-Forschungsprojekts zu Holocaust-Education. Die in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie veranstalteten Werkstattgespräche zur Präsentation ausgewählter, vom Zukunftsfonds geförderter Projekte wurden fortgesetzt, so u.a. am 29. Jänner: „Von der Opferthese zur europäischen Erinnerungskultur? Zur Neukonzeption der österreichischen Länderausstellung in Auschwitz-Birkenau“. Beim 19. Werkstattgespräch am 24. November wurde die im Böhlau Verlag erschienene Studie von Günter Bischof, Barbara Stelzl-Marx und Alexandra Kofler „Der Zukunftsfonds der Republik Österreich – Entstehung, Entwicklung und Bedeutung“ präsentiert, die eine erste Bilanz über die nunmehr 10-jährige Tätigkeit des Fonds zieht und eine Übersicht über die bisher rund 1.370 unterstützten Projekte bietet.

15. Integration

15.1. Einleitung

Mit der Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 (BGBl. I Nr. 11/2014) fand das Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund erstmals Eingang ins Bundesministeriengesetz und kam zum Wirkungsbereich des BMEIA hinzu. So konnten erfolgreich **Synergien** zwischen inländischer Integrationsarbeit und auswärtigen Angelegenheiten genutzt werden. Integration soll so früh wie möglich beginnen – am besten **noch im Herkunftsland vor Zuzug**. Innerhalb weniger Jahre ist es in Österreich gelungen, in einem bis dahin wenig beachteten Aufgabengebiet unter dem Zugang „**Integration durch Leistung**“ wesentliche strukturelle und inhaltliche Verbesserungen zu erzielen. Dieser positive Trend macht Mut für die zweifellos großen bevorstehenden Herausforderungen.

15.2. Zielsetzungen und Schlüssel zu einer gelingenden Integration

Der **Nationale Aktionsplan für Integration (NAP.I)** wurde im **Jänner 2010** beschlossen. Er zielt auf **Integration durch Partizipation** an wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Prozessen sowie die Einhaltung der damit verbundenen Pflichten ab und enthält dafür einen ausführlichen Katalog an allgemeinen integrationspolitischen **Leitlinien, Herausforderungen und Zielen**. Der NAP.I gliedert sich in die **sieben Handlungsfelder** Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit, sowie Wohnen und die regionale Dimension der Integration, mit jeweils definierten Herausforderungen, Grundsätzen und Zielen.

Die **Zielgruppen** des Nationalen Aktionsplans für Integration sind die Gesamtgesellschaft, ausländische StaatsbürgerInnen, die dauerhaft in Österreich niedergelassen sind, österreichische StaatsbürgerInnen, die im Ausland geboren wurden, sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft in Österreich niedergelassen sind bzw. bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, aber deren Eltern im Ausland geboren wurden.

Dabei bedeutet der Zugang „Integration durch Leistung“, dass Menschen nicht nach ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion beurteilt werden sollen, sondern danach, was sie für Österreich beitragen wollen. Es gilt, diese **Leistung einzufordern, zu ermöglichen und anzuerkennen**. Wesentlich dabei ist das klare Vermitteln österreichischer Werte, die gemeinsam mit dem Erlernen der deutschen Sprache sowie dem raschen Erreichen der Selbsterhaltungsfähigkeit die Basis für das Zusammenleben in Österreich darstellen. Gleichzeitig gilt es, die richtigen **Rahmenbedingungen** für Integration zu schaffen, denn Integration ist ein **wechselseitiger Prozess**, der bei der Mehr-

Integration

heitsbevölkerung Vorurteile abzubauen hilft und bei den Zuwanderern Motivation und Zuversicht schafft, das jeweils individuelle Ziel in Österreich zu erreichen.

15.2.1. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2013–2018

Integration wurde im Regierungsprogramm der aktuellen Legislaturperiode fest verankert: so wurden etwa Themen wie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, die qualifizierte Zuwanderung sowie die verbesserte Sprachförderung in den Vordergrund gerückt und werden umgesetzt.

15.3. Integrationsgremien

15.3.1. Integrationsbeirat

Im Integrationsbeirat, der in **§ 18 des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes (NAG)** verankert ist, sind RepräsentantInnen von **Bund, Ländern, Sozialpartnern und Interessensvertretungen sowie NGOs** vertreten. Der Beirat tritt **zweimal pro Jahr** zusammen und dient der kompetenzübergreifenden Vernetzung und Abstimmung. Damit trägt er der Tatsache Rechnung, dass die **Querschnittsmaterie** Integration viele verschiedene Akteure des öffentlichen Lebens betrifft. Diskutiert wird über den Fortschritt und die Umsetzung der Ziele des Nationalen Aktionsplans für Integration. Im Jahr 2015 wurde insbesondere die Integration von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten thematisiert.

Die Integrationsmaßnahmen und -projekte der Mitglieder des Integrationsbeirats werden, als **Teil des jährlichen Integrationsberichtes**, in der Online-Datenbank „Integrationsprojekte in Österreich“ gesammelt. Die Datenbank ist unter www.bmeia.gv.at/integration/datenbank-integrationsprojekte/ abrufbar.

15.3.2. Expertenrat für Integration

Der unabhängige Expertenrat für Integration unter dem Vorsitz von Prof. Heinz Faßmann sieht für jedes der sieben Handlungsfelder zwei ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis vor; derzeit ist ein Mandat ruhend gestellt. Der Rat ist das **Kompetenzzentrum für Integrationsthemen** und berät zu Fragen und Herausforderungen des Integrationsprozesses. Eine Hauptaufgabe des Expertenrates ist die Erstellung des jährlichen **Integrationsberichtes**, der diesmal insbesondere eine Rückschau auf die vergangenen fünf Jahre der Integration in Österreich sowie Leitgedanken für die Zukunft enthält.

*Thematische Schwerpunkte 2015 – Bilanz***15.4. Thematische Schwerpunkte 2015 – Bilanz****15.4.1. Integrationsplan**

Ziel des 50 Punkte Plans zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (Integrationsplan) ist es, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte so **rasch als möglich** zu integrieren und ihnen zur **Teilhabe in allen Gesellschaftsbereichen** zu verhelfen, um das friedliche Zusammenleben in Österreich zu sichern und wirtschaftlichen Spätfolgen einer gescheiterten Integration entgegenzuwirken. Es geht um die Möglichkeiten und die Bereitschaft der Flüchtlinge, sich aktiv um das eigene Fortkommen zu bemühen und sich in der Gesellschaft einzubringen.

Dazu bedarf es im Sinne des **Subsidiaritätsprinzips Maßnahmen auf allen Ebenen**, um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Integration von Flüchtlingen zu schaffen, **ohne diese aus der Eigenverantwortung zu entlassen**. Entsprechend dem Querschnittscharakter von Integration schlägt der Integrationsplan **Maßnahmen in den sieben Handlungsfeldern** des Nationalen Aktionsplans für Integration 2010 (NAP.I) vor.

15.4.2. Islamgesetz 2015

Das Islamgesetz (RGrBl. Nr. 159/1912) stammte noch aus der Zeit **vor der Entstehung der österreichischen Bundesverfassung** und der heutigen allgemeinen religionsrechtlichen Regelungen. Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie im Jahr 1918 blieb dieses Gesetz auch in der Republik Österreich in Kraft, obwohl innerhalb der neuen Grenzen praktisch keine Muslime mehr lebten. Erst mit der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften in den 1960er Jahren stieg die **Zahl der Muslime in Österreich** bis zum Jahr 2015 kontinuierlich auf **ca. 570.000 Personen** an.

Aufgrund dieser Entwicklung ergab sich die Notwendigkeit, viele Bereiche des Zusammenlebens rechtlich zu regeln. Das „alte“ Islamgesetz bestand lediglich aus wenigen Paragraphen und wurde den heutigen rechtlichen und gesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gerecht. Es war der ausdrückliche **Wunsch der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ)**, eine neue gesetzliche Basis zu schaffen.

Vorarbeiten und Eckpunkte für die Neufassung wurden im Dialogforum Islam (2012) durch das Staatssekretariat für Integration geleistet. Das Islamgesetz wurde somit über einen **Zeitraum von drei Jahren ausgearbeitet**. Alle islamischen Religionsgesellschaften wurden in alle Phasen der Erarbeitung eingebunden. Darüber hinaus wurden Vertreter der Zivilgesellschaft sowie islamische Wissenschaftler und Rechtsexperten involviert. Die Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft unterstützte den Gesetzesentwurf von Beginn an vollinhaltlich, die Islamische Glaubensgemeinschaft stimmte dem Gesetz nach zahlreichen Verhandlungsrunden zu. Das Islamgesetz 2015

Integration

(BGBl. I Nr. 39/2015) wurde am 25. Februar vom Nationalrat beschlossen und trat am 31. März in Kraft.

15.4.3. Anerkennungsgesetz

Rund ein Viertel (23,5 %) der im Ausland geborenen Personen ist für die derzeitige berufliche Tätigkeit **überqualifiziert**; diese Zahl erhöht sich auf **27,1 %**, wenn auch die beruflichen Qualifikationen **im Ausland erworben** wurden. Da Beruf und Erwerbstätigkeit zwei **wesentliche Faktoren im Integrationsprozess** sind ist es wichtig, die Arbeitsmarktintegration neben anderen Maßnahmen auch durch die verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu fördern. Auf europäischer Ebene besteht mit der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bereits ein rechtlicher Rahmen dafür. In Österreich wurden die Inhalte eines Anerkennungsgesetzes über eine **Dauer von rund zwei Jahren** in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Akteuren des Anerkennungsbereichs erarbeitet. Ziel des Anerkennungsgesetzes ist einerseits die **Vereinfachung bestehender Verfahren** zur Anerkennung und andererseits die Einführung von **Verfahren zur Bewertung ausländischer Qualifikationen**. Der Begutachtungsprozess für den Gesetzesentwurf startete am 22. Dezember.

15.4.4. Integrationsförderung

Das BMEIA tritt im Integrationsbereich als Fördergeber auf und unterstützt eine Vielzahl von nachhaltigen und innovativen Integrationsprojekten im Rahmen der nationalen Integrationsförderung sowie mit europäischen Fördermitteln aus dem Bereich Inneres. Die inhaltliche Grundlage für die Integrationspolitik und die nationale Förderstrategie bildet dabei der 2010 von der Bundesregierung beschlossene, auf sieben Handlungsfeldern basierende Nationale Aktionsplan für Integration (NAP.I).

Zielgruppe der nationalen Integrationsförderung sind zugewanderte Drittstaatsangehörige mit längerfristiger Aufenthaltsperspektive, Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, zugewanderte EU-BürgerInnen, österreichische StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund sowie die österreichische Bevölkerung mit nichtdeutscher Muttersprache und Angehörige der Aufnahmegesellschaft. **2015 wurden im Rahmen der Umsetzung des NAP.I insgesamt 134 national geförderte Integrationsprojekte mit einer Fördersumme von 4,6 Millionen Euro unterstützt.**

Ergänzt wird die Umsetzung des NAP.I mit der nationalen Integrationsförderung durch den **Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)** als Nachfolger der vier EU-SOLID-Fonds⁴. Die **Gesamtdotierung** des AMIF für den

4) Zu den EU-SOLID-Fonds gehörten 2007–2013 der Europäische Flüchtlingsfonds (EFF), der Europäische Integrationsfonds (EIF), der Europäische Rückkehrfonds (ERF) und der Europäische Außengrenzenfonds (AGF)

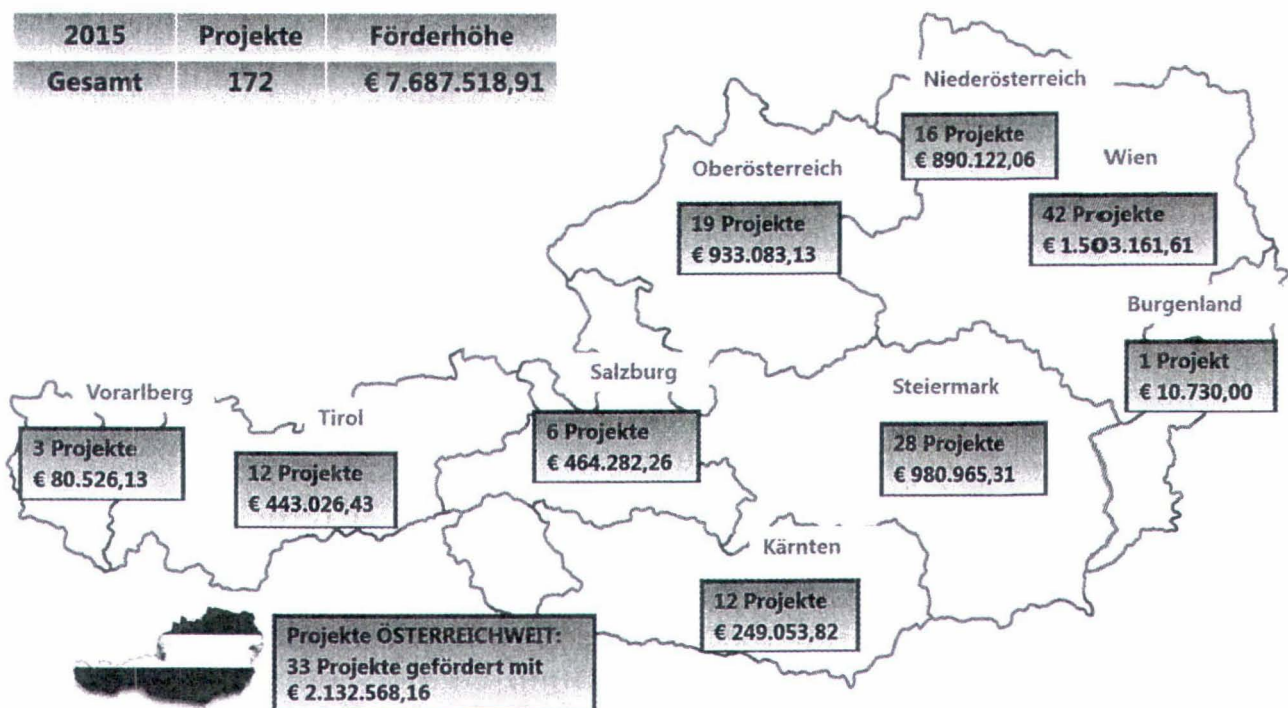
Thematische Schwerpunkte 2015 – Bilanz

Förderzeitraum 2014–2020 beläuft sich auf 3,137 Milliarden Euro, hievon erhält **Österreich rund 64,5 Millionen Euro** für die Bereiche Asyl, Integration und Rückkehr, von welchen 44 % der Verbesserung der Integration von Drittstaatsangehörigen gewidmet sind.

Zielgruppe der Integrationsmaßnahmen des AMIF sind ausschließlich **langfristig in Österreich aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige**, d.h. auch Asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigte, jedoch keine AsylwerberInnen. Für die Abwicklung des AMIF ist das BMI federführend zuständig, während gemäß Bundesministeriengesetz i.d.F. Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 das BMEIA für die Abwicklung von Integrationsmaßnahmen – und somit auch für die Abwicklung der Integrationsmaßnahmen des AMIF – zuständig ist. Bei der ersten Fördermittelvergabe aus dem AMIF Anfang Juli 2015 konnten **38 Integrationsprojekte** ausgewählt werden. Dafür stehen **2015 und 2016 insgesamt rund 8,2 Millionen Euro** zur Verfügung, wovon rund 6,5 Millionen Euro aus EU-Mitteln stammen.

2015 hat das BMEIA insgesamt 172 Integrationsprojekte mit rund 7,68 Millionen Euro gefördert, deren gemeinsames Ziel die Verbesserung der Integration von Drittstaatsangehörigen mit längerfristiger Aufenthaltsperspektive, Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten, EU-Bürger/innen sowie österreichischen StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund durch bedarfsgerechte Investitionen in die persönliche und gesellschaftliche Integration war. Entsprechend der **Förderlandkarte 2015** stellt sich die Verteilung dieser Projekte innerhalb Österreichs wie folgt dar:

2015	Projekte	Förderhöhe
Gesamt	172	€ 7.687.518,91



Integration

15.4.5. Sprachliche Frühförderung

Im August trat die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 in Kraft. Damit wird die 2012 erstmals zwischen Bund und Ländern eigens für die frühe sprachliche Förderung von Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren abgeschlossene Vereinbarung verlängert und inhaltlich erweitert.

Ab dem Kindergartenjahr 2015/16 stehen **60 Millionen Euro an Bundesmitteln** für eine individuelle und gezielte frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung. Damit **vervierfacht der Bund** seine Investitionen, die in der Vorläufervereinbarung zwischen 2012 und 2014 15 Millionen Euro betragen haben. Auch die Bundesländer investieren ab dem Kindergartenjahr 2015/16 weitere 30 Millionen Euro. In den kommenden drei Kindergartenjahren bis 2018 stehen demnach **insgesamt 90 Millionen Euro für die frühe sprachliche Förderung von Kindern in Kindergärten** zur Verfügung.

Ziel der neuen Vereinbarung ist wie bereits 2012 die sprachliche Förderung von drei bis sechsjährigen Kindern, so dass diese mit Volksschuleintritt „die Unterrichtssprache Deutsch (...) möglichst beherrschen“ (Art. 1). Zwischen 2012 und 2014 haben der Bund und die Bundesländer dafür **rund 30 Millionen Euro** investiert.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wurde insbesondere in zusätzliches Förderpersonal wie etwa mobile SprachberaterInnen; die Durchführung von Sprachstandsfeststellungen, auf deren Grundlage gezielte und individuelle sprachliche Frühförderungen für Kinder mit Förderbedarf umgesetzt wurde; die Anschaffung von speziellem Lehrmaterial, z.B. zum Errichten einer digitalen Kinderbücherei; die Weiterbildung des pädagogischen Personals, vor allem in Bezug auf die frühe sprachliche Förderung von Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache u.v.m. investiert. Der Fokus konnte dabei insbesondere auf die Förderung von Kindern mit nicht deutscher Erstsprache gelegt werden.

Zwischen 2012 bis 2014 wurden bei rund 206.484 drei- bis sechsjährigen Kindern eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt und danach **61.844 Kinder gezielt sprachlich gefördert**. Eingesetzt dafür wurden rund 15.074 PädagogInnen und zusätzliches Förderpersonal.

Aufgrund dieses Erfolges der 15a B-VG Vereinbarung 2012 bis 2014 verhandelte das BMEIA bereits ab Sommer 2014 mit den Bundesländern über den Abschluss einer Nachfolge-Vereinbarung, um die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen auch in den Folgejahren sicher zu stellen. Nach mehreren Bund-Länder Verhandlungsrunden konnte die neue Vereinbarung nach Art. 15a B-VG für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 schließlich am 20. August 2015 und damit rechtzeitig zum Start des Kindergartenjahres 2015/16 in allen Bundesländern in Kraft treten. Diese Vereinbarung sieht eine **Kofinanzierung im Verhältnis 2:1 zwi-**

Thematische Schwerpunkte 2015 – Bilanz

schen Bund und Ländern vor, damit stehen bis Ende des Kindergartenjahres 2017/2018 Bundesmittel i.H. von 60 Millionen Euro und Landesmittel i.H. von 30 Millionen Euro und damit 90 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln wird die sprachliche Frühförderung weiter intensiviert, sodass verstärkt zielgruppenspezifische Projekte umgesetzt, noch mehr Förderpersonal eingestellt und die Kinder bei der Festigung der Unterrichtssprache Deutsch gezielt und individuell unterstützt werden können. Außerdem sollen mit den zusätzlichen Mitteln **flächendeckende Sprachstandsfeststellungen** durchgeführt und im Bedarfsfall auch der **Entwicklungsstand** jener Kinder, welche Sprachförderbedarf aufweisen, gefördert werden. Zur besseren Qualitätssicherung sind im Rahmen der neuen 15a B-VG Vereinbarung Vor-Ort-Besuche in den Kinderbetreuungseinrichtungen durch den Österreichischen Integrationsfonds vorgesehen sowie die Einsichtnahme des Bundes in die Abrechnungen der Länder.

Die Finanzierung für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten der neuen Vereinbarung, d.h. von Jänner bis August 2015 wurde sichergestellt: Ausgaben, die die Länder für die frühe sprachliche Förderung in diesem Zeitraum tätigen, können im Rahmen der neuen Vereinbarung abgerechnet werden.

15.4.6. Internationale Gremien

Der internationale themenbezogene Austausch sowie die Kooperation im Rahmen der EU wurden fortgesetzt. Dieser findet ausschließlich im koordinierenden Rahmen statt. Der **Erfahrungsaustausch** im Bereich der Integration wurde im „Netzwerk der nationalen Kontaktstellen für Integration“ (NCPI) **weiterverfolgt**. Das NCPI-Netzwerk wurde 2002 in Verfolg der Schlussfolgerungen des Rates für Justiz und Inneres eingerichtet und wird von der EK koordiniert. Zielgruppe dieses Austausches sind Drittstaatsangehörige und EU-BürgerInnen ebenso wie die Aufnahmegesellschaft.

Das „Europäische Integrationsforum“ wurde mit Jänner 2015 in das „Europäische Migrationsforum“ umgewandelt. Die Organisation erfolgt weiterhin durch die EK gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (ECOSOC). Das Forum dient als Diskussionsplattform für Vertreter der Zivilgesellschaften mit den Europäischen Institutionen sowie mit Vertretern der Mitgliedstaaten.

16. Medien und Information

16.1. Pressearbeit

Eine zentrale Aufgabe des BMEIA ist es, die Öffentlichkeit zu außenpolitischen Entwicklungen, zu Europafragen, Krisen und konsularischen Hilfeleistungen für im Ausland in Not geratene ÖsterreicherInnen etc. zu informieren. Dies erfolgt – zu Spitzenzeiten mit mehr als 100 Medienanfragen pro Tag – über elektronische, Print- und andere Medien. Um JournalistInnen in- und ausländischer Medien ein optimales Service zu bieten, werden neben Pressekonferenzen auch Hintergrundgespräche zu bedeutenden Themen organisiert und bei internationalen Konferenzen sowie anderen Veranstaltungen die Betreuung der MedienvertreterInnen sichergestellt.

16.2. Öffentlichkeitsarbeit, Neue Medien, Internetauftritt

Die sozialen Medien sind mittlerweile auch in der Außenpolitik ein wichtiges Instrument, um Inhalte rasch zu transportieren und der interessierten Öffentlichkeit vielfältige Möglichkeiten zur digitalen Interaktion anzubieten. Das Engagement in den sozialen Medien ist somit eine logische Fortsetzung des Selbstverständnisses des BMEIA, dass das Service an den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern eine seiner zentralen Aufgaben ist („Weltweit für Sie da“).

Bei der Nutzung der sozialen Medien kommt dem BMEIA in der öffentlichen Verwaltung Österreichs eine Vorreiterrolle zu. Das Engagement in diesem Bereich wird laufend ausgebaut. Im Jahr 2015 stieg die Zahl der Facebook-Follower um rund 16.000 auf insgesamt 48.000. Das vorrangige Ziel, sowohl die Arbeit des BMEIA, als auch die MitarbeiterInnen des Hauses vorzustellen, wurde im Rahmen der Facebook-Aktion „Das BMEIA stellt sich vor“ umgesetzt. Vermehrt kommen auch Livestreams via Facebook zum Einsatz und liefern der interessierten Öffentlichkeit direkten Einblick in Veranstaltungen, die im BMEIA stattfinden. Auch die Zahl der Twitter-Follower konnte 2015 deutlich auf rund 16.500 gesteigert werden. Das Informationsangebot des BMEIA umfasst auch einen YouTube-Kanal, Flickr, Storify und die Smartphone-Applikation „Auslandsservice“ zur konsularischen Unterstützung bei Auslandsreisen. Seit 2015 ist das BMEIA auch auf Instagram präsent.

Der Großteil des öffentlichen Informationsbedarfs wird weiterhin durch den klassischen Webauftritt bedient, der die Homepage des Ministeriums und über 100 auf derselben technischen Plattform betriebene Websites österreichischer Vertretungsbehörden umfasst. Allein die Ressortwebsite www.bmeia.gv.at verzeichnete 2015 7,5 Millionen Seitenaufrufe, wobei das Hauptinteresse den Reiseinformationen sowie den Kontaktdetails der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und der ausländischen Vertretungen in Österreich galt. Einen wichtigen Bestandteil des Webauftritts des BMEIA

Die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“

bilden die Seiten www.auslandsservice.at und www.reiseregistrierung.at zur konsularischen Unterstützung bei Auslandsreisen.

Ein weiteres stark genutztes Informationsangebot des BMEIA bilden speziell auf SchülerInnen abgestimmte Besuchs- und Vortragsprogramme im Haus am Minoritenplatz zum gesamten Tätigkeitsbereich des Ministeriums.

16.3. Europainformation

Im Jahr 2015 stand die Europainformation im Zeichen des 20-Jahresjubiläums des österreichischen EU-Beitritts. In Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich, den EuropeDirect-Büros und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) wurde bei zahlreichen Aktionen auf das Jubiläum aufmerksam gemacht. Die Sportinitiative „Die EU bewegt“, eine T-Shirt-Aktion und die Schaltung von EU-Informationsinseraten wurden von einer Social-Media-Kampagne des BMEIA begleitet. Die damit erreichten Interessensgruppen waren breit gestreut (Marathon-TeilnehmerInnen, BesucherInnen einer Bildungsmesse, junge Menschen mit Behinderung, SeniorInnen u.a.). Auch beim Tag der offenen Tür des BMEIA bildete das Jubiläum einen Informationsschwerpunkt. Interessierte BürgerInnen konnten sich auch 2015 weiterhin über regelmäßig online gestellte Kurzvideos zur EU und zu den EU-Informationsinitiativen des Ministeriums informieren. Die Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und der ÖGfE im Bereich der europapolitischen Bildung an Schulen wurde fortgesetzt. Des Weiteren bestand für SchülerInnen bei den zahlreichen Besuchen im BMEIA die Möglichkeit, sich bei Präsentationen und Vorträgen zu aktuellen EU-Themen durch ExpertInnen des BMEIA zu informieren. Auf der anderen Seite traten MitarbeiterInnen des BMEIA bei EU-Informationsveranstaltungen als Gastvortragende auf.

16.4. Die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“

Im Jahr 2010 startete die vom BMEIA und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich ins Leben gerufene überparteiliche Initiative „Europa fängt in den Gemeinden an“. Das Ziel der Initiative ist es, in möglichst vielen Städten und Gemeinden BürgermeisterInnen bzw. GemeindevertreterInnen als „Europa-GemeinderätInnen“ zu etablieren, die als zentrale Ansprechpartner für Themen zur EU für die lokale Bevölkerung fungieren sollen. Mit Ende 2015 konnte ein Mitgliedsstand von rund 750 beteiligten BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen aus allen Bundesländern verzeichnet werden. Beispiele für Initiativen von Europa-GemeinderätInnen in den jeweiligen Gemeinden und Städten sind u.a. eine regelmäßige Seite mit Informationen zur Europäischen Union in den Gemeindenachrichten, EU-Stammtische, EU-Kinderaktionen in den Schulen oder ein EU-Ausschuss in

Medien und Information

der Gemeinde. Das BMEIA dient den Europa-GemeinderätInnen dabei als zentrale Service- und Ansprechstelle. Darüber hinaus gibt es für Europa-GemeinderätInnen die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Angeboten wie ein Mail-Informationssystem mit knapp gefassten Fakten zu aktuellen EU-Fragen, eine elektronische Plattform mit EU-Informationen zur Vernetzung der Europa-GemeinderätInnen, Informationsseminare für Mitglieder der Initiative, sowie Informationsreisen nach Brüssel. Vom 1. bis 3. Juni und vom 18. bis 20. November nahmen je etwa 25 Europa-GemeinderätInnen an der insgesamt achten bzw. neunten Informationsreise nach Brüssel teil.

16.5. Publikationen

Die unterschiedlichen, vom BMEIA herausgegebenen Publikationen über die Tätigkeit des Ministeriums dienen vor allem der Aufgabe, die Öffentlichkeit möglichst umfassend zu informieren. Ein großes Augenmerk liegt hierbei auf dem Außen- und Europapolitischen Bericht, mit dem der Bundesminister das Parlament und die Öffentlichkeit über die außen- und europapolitischen Entwicklungen informiert. Der Bericht wird sowohl in Buchform als auch elektronisch auf der Homepage des BMEIA in deutscher und englischer Sprache publiziert. Weitere Publikationen umfassen unter anderem die aktuellen „Tipps für Auslandsreisende“ und eine neue Broschüre über Wien als Amtssitz internationaler Organisationen „Wien – Zentrum des internationalen Dialogs“ in deutscher und englischer Sprache.

16.6. Medientagung

Wie jedes Jahr wurde, um der Bedeutung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Aktivitäten der Vertretungsbehörden Rechnung zu tragen, wieder eine Tagung für die an den Botschaften, Konsulaten und Kulturforen vorrangig mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit befassten Bediensteten abgehalten. Die Veranstaltung im Rahmen der jährlichen Botschafterkonferenz des BMEIA widmete sich schwerpunktmäßig der gezielten Verwendung der sozialen Medien durch die Vertretungsbehörden.

17. Der Österreichische Auswärtige Dienst

17.1. Einleitung

Wie praktisch alle souveränen Staaten verfügt auch die **Republik Österreich** über einen „auswärtigen Dienst“, um **weltweit** ihre Interessen und den **Schutz ihrer StaatsbürgerInnen** zu sichern. Völkerrechtlich werden die Rechtsstellung von Diplomatinen und Diplomaten, Konsulinnen und Konsuln, deren Befugnisse und deren Schutz in der **Wiener Diplomatenrechtskonvention** und der **Wiener Konsularrechtskonvention** verbindlich geregelt. In Österreich ist der auswärtige Dienst im sogenannten „**Statut**“⁵ gesetzlich verankert.

Seit 1. März 2014 ist das Außenministerium als Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (**BMEIA**) innerhalb der Bundesregierung als Integrationsministerium auch für die Integrationsagenden zuständig.

Österreich unterhält derzeit **99 Auslandsvertretungen** und hat damit einen im internationalen Vergleich schlanken auswärtigen Dienst. Mit insgesamt **1.149 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** ist das BMEIA eines der kleineren Ministerien. Die hohe Mobilität der Bediensteten (abwechselnder Einsatz im In- und Ausland – **Rotationsprinzip**) und moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (**IKT**) ermöglichen es dem BMEIA, trotz begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen den umfassenden außenpolitischen Auftrag zu erfüllen und **weltweit** umfangreiche **Serviceleistungen** („Bürger-service“) anzubieten.

Für die Durchsetzung österreichischer Interessen in der Welt ist ein **leistungsstarkes diplomatisches Vertretungsnetz** unverzichtbar. Um den rasant fortschreitenden Entwicklungen unserer Zeit Rechnung zu tragen und um größtmögliche Effizienz zu erzielen, sind immer wieder Anpassungen des Vertretungsnetzes notwendig. Ziel ist es, eine möglichst breite Präsenz in den Mitgliedstaaten der EU und in den traditionellen Schwerpunktregionen der österreichischen Außenpolitik zu erhalten, aber auch neue Vertretungsbehörden in aufstrebenden Regionen zu eröffnen. In diesem Sinne kündigte Bundesminister Sebastian Kurz am 26. Juni die Neuausrichtung des österreichischen Vertretungsnetzes an. Dabei werden bis 2018 Botschaften in fünf Ländern eröffnet bzw. aufgewertet und zugleich fünf bestehende Botschaften geschlossen. Als erster Schritt erfolgte mit 31. Oktober die Schließung der Botschaft in Malta. Die Notwendigkeit eines umfassenden Vertretungsnetzes zeigt sich nicht zuletzt in der Migrations- und Flüchtlingskrise 2015, die eine aktive Präsenz des BMEIA sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Transitländern verlangte.

5) Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des auswärtigen Dienstes – Statut, BGBl. I Nr. 129/1999 i.d.g.F.

Der Österreichische Auswärtige Dienst

17.2. Arbeitgeber Außenministerium

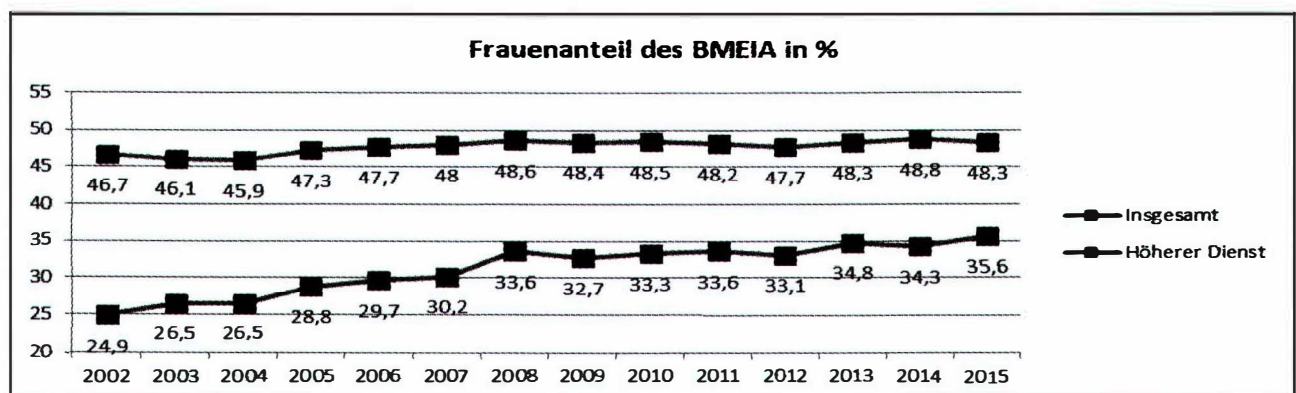
Durch das im BMEIA geltende Rotationsprinzip ist der regelmäßige Wechsel zwischen der Zentrale in Wien und den Vertretungen im Ausland ein wesentlicher Bestandteil des Berufslebens, was neben der Flexibilität der MitarbeiterInnen und deren Familien auch eine umfassende organisatorische und logistische Planung erfordert. Jährlich werden rund **180 Bedienstete versetzt**. Mit Ende 2015 betrug der Personalstand des BMEIA insgesamt **1.149 Bedienstete**, davon waren in der Zentrale 567 Personen (49 %) und im Ausland 582 Personen (51 %) tätig.

Personalstand des BMEIA 2015 operativ nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer		Frauen		insges./ Vw.- Grp.	Frauen- anteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a	135	138	82	69	424	35,6
A2/v2, B/b	59	73	50	48	230	42,6
A3/v3, C/c (Fach- dienst);	79	99	145	155	478	62,8
A4/A5/v4, D/d						
IT ExpertInnen	11	0	6	0	17	35,3
Summen Inland/ Ausland	284	310	283	272	1.149	48,3
Gesamt	594		555		1.149	

An den Auslandsvertretungen arbeiten weltweit **723 Lokalangestellte**, die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden.

Die Behinderteneinstellungsquote wird mit einer Zahl von 43 Personen erfüllt. Im höheren Dienst (A1/v1, A/a) erreichte der Frauenanteil insgesamt 35,6 %, davon bei den unter Vierzigjährigen bereits 49,2 %.



Arbeitgeber Außenministerium

Der Personalstand im auswärtigen Dienst des BMEIA ist seit Jahren rückläufig. Darüber hinaus sind einige Bedienstete des BMEIA für eine Tätigkeit im Europäischen Auswärtigen Dienst (**EAD**) oder bei den Vereinten Nationen karenziert.

Das BMEIA legt großen Wert auf die umfassende Ausbildung seiner Bediensteten im konsularischen Bereich, im Krisenmanagement sowie im Umgang mit Informationstechnologien. Die Schwerpunkte Wirtschaftsdiplomatie wie auch Medien-Trainings wurden fortgesetzt.

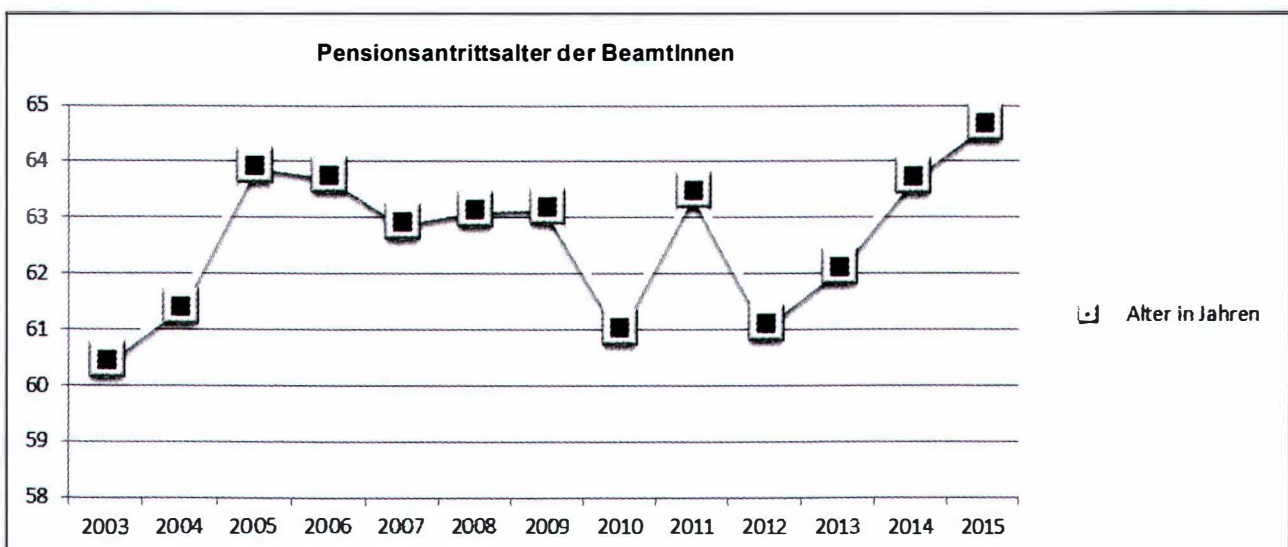
Das BMEIA bietet Studierenden und JungakademikerInnen die Möglichkeit, **Verwaltungspraktika** im Inland oder im Ausland zu absolvieren. 310 Studierende und JungakademikerInnen nutzten diese Möglichkeit.

SchülerInnen, MaturantInnen und AkademikerInnen, die die Aufgaben und Arbeitsweise der Integrationssektion im BMEIA kennenlernen möchten, können einmonatige **Kurzpraktika** absolvieren.

Verwaltungspraktika	Verwendungsgruppe	Männlich	Weiblich	Gesamt
Inland	v1	15	45	60
Ausland	v1/v2	72	178	250
		87	223	310
Kurzpraktika	v1/v2/v3	3	12	15

Seit 2009 bildet das BMEIA **Lehrlinge** zu **VerwaltungsassistentInnen** aus. Mit Ende 2015 befanden sich 13 Lehrlinge in einem solchen Ausbildungsverhältnis. Inzwischen wurden fünf Lehrlinge nach dem Abschluss ihrer Ausbildung und erfolgreicher Teilnahme an einem Auswahlverfahren in den Personalstand des BMEIA aufgenommen.

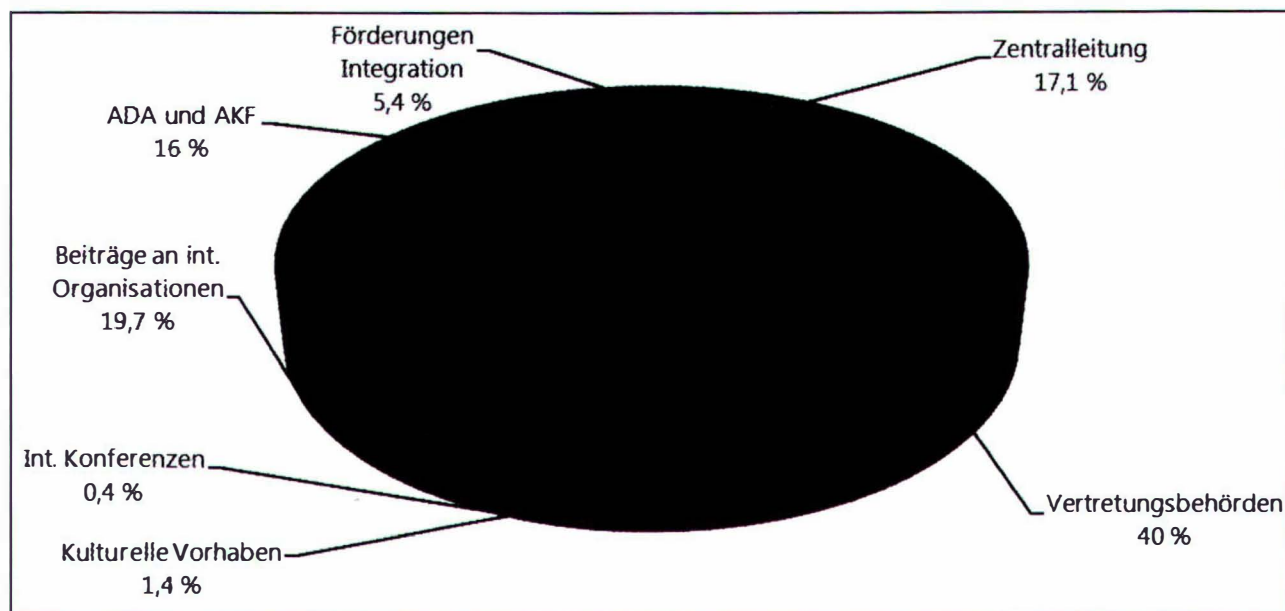
Das durchschnittliche **Pensionsantrittsalter der BeamtInnen** des BMEIA betrug 64,7 Jahre. Es lag in den letzten zehn Jahren immer über der 60-Jahr-Grenze.



Der Österreichische Auswärtige Dienst

17.3. Das Budget des Außenministeriums

Der Bundesvoranschlag 2015 lautete auf 409,1 Millionen Euro. Davon wurden rund 69,6 Millionen Euro für die Zentralleitung, 163,9 Millionen Euro für die Vertretungsbehörden, 5,6 Millionen Euro für kulturelle Vorhaben, 1,7 Millionen Euro für internationale Konferenzen, 80,6 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen, 65,4 Millionen Euro für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds sowie 22,2 Millionen Euro für die Förderungen im Bereich Integration budgetiert.



Budget 2006 – 2015 in Millionen Euro

Jahr	Budget des BMEIA	Anteil des BMEIA-Budgets am Bundesbudget in %
2006	388,000	0,59 %
2007	388,109	0,56 %
2008	388,087	0,56 %
2009	435,675	0,56 %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %
2012	409,361	0,56 %
2013	402,654	0,54 %
2014	418,777	0,55 %
2015	409,141	0,55 %

Während des Jahres 2015 wurde das Budget für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds um insgesamt 16,6 Mil-

Weltweite Infrastruktur

lionen Euro erhöht. Weiters wurde das Budget im Zuge der Budgetnovelle 2015 für Zahlungen im Zusammenhang mit den aktuellen Fluchtbewegungen, für Entwicklungszusammenarbeit, für zusätzliche Deutschkurse als Integrationsleistung sowie für sprachliche Frühförderung um insgesamt 21 Millionen Euro aufgestockt.

17.4. Weltweite Infrastruktur

17.4.1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten

Das Immobilienportfolio des BMEIA umfasst ca. 230 Liegenschaften bzw. 350 Objekte, die als Amtsräumlichkeiten für Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen und Vertretungen bei internationalen Organisationen sowie für Wohnzwecke genutzt werden. Etwas mehr als die Hälfte der Liegenschaften befindet sich im Eigentum der Republik Österreich, die übrigen Immobilien werden angemietet. Das Immobilienmanagement umfasst sämtliche Aspekte der Liegenschaftsverwaltung, Grundsatzfragen der Unterbringung, Ankauf und Verkauf von Immobilien, Neubauprojekte, Adaptierungen und Sanierungen.

Die Bewirtschaftung der Objekte erfolgt im Rahmen der **Facility Management Strategie** nach den Grundsätzen der Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Das BMEIA ist bemüht, das Immobilienportfolio laufend zu optimieren und Kosten zu senken. Nicht mehr benötigte, unrentable und ungeeignete Liegenschaften werden verwertet. Eine wichtige Entscheidungshilfe für das Immobiliencontrolling und das laufende Kosten-Monitoring liefert die elektronische Liegenschaftsdatenbank LIDA.

Bei Neubauten und Sanierungen wird der Energieeffizienz, dem Einsatz erneuerbarer Energie und den ökologischen Rahmenbedingungen ein großer Stellenwert eingeräumt. So erfolgt zum Beispiel in Bangkok ein Botschaftsneubau nach Passivhausstandard, der als ein Zeichen zeitgemäßer und nachhaltiger Architektur die **Marke Österreich** repräsentieren wird.

Zur Erzielung von Synergieeffekten und zur besseren Auslastung der vorhandenen Flächen besteht an insgesamt 15 Dienstorten eine gemeinsame Unterbringung von Botschaften und Büros der Wirtschaftskammer Österreich und an sieben Standorten mit Vertretungen anderer europäischer Staaten und dem EAD. An 33 Dienstorten sind Büros von Spezialattachés anderer österreichischer Ressorts in Räumlichkeiten der Vertretungsbehörden mit untergebracht.

17.4.2. Informationstechnologie (IKT)

Seit Jahren nimmt das BMEIA eine Vorreiterrolle im öffentlichen Dienst bei der Entwicklung und Nutzung von innovativen IKT-Instrumenten ein.

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Dadurch lassen sich einerseits Verwaltungsabläufe und die Kommunikation vereinfachen, andererseits aber auch Einsparungseffekte erzielen.

In der Zentrale in Wien wird ein Rechenzentrum mit 150 Servern betrieben, die unter anderem Tag für Tag **50.000 Mails** verarbeiten. Im Netzwerk in der Zentrale werden mit rund 1.500 aktiven Netzwerkendgeräten jeden Tag rund **vier Terabyte an Datentransfer** generiert.

Dazu kommen für die Kommunikation zu den Vertretungsbehörden in beide Richtungen **täglich 90 GB an Daten** in Form von Intranet-Abfragen, E-Mails, Remote-Anmeldungen und IP Telefonie.

Die Ausstattung der EU/Schengen-Vertretungsbehörden mit dem **Visainformationssystem (VIS)** wurde mit November 2015 weltweit abgeschlossen. Die österreichischen Vertretungsbehörden mit Visabefugnis sowie 82 Büros des externen Dienstleisters **VFS-Global** sind an das Netzwerk des BMEIA angeschlossen um ein weites Netzwerk für VisaantragstellerInnen anzubieten.

Von der Möglichkeit einer **Online-Registrierung für Auslandsreisende** wurde im Jahr 2015 etwas mehr als **55.000 mal** Gebrauch gemacht, dies ermöglicht es den Vertretungsbehörden, ÖsterreicherInnen und deren Angehörige im Falle einer Krise zu kontaktieren und zu betreuen. Vor allem bei Reisen in Länder außerhalb Europas und speziell in Länder mit (partieller) Reisewarnung wird dieses Service gut angenommen. Die **Online-Registrierung für AuslandsösterreicherInnen** wurde bislang **12.500 mal** in Anspruch genommen.

17.4.3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Die in der Diplomatischen Akademie untergebrachte Außenpolitische Bibliothek präsentiert sich nach Renovierung in einem neuen, freundlichen Rahmen und konnte ihre Serviceleistungen weiter verbessern. Mit den Neuerwerbungen des Jahres umfasst der Bestand nun rund 110.300 Bände, die von BMEIA-MitarbeiterInnen, StudentInnen an der Diplomatischen Akademie sowie in- und ausländischen ForscherInnen genutzt werden können.

Mit der Publikation des Tagebuches 1947 des ersten Generalsekretärs des Außenministeriums in der Zweiten Republik, Heinrich Wildner, unter dem Titel **„Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht“** wurde ein Beitrag zum Gedenkjahr anlässlich des 60. Jahrestages des österreichischen Staatsvertrages geleistet. Die von 1945 bis 1949 geführten Tagebücher Heinrich Wildners geben einen ebenso aufschlussreichen wie spannenden Einblick in das politische Zeitgeschehen.

*Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate***17.5. Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate**

Dienststellen des BMEIA	Stand 31.12.2015
Bilaterale Botschaften	79
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	8
selbständige Kulturforen	6
sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	99

Neben den unmittelbar dem BMEIA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich bei seiner weltweiten Präsenz auch auf die Austrian Development Agency (**ADA**), die Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (**OEZA**), zurückgreifen. 2015 unterhielt die ADA zehn Koordinationsbüros im Ausland, je ein Verbindungsbüro in Ramallah und Gaza sowie ein Implementierungsbüro für EU-finanzierte Projekte in Belgrad.

Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch mehr als 300 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

2015 wurden acht neue Honorarämter eröffnet:

- Honorarkonsulat Czernowitz, Ukraine (12. März)
- Honorarkonsulat Tawau, Malaysia (20. Juli)
- Honorarkonsulat Blumenau, Brasilien (31. Juli)
- Honorarkonsulat Cancún, Mexiko (25. September)
- Honorarkonsulat Sevilla, Spanien (30. September)
- Honorarkonsulat Juba, Südsudan (1. November)
- Honorarkonsulat Recife, Brasilien (27. November)
- Honorarkonsulat Manaus, Brasilien (9. Dezember)

310



Organigramm

Stand: 11.1.2016

I.4 Europarecht Dr. Andreas KUMIN I.4a Mag. Tünde FÜLÖP	I.5 Internationale Organisationen Mag. Michael RENDT II.5a Dr. Elisabeth MARSCHANG	III.5 Koord. betr. ASTV I, EU 2020 Strategie, Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit, Verbraucherschutz, Bildung, Jugend, Kultur und Sport, Landwirtschaft u. Fischerei Dr. Willy KEMPEL III.5a Mag. Rupert WEINMANN III.5b Mag. Christine FREILINGER	IV.5 Bürgerservice, insbes.: Auskunftsstelle in Konsularfragen, Hilfeleistung, Schutzmaßnahmen in Krisengebieten, Beglaubigungswesen DDr. Petra Schneebauer IV.5a Mag. Andreas SOMOGYI Büro f. Konsularbeglaubigungen: Edeltraud MESSNER	VI.4 Grundsatzfragen der Unterbringung u. Ausstattung, rechtl. Angelegenheiten einschl. Vergabewesen, Kurierdienst, Hausverwaltung, Bundes-Bedienstetenschutzges., Brandschutz Mag. Wolf Dietrich HEIM VI.4a Karin RIGLER VI.4b Mag. Christian HASENBICHLER VI.4c Alfred RIEGELMAIER	VII.5 Planungs- u. Programmangelegenheiten d. Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit Dr. Stefan SCHOLZ VII.5a Dr. Manfred SCHNITZER VII.5b Mag. Stella AVALONE VII.5c Dr. Donatus KÖCK VII.5d Mag. Wolfgang KUTSCHERA
I.5 Organisation int. Konferenzen u. Angelegenheiten internationaler Organisationen in Österreich	II.6 Afrika südlich der Sahara, Afrikanische Union (AU) Mag. Andrea WICKE II.6a Mag. Kornelia WEIHS	III.6 Umwelt, Energie, Verkehr und Tele-kommunikation Dr. Anton KOZUSNIK III.6a Dr. Walter-Maria STOJAN III.6b Mag. Michael KAINZ III.6c Mag. Astrid HARTZ		VI.5 Bauangelegenheiten, Projektmanagement, Facilitymanagement, Immobilien-Controlling, Beschaffungswesen Ing. Kurt MELCHAR VI.5b Paul JENEWEIN	
I.7 Menschenrechte, Volksgruppenangelegenheiten Dr. Gerhard DOUJAK I.7a Mag. Eva SCHÖFER I.7b Mag. Jürgen HEISSEL I.7c Mag. Georg-Christian LACK	II.7 Organisationen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europarat (EuR) Dr. Christian STROHAL II.7a Mag. Klaus KÖGELER II.7b Mag. Martin HOJINI	III.7 Südtirol und Südeuropa Dr. Eva Maria ZIEGLER		VI.7 Informationstechnologie (IT) Mag. Gerhard MILLETICH VI.7a	
I.9 Sicherheitsangelegenheiten Mag. Werner BRANDSTETTER I.9a Ing. Edgar SATTLER	II.8 Abrüstung, Rüstungskontrolle, Non-Proliferation Mag. Alexander KMENTT II.8a Mag. Georg PÖSTINGER II.8b Dr. Robert GERSCHNER II.8c Mag. Martin KRÜGER	III.8 Mittel-, West- und Nordeuropa Dr. Johannes WIMMER III.8a Mag. Georg KILZER		VI.8 Informationsvermittlung, Dokumentation, Wissensmanagement Dr. Gudrun GRAF	
	II.9 Amerika, Beziehungen zu den Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas, Karibik, Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Dr. Robert ZIECHG II.9a Mag. Brigitte SITZWOHL-PFRIEMER				
	II.10 Asien, ASEM, ASEP, ASEAN, SAARC, ARF Mag. Gabriele MEON-TSCHÜRTZ II.10a Mag. Wilhelm DONKO II.10b Mag. Adelheid FOLIE				

17.7. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

ÄGYPTEN Eritrea, Sudan	ÖB Kairo*	Dr. Georg STILLFRIED
ALBANIEN	ÖB Tirana	Dr. Johann SATTLER**
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Dr. Franziska HONSOWITZ-FRIESSNIGG
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Karin PROIDL
ASERBAIDDSCHAN Georgien	ÖB Baku	Mag. Axel WECH
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	Dr. Andreas MELAN
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Helmut BÖCK
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Mag. Jürgen MEINDL
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Mag. Martin PAMMER
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Mag. Marianne FELDMANN
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Roland HAUSER
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Dorothea AUER
CHINA Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Irene GINER-REICHL Dr. Claudia REINPRECHT Silvia NEUREITER, BA, MA
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Dr. Niklaus MARSCHIK Dr. Helmut KOLLER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Doris DANLER
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Elisabeth KEHRER
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Ursula PLASSNIK Mag. Erika BERNHARD
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Mag. Andrea IKIC-BÖHM

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
 ** designiert

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Martin EICHTINGER Mag. Elisabeth KÖGLER
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Alfons KLOSS
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Mag. Bernhard WRABETZ
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Andreas KARABACZEK
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Friedrich STIFT
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Thomas NADER
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Martin WEISS
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Rene POLLITZER Dr. Elke ATZLER Dr. Wolfgang SPADINGER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Bernhard ZIMBURG
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Dr. Michael DESSER
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Arno RIEDEL
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Dr. Wolfgang BANYAI
KATAR	ÖB Doha	Sieglinde FEDELE DI CATRANO, Geschäftsträgerin a.i.
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Malawi, Ruanda, Sambia, Seychellen, Somalia, Tansania	ÖB Nairobi	Dr. Harald GÜNTHER
KOREA DVR Korea	ÖB Seoul	Dr. Elisabeth BERTAGNOLI
KOSOVO	ÖB Pristina	Mag. Gernot PFANDLER
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Andreas WIEDENHOFF
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Gerlinde PASCHINGER
KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Ulrich FRANK
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Arad BENKÖ
LIBANON	ÖB Beirut	Mag. Ursula FAHRINGER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

LIBYEN	ÖB Tripolis	Dr. Ronald STURM
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Johann SPITZER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Mag. Gregor SCHUSTER-SCHITZ
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Christophe CESKA
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Mag. Renate KOBLER
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama	ÖB Mexiko*	Dr. Eva HAGER
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Dr. Johann FRÖHLICH
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Werner DRUML
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, São Tomé und Príncipe, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Dr. Joachim ÖPPINGER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Thomas WUNDERBALDINGER
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Brigitta BLAHA
PERU Bolivien, Ecuador, Kolumbien	ÖB Lima	Mag. Andreas RENDL
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Josef MÜLLNER
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau	Dr. Thomas BUCHSBAUM Mag. Martin MEISEL
PORTUGAL Cabo Verde	ÖB Lissabon	Dr. Thomas STELZER
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Mag. Gerhard REIWEGGER
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau* Büro der ÖB Moskau in Minsk	Dr. Emil BRIX Mag. Alexander BAYERL (Büroleiter)
SAUDI-ARABIEN Jemen, Oman	ÖB Riyadh	Mag. Gregor KÖSSLER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
 ** designiert

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Arthur WINKLER-HERMADEN
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Dr. Robert MÜLLER (Geschäftsträger a.i.)
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Dr. Caroline GUDENUS
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Dr. Johannes EIGNER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Mag. Helfried CARL
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Clemens KOJA
SPANIEN Andorra	ÖB Madrid*	Dr. Peter HUBER
SÜDAFRIKA Angola, Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Swasiland, Simbabwe	ÖB Pretoria	Mag. Brigitte ÖPPINGER- WALCHSHOFER
SYRIEN	ÖB Damaskus	Mag. Isabel RAUSCHER
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Enno DROFENIK
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Alexander GRUBMAYR**
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Gerhard WEINBERGER
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Klaus WÖLFER Christine WENDL Mag. Romana KÖNIGSBRUN
UKRAINE	ÖB Kiew*	Mag. Hermine POPPELLER
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ralph SCHEIDE Dr. Susanne BACHFISCHER
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barba- dos, Dominica, Dominikani- sche Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Trini- dad und Tobago, Niederlän- dische Karibikinseln (Aruba, Bonaire, Curacao, Saba, Sint Eustatius und Sint Maarten)	ÖB Caracas	Mag. Gerhard MAYER
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Mag. Peter ELSNER-MACKAY

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA	ÖB Washington *	Mag. Wolfgang WALDNER
Bahamas	GK Los Angeles	Mag. Ulrike RITZINGER
	GK New York	Dr. Georg HEINDL
	KF New York	Mag. Christine MOSER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Thomas LOIDL
ZYPERN	ÖB Nikosia	Dr. Karl MÜLLER
Armenien, Usbekistan	ÖB Südkaukasien (mit Sitz in Wien)	Dr. Alois KRAUT
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Dr. Maria ROTHEISER-SCOTTI
Ständige Vertretung bei den VN in New York		Mag. Jan KICKERT
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf		Dr. Thomas HAJNOCZI
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien		Dr. Christine STIX-HACKL
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel		Mag. Walter GRAHAMMER
Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg		Dr. Rudolf LENNKH
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien		Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dr. Ursula PLASSNIK
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag		Dr. Werner DRUML
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel		Mag. Jürgen MEINDL
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest		Dr. Ralph SCHEIDE
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid		Dr. Peter HUBER
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi		Dr. Harald GÜNTHER
ÖB Chisinau (Moldau)		Koordinationsbüro der Austrian Development Agency (ADA)
ÖB Singapur (Singapur)		Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)		Zweigbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)		Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf untersteht dem BMWFJ		
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom untersteht dem BMLFUW		
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris untersteht dem BKA		

Stand: 11.1.2016

* bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Diplomatische Akademie Wien

17.8. Exkurs: Diplomatische Akademie Wien

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (DA) ist die älteste Schule ihrer Art. Sie wurde nach ihrer Schließung während des 2. Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

Im Studienjahr **2015/16** studieren insgesamt **173 StudentInnen aus 48 Ländern** aller Kontinente an der DA. In das Berichtsjahr 2015 fallen folgende Lehrgänge:

Lehrgang	TeilnehmerInnen-Anzahl	Davon ÖsterreicherInnen
51. Diplomlehrgang	25 (24 erfolgreicher Abschluss)	15
52. Diplomlehrgang	23	15
18. Master of Advanced International Studies (MAIS)-Lehrgang; Durchführung gemeinsam mit der Universität Wien	70 (alle mit erfolgreichem Abschluss)	14
19. MAIS-Lehrgang	60	20
20. MAIS-Lehrgang (1. Jahr)	67	18
7. Lehrgang Master of Science in Environmental Technology and International Affairs (ETIA); Durchführung gemeinsam mit der Technischen Universität Wien	22 (davon 17 mit erfolgreichem Abschluss, 5 mit Verlängerungsfristen für Abschluss)	13
8. ETIA-Lehrgang	22	10
9. ETIA-Lehrgang (1. Jahr)	21	10
1. PhD-Programm	3	0

Im Zuge des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** (Executive Training Programmes) fanden Spezialkurse, vor allem für DiplomatInnen und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus folgenden Ländern bzw. Ländergruppen statt: Schwarzmeerregion/Kaukasus, Donauraum/Westbalkan, Afrika, Nahost (M.A.-StudentInnen) und Kasachstan. Vor Ort wurden in Afrika mehrere Seminare durchgeführt. Des Weiteren wurden Trainingsmodule für das BMEIA, die WKO und die EU-Präsidenschaft der Slowakei sowie ein Vorbereitungskurs für die Aufnahmeprüfung des BMEIA (A-Préalable) organisiert. Individuell buchbar wurden u.a. ein Kulturdiplomatie- und ein Protokolltraining angeboten. Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 64 TeilnehmerInnen aus 36 Ländern besucht. Weiters wurden **Sommerschulen** für die Freie Uni-

Der Österreichische Auswärtige Dienst

versität Brüssel und die Universität von North Carolina sowie Seminare für die School of Youth Diplomacy der MGIMO Universität (Moskau) organisiert. Erstmals gab es in Kooperation mit der Organisation internationale de la Francophonie (OIF) ein mehrtägiges Regionalseminar und in Kooperation mit der Universität Wien und dem Österreichischen Integrationsfonds einen kostenlosen Deutschkurs für anerkannte syrische Flüchtlinge.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** fanden rund 120 öffentliche Veranstaltungen statt, u.a. mit der kroatischen Präsidentin, dem ehemaligen slowakischen Präsidenten, den Premierministern von Albanien und Serbien, dem Außenminister Österreichs, zahlreichen BotschafterInnen und VertreterInnen der EU und Internationaler Organisationen. Zu den Konferenzen zählen z.B. das **European Remembrance 4th International Symposium, Gemeinsam gegen den Menschenhandel** und **Congress of Vienna 2015**. Das Milton Wolf Seminar 2015 befasste sich mit **Triumphs and Tragedies: Media and Global Events in 2014**. Die Reihe **Workstattgespräche** mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich wurde ebenfalls weitergeführt.

Das **International Forum on Diplomatic Training** (IFDT; jährliches Treffen der DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten unter dem Vorsitz der DA und der Georgetown University) fand auf Einladung der European Academy of Diplomacy (EAD) in Kooperation mit der National School of Public Administration (KSAP) vom 23. bis 25. September in Warschau, Polen statt.

Neben dem **50. Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien** wurde das **Favorita Paper Europa – Russland – USA und die Krise in der Ukraine** von Wendelin Ettmayer herausgegeben.

18. Ausgewählte Dokumente

Anmerkung: Bei sämtlichen Reden gilt das gesprochene Wort

18.1. Bundesminister Sebastian Kurz: Statement bei der Offenen Debatte des VN-Sicherheitsrats „Opfer von ethnisch oder religiös motivierten Angriffen oder Missbrauch im Nahen Osten“ New York, 27. März 2015

Mr. President, Excellencies, Ladies and Gentlemen,

First of all I would like to thank you Mr. President for this important debate and you, Mr. Secretary General, for your leadership in these challenging times.

At the moment we are witnessing a dramatic rise of extremism in the name of religion. Tensions between different religious communities within our societies are increasing.

A brief look into Facebook shows that especially young people seem to be the target of radicalization. This is a dangerous development! And it shows that one of the biggest challenges for my generation is to safeguard the cohesion of our societies.

The situation is particularly dramatic in the Middle East and Northern Africa. Regions, which are suffering from the terror of Da'esh! These terrorists are enslaving children, raping women and beheading men.

In particular minorities are suffering: More than 50 % of the Christians in Iraq have disappeared over the last ten years. Christians are already the most persecuted religious group worldwide, with 100 million suffering from persecution.

We have to call the shocking acts committed by Da'esh by their names: They are war crimes, crimes against humanity and even genocide! We must not let them go unpunished!

Therefore the Security Council should quickly refer the situation in Syria to the International Criminal Court.

Mr President,

In Austria many people have thought that Da'esh is far away and first of all a problem of the Middle East. But via Youtube, Facebook and Twitter they have already reached our homes! They are globally recruiting foreign fight-

Ausgewählte Dokumente

ers. And the attacks in Paris and Copenhagen have proven that nobody is safe!

Da'esh poses a threat to our partners in the Middle East, a threat to the wider international security and a direct threat to our societies.

Austria is taking action and intensifying the international cooperation especially with the Western Balkans. Last week we adopted an action plan to confront jihadism together with all Western Balkan countries: It includes, for example, closer cooperation between law enforcement authorities, enhanced border security and joint efforts to remove terrorist content from the Internet.

Mr President,

If we want to succeed in decreasing the tensions within our societies, it is not enough to fight Da'esh by all means. We have to do more:

1) First we have to make clear that this is not a conflict between the Western and the Muslim world, or between different religious beliefs.

This is a conflict between all of us and terrorism!

2) Secondly we have to stand up for religious freedom and coexistence.

There is no natural law that Muslims, Jews and Christians cannot live together peacefully. We therefore have to use all channels of intercultural and interreligious dialogue.

And we have to encourage religious leaders of each country to raise their voices when people are being persecuted for their beliefs.

3) Thirdly we also have to be credible and live our values.

We have to make clear that diversity is an integral part of our culture. There is for instance an ongoing debate, whether Islam is part of Europe, or not. The answer is clear: Yes, it is! Just as Judaism and Christianity are part of the Middle East!

It is possible to be a proud European citizen and a believing Muslim at the same time. And this is also true for any other religious group in any other part of the world.

Ladies and Gentlemen,

- We must not allow our societies to be divided.
- We must stand up against all forms of intolerance and radicalization.
- And we have to be united in our fight against terrorism.

In all these points the United Nations can and should play an even more important role.

I can assure you that Austria will continue to contribute to this effort with all means.

Thank you for your attention.

Ausgewählte Dokumente

**18.2. Bundesminister Sebastian Kurz:
Neunte Konferenz der Vertragsparteien zur
Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung
von Kernwaffen
Gemeinsame Erklärung über die humanitären
Auswirkungen von Kernwaffen
New York, 28. April 2015**

Mme. President,

I am taking the floor on behalf of Afghanistan, Algeria, Andorra, Angola, Antigua and Barbuda, Argentina, Armenia, Azerbaijan, Bahamas, Bahrain, Bangladesh, Barbados, Belarus, Belize, Benin, Bolivia, Bosnia and Herzegovina, Botswana, Brazil, Brunei Darussalam, Burkina Faso, Burundi, Cabo Verde, Cambodia, Cameroon, Central African Republic, Chad, Chile, Colombia, Comoros, Congo, Cook Islands, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Cuba, Cyprus, DR Congo, Denmark, Djibouti, Dominica, Dominican Republic, Ecuador, Egypt, El Salvador, Equatorial Guinea, Eritrea, Ethiopia, Fiji, Finland, Former Yugoslav Republic of Macedonia, Gabon, Gambia, Georgia, Ghana, Grenada, Guatemala, Guinea, Guinea Bissau, Guyana, Haiti, Holy See, Honduras, Iceland, Indonesia, Iran, Iraq, Ireland, Jamaica, Japan, Jordan, Kazakhstan, Kenya, Kiribati, Kuwait, Kyrgyzstan, Lao PDR, Lebanon, Lesotho, Liberia, Libya, Liechtenstein, Madagascar, Malawi, Malaysia, Maldives, Mali, Malta, Marshall Islands, Mauritania, Mauritius, Mexico, Federated States of Micronesia, Republic of Moldova, Mongolia, Montenegro, Morocco, Mozambique, Myanmar, Namibia, Nauru, Nepal, New Zealand, Nicaragua, Niger, Nigeria, Niue, Norway, Oman, Palau, State of Palestine, Panama, Papua New Guinea, Paraguay, Peru, Philippines, Qatar, Rwanda, Saint Kitts and Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Samoa, San Marino, Sao Tome and Principe, Saudi Arabia, Senegal, Serbia, Seychelles, Sierra Leone, Singapore, Solomon Islands, Somalia, South Africa, South Sudan, Sri Lanka, Sudan, Suriname, Swaziland, Sweden, Switzerland, Tajikistan, Tanzania, Thailand, Timor-Leste, Togo, Tonga, Trinidad and Tobago, Tunisia, Tuvalu, Uganda, Ukraine, United Arab Emirates, Uruguay, Vanuatu, Venezuela, Viet Nam, Yemen, Zambia, Zimbabwe, and my own country, Austria.

Our countries are deeply concerned about the catastrophic humanitarian consequences of nuclear weapons. Past experience from the use and testing of nuclear weapons has amply demonstrated the unacceptable humanitarian consequences caused by the immense, uncontrollable destructive capability and indiscriminate nature of these weapons. The fact-based discussion that took place at the Conferences on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons, convened respectively by Norway in March 2013, Mexico in February 2014 and Austria in December 2014, has allowed us to deepen our collective

Ausgewählte Dokumente

understanding of those consequences. A key message from experts and international organisations was that no State or international body could address the immediate humanitarian emergency caused by a nuclear weapon detonation or provide adequate assistance to victims.

The broad participation at those Conferences, with attendance most recently in Vienna by 159 States, the ICRC, a number of UN humanitarian organisations and civil society, reflected the recognition that the catastrophic humanitarian consequences of nuclear weapons are a fundamental and global concern. We firmly believe that it is in the interests of all States to engage in discussions on the humanitarian consequences of nuclear weapons, which aim to further broaden and deepen understanding of this matter, and we welcome civil society's ongoing engagement.

This work is essential, because the catastrophic consequences of nuclear weapons affect not only governments, but each and every citizen of our interconnected world. They have deep implications for human survival; for our environment; for socio-economic development; for our economies; and for the health of future generations. For these reasons, we firmly believe that awareness of the catastrophic consequences of nuclear weapons must underpin all approaches and efforts towards nuclear disarmament, including in the work of the 2015 Review Conference of the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT).

This is not, of course, a new idea. The appalling humanitarian consequences of nuclear weapons became evident from the moment of their first use, and from that moment have motivated humanity's aspirations for a world free from this threat, which have also inspired this statement. The humanitarian consequences of nuclear weapons have been reflected in numerous UN resolutions, including the first resolution passed by the General Assembly in 1946, and in multilateral instruments including the NPT. The world's most eminent nuclear physicists observed as early as 1955 that nuclear weapons threaten the continued existence of mankind and that a war with these weapons could quite possibly put an end to the human race. The First Special Session of the General Assembly devoted to Disarmament (SSOD-1) stressed in 1978 that "nuclear weapons pose the greatest danger to mankind and to the survival of civilisation." These expressions of profound concern remain as compelling as ever. In spite of this, the humanitarian consequences of nuclear weapons have not been at the core of nuclear disarmament and nuclear non-proliferation deliberations for many years.

We are therefore encouraged that the humanitarian focus is now well established on the global agenda. The 2010 Review Conference of the NPT expressed "deep concern at the catastrophic humanitarian consequences of any use of nuclear weapons". That deep concern informed the 26 November 2011 resolution of the Council of Delegates of the Red Cross and Red Crescent Movement, and the decision in 2012 of the General Assembly to establish an open-ended working group to develop proposals to take forward multilateral nuclear disarmament negotiations. It underlies the Special Declara-

Ausgewählte Dokumente

tion of the 3rd Summit of the Community of Latin American and Caribbean States' in January 2015 on the urgent need for a nuclear weapons free world. In September 2013, at the High-Level Meeting on Nuclear Disarmament, numerous leaders from around the world again evoked that deep concern as they called for progress to be made on nuclear disarmament. More than three quarters of all countries supported the Joint Statement on the Humanitarian Consequences of Nuclear Weapons delivered at the 2014 First Committee of the UN General Assembly. Today's statement again demonstrates the growing political support for the humanitarian focus.

It is in the interest of the very survival of humanity that nuclear weapons are never used again, under any circumstances. The catastrophic effects of a nuclear weapon detonation, whether by accident, miscalculation or design, cannot be adequately addressed. All efforts must be exerted to eliminate the threat of these weapons of mass destruction.

The only way to guarantee that nuclear weapons will never be used again is through their total elimination. All States share the responsibility to prevent the use of nuclear weapons, to prevent their vertical and horizontal proliferation and to achieve nuclear disarmament, including through fulfilling the objectives of the NPT and achieving its universality.

We welcome the renewed resolve of the international community, together with the ICRC and international humanitarian organisations, to address the catastrophic humanitarian consequences of nuclear weapons. By raising awareness about this issue, civil society has a crucial role to play side-by-side with governments as we fulfil our responsibilities. We owe it to future generations to work together to do just that, and in doing so to rid our world of the threat posed by nuclear weapons.

18.3. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede anlässlich des öffentlichen Segments der Botschafterkonferenz des BMEIA Wien, 3. September 2015

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Sie ganz herzlich zu unserer Botschafterkonferenz begrüßen. Sie wissen, die Botschafterinnen und Botschafter, die sonst in der Welt für Österreich aktiv sind, sind gerade hier in Wien, um den Austausch in der Zentrale zu suchen, aber auch, um sich heute Anregungen von Ihnen zu holen. Ich freue mich, dass wieder so viele Ehrengäste aus den unterschiedlichsten Bereichen, aus der Wirtschaft, der Kultur der Wissenschaft und darüber hinaus unter uns sind. Seien Sie alle herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie heute da sind!

Ausgewählte Dokumente

Das vergangene Jahr war für das Außenministerium ein sehr intensives Jahr. Ich darf daher nur einige Höhepunkte und Schwerpunkte herausgreifen, die uns begleitet haben.

Ganz zentral für uns war natürlich unsere Schwerpunktregion Westbalkan, wo es durchaus einiges an Bewegung gegeben hat. Von den begonnenen Beitrittsverhandlungen mit Serbien Anfang des Jahres bis zum Wiener Westbalkangipfel letzte Woche, der mit zwei neuen Grenzabkommen, aber auch im Bereich der wirtschaftlichen Kooperationen und der Infrastruktur konkrete Fortschritte gebracht hat.

Ein zweites großes Anliegen war, Österreich als Ort des Dialogs zu stärken. Es ist uns gelungen, die Iranverhandlungen nach Wien zu holen. Nach sehr langen und zähen Verhandlungen ist – Gott sei Dank – auch der Durchbruch zum Wiener Iran-Abkommen geglückt. Ich glaube, das Abkommen ist einerseits für die Region ein großer Fortschritt, der ein Mehr an Stabilität bringen kann. Andererseits war es auch für Österreich als Amtssitz von Internationalen Organisationen und als traditioneller Ort des Dialogs eine sehr schöne Bestätigung.

Wir haben das letzte Jahr aber auch genutzt, um an neue Aufgaben für die Zukunft heranzugehen. So sind wir sehr froh, dass es uns gelungen ist, den Zuschlag für den OSZE-Vorsitz Österreichs im Jahr 2017 zu bekommen. Es ist für ein Land wie Österreich immer ein gute Chance, wenn man in Internationalen Organisationen Verantwortung übernehmen und über unseren normalen Wirkungsbereich hinaus einen Beitrag leisten kann.

Im letzten Jahr ist allerdings nicht nur vieles gut gelaufen, sondern es sind uns auch einige Krisen und Problemfälle geblieben. In der Russland-Ukraine-Krise hat es bedauerlicherweise relativ wenig Bewegung gegeben und, um ehrlich zu sein, ist auch derzeit wenig Bewegung in Sicht. Wir haben über die Sommermonate erlebt, dass sich die Fronten sogar etwas verhärtet haben und die Gewalt wieder zugenommen hat. Trotzdem sind wir weiterhin der festen Überzeugung, dass es unerlässlich ist, den Minsker Dialogprozess fortzusetzen. Er ist das einzige Instrument, das wir im Moment haben, und bietet aus derzeitiger Sicht auch die einzige Chance auf eine friedliche Lösung. Wir sind froh, dass in diesem Dialogprozess jetzt auch ein Österreicher, Botschafter Martin Sajdik, als Ukraine-Sondergesandter der OSZE, eine wesentliche Funktion eingenommen hat. Österreich wird in der Ukraine-Frage auch innerhalb der Europäischen Union weiterhin eine konstruktive Linie vertreten.

Die europäische Geographie lässt sich nicht verändern. Es ist daher notwendig, nicht nur mit Russland Kontakt zu halten, sondern auch die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union zu überarbeiten. Das geschieht gerade. Unser Zugang ist dabei klar: Wir wünschen uns eine flexiblere Form der Nachbarschaftspolitik. Wir brauchen keine „Entweder-oder-Politik“, die Länder wie Georgien, Moldau aber auch die Ukraine dazu zwingt, sich zwi-

Ausgewählte Dokumente

schen Russland und der Europäischen Union entscheiden zu müssen. Was wir brauchen ist eine „Sowohl-als-auch“ Politik, die unseren Nachbarn ein Näherheranrücken an die Europäische Union unter gleichzeitigem Aufrechterhalten eines vernünftigen Verhältnisses zu Russland ermöglicht. Das ist ein großes Ziel in dieser angespannten Situation, aber wir glauben, dass es eine Chance gibt, mit einer modernisierten Nachbarschaftspolitik etwas Beruhigung in die Region zu bringen. Denn wir alle wissen: Friede und Sicherheit auf unserem Kontinent ist nur mit und nicht gegen Russland möglich.

Leider Gottes sind im letzten Jahr nicht nur einige alte Herausforderungen geblieben, sondern auch neue dazugekommen. Ich möchte hier bewusst die Flüchtlingskrise ansprechen – einige sprechen ganz zu Recht von einer Krise der Solidarität. Die Flüchtlingskrise ist definitiv die zentrale Herausforderung für uns in Österreich und für uns als Europäische Union. Es ist viel mehr als eine medial angeheizte Diskussion, mit Hass und Hetze auf der einen und viel Offenheit und Solidarität auf der anderen Seite. Wir stehen vor einer realen Krise. Sie hat sich zwar schon länger abgezeichnet, aber in diesem Jahr dann doch in einem unerwarteten Ausmaß massiv zugenommen. Wir haben in Österreich traditionell viele Flüchtlinge. Wir hatten in den letzten Jahren rund 30.000 und in diesem Jahr erwarten wir 70.000 bis 80.000. Das sind – um Ihnen auch eine europäische Vergleichszahl zu nennen – so viele wie die 18 am wenigsten betroffenen europäischen Länder zusammen haben. Und weil wir in Europa auch oft eine Diskussion zwischen Transit- und Zielländern führen: in diesem Jahr sind es auf unsere Größe gerechnet zehn Mal so viele Flüchtlinge wie in Italien und Griechenland. Das bedeutet natürlich, dass wir in Österreich eine schwierige Unterbringungssituation haben, zum einen weil wir teils überrascht und massiv betroffen sind und zum anderen zugegebenermaßen auch, weil die Warnungen der Innenministerin im letzten Jahr zu wenig ernstgenommen wurden und es daher zu wenig Bewegung bei der Schaffung der Quartiere gab.

Was die Situation in Österreich betrifft, so bin ich persönlich sehr beeindruckt von der Welle an Hilfsbereitschaft. Gleichzeitig bin ich aber besorgt, da es mittlerweile einen immer größeren Spalt in unserer Gesellschaft gibt zwischen jenen, die offen und aufnahmebereit sind, und jenen, die Flüchtlingen mit Hass begegnen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es gerade bei einem so emotionalen Thema umso wichtiger ist, möglichst sachlich zu bleiben. Eines ist dabei ganz klar: Wir müssen unser Bestmögliches tun, um all jene, die in Österreich bleiben dürfen und bleiben werden, wirksam zu integrieren. In diesem Jahr wurden bis jetzt rund 8.000 positive Asylbescheide ausgestellt. Bis zum Jahresende werden es wahrscheinlich um die 30.000 werden. Es wird eine große Herausforderung sein, diese Menschen zu integrieren. Viele davon sind in unserer Sprache und Schrift nicht alphabetisiert, viele kommen aus ganz anderen kulturellen Gegebenheiten, viele werden auch Schwierigkeiten haben, bei steigender Arbeitslosigkeit schnell in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir das in

Ausgewählte Dokumente

Österreich schaffen können und werden! Wir sind ein Land, das an sehr viel Zuwanderung gewohnt ist. Allein 2014 hatten wir insgesamt 170.000 Zuwanderer, davon rund 30.000 Flüchtlinge.

Genauso wie es wichtig ist, diese Menschen in Österreich zu integrieren, ist es aus meiner Sicht auch entscheidend, die Flüchtlingsströme nach Europa und Österreich zu reduzieren. Wir brauchen hier dringend eine europäische Lösung, denn kein einzelner Staat – auch wenn es manche versuchen – wird dieses Thema alleine lösen können. Und ich habe die Sorge, dass ohne europäische Antwort auf die Krise immer mehr Staaten versuchen werden, selbstständig nach Lösungen zu suchen. Wir nutzen daher sämtliche Möglichkeiten, um auf europäischer Ebene ein Aktivwerden einzufordern und um Vorschläge zu einem ganzheitlichen Ansatz vorzulegen.

Dabei darf ich vielleicht einige Punkte ansprechen, die neben der Unterbringungsfrage auch in den Mittelpunkt der Diskussion rücken sollten. Wenn wir uns die gesamten Fluchtrouten der Flüchtlinge ansehen, gibt es bei jeder Station die Möglichkeit, aktiv zu werden.

1) Als erstes sollten wir bei den Herkunftsländern ansetzen. Die Masse unserer Flüchtlinge – und insbesondere diejenigen, die einen positiven Asylbescheid bekommen, kommen derzeit aus dem Irak, aus Syrien und aus Afghanistan – alles Länder, in denen entweder der „Islamische Staat“ wütet oder die Sicherheitssituation schlecht ist. Wir sollten daher alles unternehmen, um den Kampf gegen den IS-Terror noch intensiver zu führen. Es ist immer schwierig, als neutrales Land mit geringen militärischen Möglichkeiten diese Forderung zu stellen. Wir haben uns daher bewusst dazu entschieden, unsererseits weiter zu gehen und noch mehr humanitäre Hilfe zu leisten und auch Schutzausrüstungen zu liefern. Wir tun dies auch deshalb, um gegenüber anderen Staaten glaubhafter zu sein, wenn wir sie ersuchen, nach ihren Möglichkeiten aktiver zu werden. Ohne einen aktiven Kampf gegen den IS-Terror werden wir weiter zusehen, wie er weitere Gebiet unter seine Kontrolle bringt, noch mehr Menschen dadurch zu Opfer werden und sich gezwungen sehen, vor dem Terror zu fliehen.

2) Als zweiten, genauso entscheidenden, Punkt müssen wir es schaffen, Schutzzonen zu errichten, in denen die Flüchtlinge in der Region in Sicherheit und bestmöglich versorgt sind und wo es auch die Möglichkeit gibt, Asylanträge vor Ort zu stellen. Wenn es diese Möglichkeit nicht gibt, werden wir uns weiterhin zum Vorwurf machen müssen, dass wir „Schlepperförderprogramme“ betreiben und die Menschen den Weg nach Europa nur über Schlepper finden können. Ich glaube, dass uns ein Systemwechsel gut täte, nämlich hin zu Resettlement-Programmen aber auch zu Asylanträgen vor Ort.

3) Der dritte Bereich betrifft die Grenzsicherheit, und damit meine ich die EU-Außengrenzen. Das muss offen angesprochen werden. Denn die Sicherheit an der griechischen, aber auch italienischen Grenze funktioniert so nicht

Ausgewählte Dokumente

mehr. Wir wissen von Mazedonien und anderen Staaten, dass unter den Flüchtlingen immer wieder auch der eine oder andere IS-Sympathisant, der eine oder andere Rückkehrer aus dem sogenannten „Heiligen Krieg“ mit dabei ist. Und unser System in Europa – das Europa der offenen Grenzen – baut schließlich darauf auf, dass es eine ordentliche Kontrolle an den Außengrenzen gibt. In diesem Punkt braucht es unserer Meinung nach rasch Bewegung.

4) Der vierte Punkt wäre eine bessere Kooperation am Westbalkan. Wir haben in der Europäischen Union einen sehr starken Fokus auf die Mittelmeer-Italien-Route gelegt. Die Wahrheit ist aber, dass die Masse der Flüchtlinge mittlerweile über die Westbalkan-Route kommt und insbesondere natürlich die Flüchtlinge, die zu uns strömen. Insofern bemühen wir uns, den Blick auf diese Region zu schärfen. Da braucht es meiner Meinung nach noch eine bessere Kooperation zwischen der Europäischen Union und Ländern wie Mazedonien oder Serbien, die wir in dieser Frage nicht alleine lassen sollten.

5) Der fünfte Punkt – auch wenn es schwierig ist und manche in anderen EU-Staaten das nicht hören wollen: wir brauchen eine fairere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union. Es kann nicht sein, dass einige wenige Staaten die Hauptverantwortung tragen und es in anderen Staaten pro Jahr gerade einmal ein paar Hundert Flüchtlinge gibt. Die Europäische Union ist ein Projekt der Solidarität und insofern sollte es auch in diesem Bereich Solidarität geben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Flüchtlingskrise zeigt uns leider Gottes, dass die Europäische Union in vielen Bereichen noch kein wirklich fertiges Projekt ist, sondern dass durchaus noch die Notwendigkeit besteht, Strukturen zu verändern, das eine oder andere vielleicht auch noch gemeinschaftlich, noch besser zu regeln. Durch die britische Diskussion und das britische Referendum wird die Europäische Union in den nächsten Monaten und auch im nächsten Jahr gezwungen sein, sich mit vielen, teilweise auch unangenehmen Fragen auseinanderzusetzen.

Viele würden sich wünschen, dass es diese Diskussion nicht gäbe. Aus meiner Sicht sollten wir sie aber führen und wir sollten sie auch als Chance sehen, um uns in Europa die Frage zu stellen „Wo wollen wir hin in dieser Europäischen Union? In welchen Bereichen gibt es vielleicht auch die Möglichkeit nachzuschärfen?“

Dabei möchte ich zwei Punkte ansprechen, die mir besonders wesentlich erscheinen:

Erstens der Bereich der Subsidiarität mit der Frage, in welchen Bereichen wir eine stärkere Europäische Union brauchen beziehungsweise in welchen Bereichen Mitgliedsstaaten vielleicht sehr gut Entscheidungen alleine treffen können. Den Grundgedanken der Subsidiarität gibt es von Anfang an, aber es war das letzte Mal unter der österreichischen Ratspräsidentschaft

Ausgewählte Dokumente

unter Wolfgang Schüssel, dass eine wirklich ordentliche Debatte darüber in einer groß angelegten Subsidiaritätskonferenz stattgefunden hat. Ich glaube, dass wir die britische Agenda durchaus zum Anlass nehmen könnten, diese Diskussion wieder aufzunehmen. Hoffentlich schaffen wir es, am Ende des Tages ein Europa zu haben, das stärker in den großen Fragen wird – wie einer gemeinsamen Außen- und Sicherheits- oder Verteidigungspolitik – sich aber in anderen Bereichen, in denen die Mitgliedstaaten und Regionen sehr gut selbst entscheiden können, durchaus zurücknimmt.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Frage der Anzahl der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Denn es gibt im Moment eine gewisse Erweiterungsmüdigkeit und auch relativ wenig Bewegung. Wir sollten uns bewusst sein, dass die Europäische Union zumindest in geographischer Hinsicht definitiv kein abgeschlossenes Projekt ist, solange die Staaten des Westbalkans nicht auch Mitglieder der Europäischen Union sind. Der Grad der Annäherung an die Europäische Union ist in diesen Staaten sehr unterschiedlich, es wird daher auch der Beitrittszeitpunkt ein unterschiedlicher sein. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, noch einmal klar zu bekräftigen, dass es unser definitives Ziel ist, die Westbalkanländer auf ihrem Weg in die Europäische Union bestmöglich zu unterstützen. Wir werden auch weiterhin klar dafür eintreten, dass alle Länder eine klare Perspektive in der Europäischen Union haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben den notwendigen Bewegungen und Veränderungen, die es auf europäischer Ebene gibt, braucht auch ein Ministerium eine Diskussion darüber, wie es sich weiterentwickeln und verändern kann. Wir haben hier im letzten Jahr einiges zustande gebracht. Sie wissen, unser Motto im Außenministerium ist „Weltweit für Sie da“ und unser Ziel ist es, das Serviceangebot stetig auszubauen. Wir haben daher im Rahmen einer Strukturreform im Außenministerium bewusst eine eigene Servicesektion geschaffen mit einer eigenen Abteilung Wirtschaftsservice, um noch besser dem Ziel „Weltweit für Sie da“ gerecht werden zu können. Wir haben darüber hinaus auch Adaptierungen in unserem Vertretungsnetz vorgenommen. Wir werden einige Botschaften in Europa, nämlich in den baltischen Staaten, aber auch in Malta, schließen und stattdessen unser Vertretungsnetz in der Welt verstärken. Wir werden Botschaften in Moldau, Georgien und Belarus eröffnen, weil das eine Region im Spannungsfeld zwischen Russland und der Europäischen Union ist. Und wir werden darüber hinaus auch ganz bewusst in Wachstums- und Innovationsmärkten Vertretungen eröffnen, wie in Singapur, Katar, Kolumbien oder auch ein weiteres Generalkonsulat in China. Wir hoffen, damit das Netz des Außenministeriums für Österreich noch besser auszurichten, und wir hoffen insbesondere mit der Stärkung des „Service“-Schwerpunktes Ihren Wünschen und Anliegen noch besser nachkommen zu können.

Ganz wesentlich für diese Arbeit ist es natürlich, von Ihnen auch zu wissen, was Sie von uns erwarten, was Sie brauchen; aber uns auch Einblicke in Ihre

Ausgewählte Dokumente

eigene Tätigkeit zu geben. In diesem Sinne freue ich mich sehr, dass Sie heute bei unserer Botschafterkonferenz sind, dass Sie uns die Chance geben, auch Einblick in Ihre Tätigkeit im Bereich der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft und darüber hinaus zu bekommen. Ich freue mich auch, dass wir heute die Möglichkeit haben, zu zeigen, was das Außenministerium tagtäglich leistet.

Erlauben Sie mir, dass ich die Gelegenheit nutze, unseren Botschafterinnen und Botschaftern, die täglich im Ausland im Einsatz sind, ganz herzlich für Ihr Engagement zu danken. Vielen Dank für die Arbeit an unser Team! Vielen Dank an die Gäste, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute dabei zu sein. Vielen Dank!

**18.4. Bundespräsident Heinz Fischer:
Rede beim High Level Side Event „Strengthening
cooperation on migration and refugee movements in
the perspective of the new development agenda“
70. VN-Generalversammlung, New York,
1. Oktober 2015**

Mr. Secretary-General,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

I am very grateful to the Secretary-General for convening today's meeting.

A few days ago we adopted the 2030 Agenda for Sustainable Development, which calls for "orderly, safe, regular and responsible migration". The current refugee and migration crisis shows that we have a long way to go to achieve this goal.

As you know, the European Union and many other countries are facing an extraordinary challenge caused by the sudden and enormous increase of refugees and migrants coming via the Balkans and the Southern Mediterranean Route. The majority is fleeing the war in Syria and the atrocities committed by ISIS in the region. Since the beginning of this year hundreds of thousands of people have made their way to Europe.

A number of European countries are particularly affected by this dramatic situation.

As for Austria, with a population of 8 million, let me give you a few numbers:

In 2014 28.000 refugees applied for asylum in Austria,

For 2015, we are expecting 80.000 or more. This is the second highest per capita rate among the 28 EU member states – and similar to Germany's.

Ausgewählte Dokumente

Thousands of persons have been crossing the border into Austria on a daily basis, sometimes up to 20.000. Most of them want to go to Germany, but more and more are staying in Austria.

Behind these numbers stand the individual and often traumatic fates of children, women and men, of families torn apart, of survivors of terrible circumstances and dangerous flight routes.

There are several challenges for us:

1. First of all, receiving and treating these refugees in a humane manner.

I think Austria has done that in an exemplary way. Austria has been providing food, water, shelter, medical support and other basic supplies to the arriving refugees for many weeks.

In this context, I want to highlight the immediate and enormous contribution by civil society to our professional support structures. Without their sustained support Austria would not be able to cope with this sudden influx of people in the dignified way it is. I have visited reception centres and train stations – and was deeply impressed by the untiring work both of our professional support structures, as well as the many volunteers who coordinate resources – often via social media – to optimise the organisation of support to the arriving refugees.

But the current situation is not tenable.

2. We have to manage these refugee flows in a common approach and to share responsibility at the international level.

Austria supports the recent decisions taken at the European Union level in this regard. We need to work towards an effective common asylum and migration policy, with the joint administration of hot spots at most affected entry points, and with a just, quota-based distribution of refugees among EU member countries. Asylum is an inalienable right, but it does not include the right to pick and choose one's country of asylum.

Furthermore, the European Union has to and will step up cooperation with all transit countries along the Balkans route. And, most importantly, with those countries that have been shouldering the brunt of the burden of the effects of the war in Syria for the past years, by hosting millions of refugees: Turkey, Lebanon, Jordan.

In addition, there needs to be a much stronger international effort to step up support for these countries, in cooperation with UNHCR, IOM and other organisations. This should include burden sharing not only at the European, but also at the international level.

Finally and most importantly, the atrocious war in Syria, already lasting longer than World War One, needs to be stopped.

The blockage in the Security Council over the last four and a half years on Syria has to be ended. This is not only a political, it is also a moral responsi-

Ausgewählte Dokumente

bility. We need substantial political progress, we need to avoid another 250.000 dead Syrians, and millions more displaced persons and refugees.

This must be the highest priority, even if it means putting aside certain pre-conditions that have been blocking progress for so long.

Ladies and Gentlemen,

This is what we need to do, and we can do it, if we act together.

**18.5. Bundesminister Sebastian Kurz:
Statement bei der Offenen Debatte des
VN-Sicherheitsrats „Maintenance of International
Peace and Security: Settlement of Conflicts in the
Middle East and North“
70. VN-Generalversammlung, New York,
1. Oktober 2015**

Mr. President, Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

First of all let me thank you, Mr. President, for convening this important debate.

Since World War Two we have never seen higher numbers of people desperately fleeing from conflict to save their lives. Nearly 60 Million people worldwide are on the move. In 2014 alone 13.9 million people became newly displaced – four times the number of the previous year.

We are witnessing a mass exodus especially from the Wider Middle East towards Europe mostly via Turkey, Greece and the Western Balkan states.

This mass exodus has several worrying aspects for countries of origin, transit and destination:

1. For countries of origin it increases the brain drain.
2. For countries of transit and destination it poses a significant challenge for societies and their social systems.

Mr. President,

We all know what has been the main trigger of this mass exodus: the barbaric war in Syria and the horrors committed by Da'esh in Iraq and Syria.

To respond to this challenge I believe we have to focus on three key areas:

1. First we have to confront the root causes in the countries of origin.

Ausgewählte Dokumente

In the case of Syria that means that we have to intensify our fight against Da'esh and other terrorist groups.

Austria actively participates with the means at her disposal in the "Global Coalition to Counter ISIL". We cannot offer military assistance but we have recently increased our help sending more humanitarian aid, protective equipment and mine detectors.

We have to engage in this fight also within our societies – we have to do more to stop the flow of foreign terrorist fighters and to cut off financial support to their organisations.

2. Secondly we need a comprehensive approach in fighting against terrorism. The Vienna Agreement on the Iranian nuclear issue has created a unique momentum.

We should now use it to bring Iran more actively on board in our common efforts.

We will only be able to achieve a sustainable solution if it includes all major regional players such as Saudi Arabia, Turkey, Egypt and Iran.

3. Thirdly we need more unity on international level

Our first priority should be to bring a rapid end to the bloodshed. Here we need clear leadership from the Security Council!

We will only be able to make a difference if the United States and Russia pull in one direction.

We need a mandate not only for action against Da'esh but also for the protection of civilians including the establishment of safe and buffer zones.

Austria would stand ready to contribute to such a UN-mandated operation in the region.

Mr. President,

The positive outcome of the E3+3 negotiations with Iran in Vienna offers a glimmer of hope. What has been possible on the Iran issue – in finding a negotiated diplomatic solution – should also be possible for Syria.

Progress is difficult but not impossible – we have to actively take matters into our hands and stand united to end the war in Syria and fight terrorism.

We owe this to the victims of terror, to the many who have to flee their homes and also to the security needs of our own people.

Thank you.

*Ausgewählte Dokumente***18.6. Bundesminister Sebastian Kurz:
Rede bei der 70. Generalversammlung der Vereinten
Nationen
New York, 1. Oktober 2015**

Mr. President,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

70 years ago the United Nations were founded as the collective answer to war and genocide, which had cost the lives of millions of people.

The principal idea of the UN was to prevent war, to uphold the respect for international law and human rights and to promote social and economic progress.

I myself have not even lived through half of this period. Nevertheless, I believe that today – 70 years later – we all have to ask ourselves if we have really succeeded.

- We are facing a record high of over 50 violent conflicts, reaching from Syria and Iraq to Yemen, Sudan and Somalia.
- We are facing a rise of radicalisation and extremism.
- And we are facing the highest number of refugees since World War Two.

Nearly 60 Million people worldwide are on the move as refugees or internally displaced persons.

Alone 4 Million of them are Syrians who have left their country fleeing from civil war and terror. Every day over 40.000 people flee from their homes in search of peace, security or a new life.

This challenge is not limited to one region or to one continent. This is a global challenge!

It concerns the Mediterranean region, but also South Asia and large parts of Africa. Europe is currently also witnessing a huge flow of refugees in particular from the Wider Middle East.

These global refugee flows pose serious problems for the countries of origin and transit as well as for the countries of destination.

But all affected countries and regions have one thing in common: No country and no region can solve this crisis alone. And no single measure can provide a solution.

Ladies and Gentlemen,

We need a comprehensive approach covering the whole refugee routes: the countries of origin, transit and destination!

Ausgewählte Dokumente

Which organisation if not the UN can provide the basis for this collective action? And which organisation if not the UN can contribute to this comprehensive approach?

If we want to reduce the number of refugees I believe that we have to focus our efforts on three key areas:

First we have to confront the root causes in the countries of origin: Civil wars, massive human rights violations and terrorism.

In this context we have to intensify our fight against Da'esh and terrorist groups. They have to be neutralised and defeated!

In the case of Syria it also means that we have to push harder for a closing of ranks in the region. We will only be able to achieve any meaningful progress if major regional players such as Saudi Arabia, Turkey, Egypt and Iran act in concert.

And finally it means that we have to bring all relevant parties to the Syrian civil war on the table, as UN Special Envoy Staffan de Mistura tries to do.

Let me be clear: that does not mean that the current political leadership of Syria can be part of a long term solution. It has brought endless harm to the people of Syria. But if you want to make peace, you don't only talk to your friends.

Secondly we need more unity on international level.

Huge efforts have already been made – but the UN and its Member States can and should do more!

We will only be able to make a difference if the United States and Russia pull in one direction. The UN Security Council has to demonstrate unity.

We need a mandate not only for action against Da'esh but also for the protection of civilians. This should include the establishment of safe and buffer zones which would increase the security of the people and make access for humanitarian aid much easier. Action by the Security Council would offer many countries the possibility to join in and offer their support.

Our position is clear: Austria would stand ready to contribute to such a UN-peace operation.

Thirdly we need a change of system.

A system which allows only the fittest or those rich enough to pay the smugglers to reach a safe haven like Europe is wrong. The current system is in fact indirectly sponsoring smugglers! More than 24.000 migrants and refugees died on their way to Europe since 2000. The pictures of refugees drowned in the Mediterranean Sea or suffocated in trucks will continue to haunt us.

We therefore need a change of system! We need to create the possibility for refugees to apply for asylum already in their countries of origin or neighbouring countries. The United Nations could help in the establishment of such

Ausgewählte Dokumente

reception and information centres which would allow to introduce resettlement programs.

In my opinion trafficking in human beings is one of the worst crimes. We should consider systematic and large-scale smuggling as a crime against humanity so that the perpetrators can finally be brought to justice.

Ladies and Gentlemen,

There is another crisis area we shouldn't forget about.

Last year, like most of you I referred to the Russian-Ukrainian conflict as probably the most serious challenge to peace and security in Europe. One year later, we still cannot see a positive development. The conflict is ongoing, the number of deaths has even increased and the socio-economic consequences are huge.

There is only one way ahead: A peaceful settlement based on dialogue and negotiation. We must find a solution that provides for a free and stable Ukraine, which enjoys strong ties with both the European Union and the Russian Federation.

In this respect the Minsk Agreement is and remains the only option on the table! There is no alternative to implementing this agreement. All parties have to live up to their commitments.

In this context let me underline the crucial work the OSCE, the Organization for Security and Co-operation in Europe is doing. The special Monitoring Mission and the Trilateral Contact group play a unique role for a peaceful settlement.

The OSCE deserves our full support and Austria will do its utmost to contribute to its work, especially during our OSCE chairmanship in 2017.

Ladies and Gentlemen,

All these conflicts show that 70 years after its establishment we need the United Nations more than ever. But in some areas the UN is also pushed to its breaking point. It urgently needs reforms in order to be prepared for the future.

What can be the way forward?

Firstly, we have to remind ourselves of the purposes and principles of the Charter. It is and remains our backbone. Failure is guaranteed if we don't respect it!

Secondly, we have to look at the functioning of its main bodies. We need a Security Council that is united and can act swiftly.

We welcome the efforts to improve the work of the Security Council. We support the initiatives to suspend the use of the veto in case of mass atrocities. In order to be able to address global challenges we need a UN that is capable

Ausgewählte Dokumente

of taking action – and a Security Council that is more representative, accountable and transparent.

Ladies and gentlemen,

We highly value the fact that one of the headquarters of the United Nations is in Vienna and we will continue to support it actively. We remain committed to act as a place for international dialogue, such as the Iran nuclear talks that took place in Vienna this year.

We will also continue to contribute to all diplomatic initiatives for a better world. In this sense one key area for us is nuclear disarmament.

The NPT Review Conference last May failed to reach an agreement. But there is a growing international momentum on nuclear disarmament and non-proliferation. At this conference I delivered a joint statement on the humanitarian consequences of nuclear weapons on behalf of 159 States. And the Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons last December resulted in a Humanitarian Pledge which has been endorsed by 116 States!

Austria, together with co-sponsors, will table several resolutions on the humanitarian initiative. We hope that they will receive broad support.

70 years after Hiroshima and Nagasaki, nuclear weapons still pose one of the most serious threats to humankind. I can assure you that Austria will fight for a world free of nuclear weapons to make our world a safer place!

Ladies and Gentlemen,

The global challenges we are facing require a strong United Nations! We deeply value Secretary-General Ban Ki-moon for his tireless efforts.

The UN and the Secretary General can continue to count on our continuous support.

Thank you for your attention!

*Ausgewählte Dokumente***18.7. Vereinte Nationen, Resolution A/RES/70/47 der Generalversammlung, verabschiedet am 7. Dezember 2015*)**

Vereinte Nationen

A/RES/70/47

**Generalversammlung**Verteilung: Allgemein
11. Dezember 2015Siebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 97 b)**Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 7. Dezember 2015***[aufgrund des Berichts des Ersten Ausschusses (A/70/460)]***70/47. Humanitäre Folgen von Kernwaffen***Die Generalversammlung,**mit dem erneuten Ausdruck tiefer Besorgnis über die katastrophalen Folgen von Kernwaffen,**betonend, dass Kernwaffen aufgrund ihrer immensen und unkontrollierbaren Zerstörungskraft und unterschiedslosen Wirkung unannehmbar humanitäre Folgen nach sich ziehen, wie ihr Einsatz und ihre Erprobung in der Vergangenheit gezeigt haben,**unter Hinweis darauf, dass sich die Besorgnis über die humanitären Folgen von Kernwaffen in zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen niedergeschlagen hat, einschließlich der ersten Resolution der Generalversammlung vom 24. Januar 1946,**sowie unter Hinweis darauf, dass die Generalversammlung 1978 auf ihrer ersten Sondertagung über Abrüstung betonte, dass Kernwaffen die größte Gefahr für die Menschheit und den Fortbestand der Zivilisation darstellen¹,**unter Begrüßung des erneuten Interesses und der erneuten Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, zusammen mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und den internationalen humanitären Organisationen die Frage der katastrophalen Folgen von Kernwaffen anzugehen,**darauf hinweisend, dass die Konferenz der Vertragsparteien im Jahr 2010 zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ihre*

*) Vorkopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York.

1) Siehe Resolution S-10/2.

Ausgewählte Dokumente

tiefe Besorgnis über die katastrophalen humanitären Folgen eines jeden Einsatzes von Kernwaffen zum Ausdruck brachte²,

Kenntnis nehmend von der Resolution des Delegiertenrats der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung vom 26. November 2011 mit dem Titel „Auf die Beseitigung der Kernwaffen hinarbeiten“,

unter Hinweis auf die vor der Generalversammlung und während des Zyklus 2010–2015 der Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen³ abgegebenen gemeinsamen Erklärungen zu den humanitären Folgen von Kernwaffen,

unter Begrüßung der sachlich fundierten Erörterungen über die Auswirkungen einer Kernwaffendetonation, die auf den am 4. und 5. März 2013 von Norwegen, am 13. und 14. Februar 2014 von Mexiko und am 8. und 9. Dezember 2014 von Österreich einberufenen Konferenzen über die humanitären Auswirkungen von Kernwaffen geführt wurden,

sich dessen bewusst, dass auf diesen Konferenzen eine der Schlüsselbotschaften der Sachverständigen und internationalen Organisationen darin bestand, dass weder ein Staat noch ein internationales Organ in der Lage wäre, der durch eine Kernwaffendetonation verursachten unmittelbaren humanitären Notsituation zu begegnen oder den Opfern ausreichende Hilfe zu leisten,

in der festen Überzeugung, dass es im Interesse aller Staaten ist, die humanitären Folgen von Kernwaffen mit dem Ziel zu erörtern, das Verständnis dieser Frage stärker zu erweitern und zu vertiefen, und unter Begrüßung des fortlaufenden Engagements der Zivilgesellschaft,

in Bekräftigung der Rolle, die die Zivilgesellschaft in Partnerschaft mit den Regierungen dabei spielt, das Bewusstsein für die unannehmbaren humanitären Folgen von Kernwaffen zu erhöhen,

hervorhebend, dass die katastrophalen Folgen von Kernwaffen nicht nur die Regierungen, sondern jeden einzelnen Bürger unserer vernetzten Welt treffen und sich tiefgreifend auf den Fortbestand der Menschheit, die Umwelt, die sozioökonomische Entwicklung, die Volkswirtschaften und die Gesundheit künftiger Generationen auswirken,

1. *betont*, dass es im Interesse des Überlebens der Menschheit ist, dass Kernwaffen unter keinen Umständen jemals wieder eingesetzt werden;

2. *hebt hervor*, dass der einzige Weg, der garantiert, dass Kernwaffen nie wieder eingesetzt werden, ihre vollständige Beseitigung ist;

3. *betont*, dass den katastrophalen Auswirkungen einer Kernwaffendetonation, gleichviel ob es sich dabei um einen Unfall, eine Fehleinschätzung

2) Siehe 2010 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Final Document, Vol. I (NPT/CONF.2010/50 (Vol. I)), Teil I, *Conclusions and recommendations for follow-on actions*.

3) United Nations, *Treaty Series*, Vol. 729, Nr. 10485. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL 1974 II S. 785; LGBL 1978 Nr. 15; öBGBL Nr. 258/1970; AS 1977 471.

Ausgewählte Dokumente

oder einen vorsätzlichen Akt handelt, nicht ausreichend begegnet werden kann;

4. *verleiht ihrer festen Überzeugung Ausdruck*, dass das Bewusstsein der katastrophalen Folgen von Kernwaffen allen Ansätzen und Anstrengungen zur nuklearen Abrüstung zugrunde liegen muss;

5. *fordert* alle Staaten *auf*, im Rahmen ihrer gemeinsamen Verantwortung den Einsatz von Kernwaffen und ihre vertikale und horizontale Verbreitung zu verhindern und die nukleare Abrüstung herbeizuführen;

6. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, alles zu tun, um die von diesen Massenvernichtungswaffen ausgehende Bedrohung vollständig zu beseitigen;

7. *beschließt*, den Unterpunkt „Humanitäre Folgen von Kernwaffen“ unter dem Punkt „Allgemeine und vollständige Abrüstung“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer einundsiebzigsten Tagung aufzunehmen.

*67. Plenarsitzung
7. Dezember 2015*

*Ausgewählte Dokumente***18.8. Vereinte Nationen, Resolution A/RES/70/48 der Generalversammlung, verabschiedet am 7. Dezember 2015*)**

Vereinte Nationen

A/RES/70/48

**Generalversammlung**Verteilung: Allgemein
11. Dezember 2015Siebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 97 b)**Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 7. Dezember 2015***[aufgrund des Berichts des Ersten Ausschusses (A/70/460)]***70/48. Humanitäres Versprechen für das Verbot und die Beseitigung***Die Generalversammlung,*

stets eingedenk des unannehmbaren Schadens, der den Opfern von Kernwaffenexplosionen und Kernversuchen entstanden ist, und in der Erkenntnis, dass den Rechten und Bedürfnissen der Opfer bisher nicht angemessen Rechnung getragen wurde,

in der Erkenntnis, dass die unmittelbaren, mittelfristigen und langfristigen Folgen einer Kernwaffenexplosion weit gravierender wären, als in der Vergangenheit gedacht wurde, und nicht an nationalen Grenzen haltmachen würden, sondern regionale, ja weltweite Auswirkungen haben und das Überleben der Menschheit gefährden könnten,

im Bewusstsein der Komplexität und der Wechselbeziehungen dieser Folgen, die systemisch und potenziell unumkehrbar wären, unter anderem für die Gesundheit, die Umwelt, die Infrastruktur, die Ernährungssicherheit, das Klima, die Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt, Vertreibung und die Weltwirtschaft,

in dem Bewusstsein, dass das Risiko einer Kernwaffenexplosion bedeutend größer ist als bisher angenommen und aufgrund der zunehmenden Verbreitung, einer immer niedrigeren technischen Schwelle für die Kernwaffenfähigkeit, der laufenden Modernisierung der Kernwaffenbestände in den Staaten, die Kernwaffen besitzen, und der Rolle, die den Kernwaffen in der nuklearen Doktrin dieser Staaten beigemessen wird, immer weiter zunimmt,

*) Vorkopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York.

Ausgewählte Dokumente

sich dessen bewusst, dass die Gefahr eines Einsatzes von Kernwaffen mit seinen unannehmbaren Folgen nur gebannt werden kann, wenn alle Kernwaffen beseitigt sind,

betonend, dass die Folgen einer Kernwaffenexplosion und die mit Kernwaffen verbundenen Risiken die Sicherheit der gesamten Menschheit betreffen und dass alle Staaten gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, jeden Einsatz von Kernwaffen zu verhindern,

sowie betonend, dass das Ausmaß der Folgen einer Kernwaffenexplosion und die damit verbundenen Risiken tiefgreifende moralische und ethische Fragen aufwerfen, die über die Debatte über die Rechtmäßigkeit von Kernwaffen hinausgehen,

eingedenk dessen, dass weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene die Kapazität besteht, dem menschlichen Leid und dem humanitären Schaden, die aus einer Kernwaffenexplosion in einem besiedelten Gebiet entstünden, angemessen zu begegnen, und dass diese Kapazität wohl auch nie bestehen wird,

bekräftigend, dass es im Interesse des Überlebens der Menschheit ist, dass Kernwaffen unter keinen Umständen jemals wieder eingesetzt werden,

erneut auf die entscheidende Rolle hinweisend, die internationale Organisationen, die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, gewählte Vertreter, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft dabei spielen, dem gemeinsamen Ziel einer kernwaffenfreien Welt näherzukommen,

unter Hinweis auf die drei internationalen Konferenzen über die humanitären Auswirkungen von Kernwaffen, die im März 2013 von Norwegen, im Februar 2014 von Mexiko und im Dezember 2014 von Österreich einberufen wurden, und auf die zwingenden Beweise, die auf diesen Konferenzen vorgelegt wurden,

begrüßend, dass 120 Staaten aus den Beweisen für die humanitären Auswirkungen von Kernwaffen die unausweichlichen Schlüsse gezogen und dementsprechend das Humanitäre Versprechen¹ unterstützt oder sich ihm angeschlossen haben,

1. *betont*, wie wichtig es ist, sachlich fundierte Erörterungen zu führen und in allen einschlägigen Foren und im Rahmen der Vereinten Nationen Erkenntnisse und zwingende Beweise zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen vorzulegen, da diese im Mittelpunkt aller Beratungen und der Umsetzung der Verpflichtungen und Zusagen in Bezug auf die nukleare Abrüstung stehen sollten;

2. *appelliert* an alle Staaten, dem Gebot der Sicherheit für alle Menschen zu folgen und den Schutz von Zivilpersonen vor den von Kernwaffen ausgehenden Risiken zu fördern;

1) Siehe CD/2039 und <http://www.hinw14vienna.at>.

Ausgewählte Dokumente

3. *fordert* alle Vertragsstaaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen² *nachdrücklich auf*, sich erneut zur umgehenden und vollständigen Umsetzung ihrer bestehenden Verpflichtungen nach Artikel VI zu verpflichten, und fordert alle Staaten auf, wirksame Maßnahmen zur Schließung der rechtlichen Lücke hinsichtlich des Verbots und der Beseitigung von Kernwaffen aufzuzeigen und zu verfolgen und zur Erreichung dieses Zieles mit allen Interessenträgern zusammenzuarbeiten;

4. *ersucht* alle Staaten, die Kernwaffen besitzen, bis zur vollständigen Beseitigung ihrer Kernwaffenbestände konkrete einstweilige Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahr einer Kernwaffendetonation zu verringern, insbesondere indem sie die Einsatzbereitschaft der Kernwaffen verringern und dislozierte Kernwaffen einlagern, die Rolle der Kernwaffen in den Militärdoktrinen verringern und alle Arten von Kernwaffen rasch abbauen;

5. *fordert* alle maßgeblichen Interessenträger, die Staaten, die internationalen Organisationen, die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, Parlamentarier und die Zivilgesellschaft *auf*, angesichts der unannehmbaren humanitären Folgen von Kernwaffen und der mit ihnen verbundenen Risiken bei den Anstrengungen zur Stigmatisierung, zum Verbot und zur Beseitigung dieser Waffen zusammenzuarbeiten;

6. *beschließt*, den Unterpunkt „Humanitäres Versprechen für das Verbot und die Beseitigung von Kernwaffen“ unter dem Punkt „Allgemeine und vollständige Abrüstung“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer einundsiebzigsten Tagung aufzunehmen.

*67. Plenarsitzung
7. Dezember 2015*

2) United Nations, *Treaty Series*, Vol. 729, Nr. 10485. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL. 1974 II S. 785; LGBL. 1978 Nr. 15; öBGBL. Nr. 258/1970; AS 1977 471.

Anhang

I. Länderinformationen

AB = AußenwirtschaftsBüro, AC = AußenwirtschaftsCenter, GK = Generalkonsulat, HGK = Honorargeneralkonsulat, HK = Honorarkonsulat, ID = Österreichischer Informationsdienst, KF = Kulturforum, ÖAI = Österreichisches Archäologisches Institut, ÖB = Österreichische Botschaft, ÖBibl. = Österreich-Bibliothek, OEZA = Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, ÖHI = Österreichisches Historisches Institut, ÖI = Österreich Institut, OSTA = Office of Science and Technology, ÖW = Österreich-Werbung

Die Schengenvertretungen sind im Internet auf der BMEIA-Homepage unter www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/pass-und-visum/schengen-visainformationen.html abrufbar.

Die Außenhandelszahlen beruhen auf vorläufigen Ergebnissen (Quelle: Statistik Austria).

Die EZA-Zahlen sind gerundet und beruhen auf vorläufigen Zahlen ohne Anteile aus geographisch verteilten Stipendien- und NRO-Rahmenprogrammen.

Afghanistan

(Islamische Republik Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt
Ashraf Ghani

Regierungschef
Abdullah Abdullah

Außenminister
Salahuddin Rabbani
(seit 1. Februar)

ÖB: siehe Pakistan; **AC:** siehe Iran

Österreichische Exporte: 8,624 Millionen Euro (–58,9 %)

Importe: 190.000 Euro (+3,9 %)

Ägypten

(Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt
Abdel Fattah
Al-Sisi

Regierungschef
Sherif Ismail

Außenminister
Sameh Shoukry

(seit 19. September)

Kairo – **ÖB, KF, Büro des Verteidigungsattachés, AC, ÖAI**; Alexandria – **HGK**

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Sebastian Kurz, offizieller Besuch, Treffen mit Präsident Abdel Fattah Al-Sisi, Außenminister Sameh Shoukry, Großscheich der Al-Azhar Moschee und der Al-Azhar Universität Ahmad Muhammad Al-Tayyeb und stv. Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche in Ägypten, Bischof Anba Moussa (20.–21. Mai).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 293.914 Euro

Österreichische Exporte: 236,652 Millionen Euro (+20,1 %)

Importe: 55,777 Millionen Euro (–39,6 %)

Länderinformationen

Albanien

(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt
Bujar Nishani

Regierungschef
Edi Rama

Außenminister
Ditmir Bushati

Tirana – **ÖB, Verbindungsbeamter des BMI, Koordinationsbüro der OEZA; AC** – siehe Slowenien; Shkodra – **HK, ÖBibl.**

Besuche aus Österreich:

Abgeordneter zum Nationalrat Werner Amon, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der Außenpolitischen Ausschüsse im Rahmen des South East European Cooperation Process (SEEC) (13. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Teilnahme am Treffen der Außenminister des SEEC (24. Februar); Generalsekretär des Centre Franco-Autrichien Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Eröffnung der Konferenz „Europäische Integration und Regionale Kooperation im westlichen Balkan“ (27. April); Leiter der Sektion Entwicklung im BMEIA Peter Launsky-Tieffenthal und Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA) Martin Ledolter, Unterzeichnung der Austrian Cooperation Strategy (5. Oktober).

Besuche in Österreich:

Gesundheitsminister Ilir Beqaj (Wien, Innsbruck, 30.–31. Jänner); Innenminister Saimir Tahiri und Außenminister Ditmir Bushati, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Tackling Jihadism Together“ (20. März); Minister für Landwirtschaft Edmond Panariti, Gespräch mit Bundesminister Andrá Rupprechter (28. April); Ministerin für Innovation und öffentliche Verwaltung Milena Harito, Arbeitsgespräch mit Staatssekretärin Sonja Stebl, Besuch im Parlament mit albanischer Parlamentarierdelegation, Gespräch mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf (30. Juni); Premierminister Edi Rama, Außenminister Ditmir Bushati und Wirtschaftsminister Ali Ahmetaj, Teilnahme am Wiener Westbalkan-Gipfel (26.–27. August).

Abkommen/Verhandlungen:

Die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über soziale Sicherheit wurden aufgenommen.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 1,854 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 59,796 Millionen Euro (+20,0 %)

Importe: 17,814 Millionen Euro (–3,3 %)

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt
Abdelaziz Bouteflika

Regierungschef
Abdelmalek Sellal

Außenminister
Ramtane Lamamra

Algier – **ÖB, AC, MilAtt.**

Gespräch Bundesminister Sebastian Kurz mit Außenminister Ramtane Lamamra am Rande des Außenministertreffens zur Südlichen Partnerschaft der EU (Barcelona, 13. April).

Besuche aus Österreich:

Generalsekretär im BMLFUW Reinhold Mang, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich Hermann Schultes und Delegation, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär im algerischen Landwirtschaftsministerium Fodil Feroukhi; Teilnahme am Österreich-Schwerpunkt der algerischen Landwirtschaftsmesse (14.–15. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Konsultationen mit Generalsekretär im algerischen Außenministerium Abdelhamid Senouci Bereksi (28. Oktober).

Besuche in Österreich:

Präsident des algerischen Rechnungshofes Abdelkader Benmarouf, Arbeitsgespräche und Teilnahme an Konferenz der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden/INTOSAI (2.–4. März).

Anhang

Österreichische Exporte: 244,471 Millionen Euro (+6,8 %)

Importe: 323,181 Millionen Euro (+16,7 %)

Andorra

(Fürstentum Andorra), Andorra

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Kofürsten:

Antoni Martí Petit

Gilbert Saboya Sunyé

François Hollande

(französischer Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília

(Erzbischof von La Seu d'Urgell)

ÖB: siehe Spanien; **AC:** siehe Spanien (Barcelona)

Österreichische Exporte: 5,171 Millionen Euro (−17,0 %)

Importe: 65.000 Euro (−7,7 %)

Angola

(Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenminister

José Eduardo dos Santos

Georges Rebelo Chikoti

ÖB, AC: siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Besuche in Österreich:

Minister für Wasser und Energie João Baptista Borges, Teilnahme an der 59. Generalkonferenz der IAEA (Wien, 14.–18. September).

Österreichische Exporte: 36,689 Millionen Euro (+151,7 %)

Importe: 18,410 Euro (k.A.)

Antigua und Barbuda

(Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Königin Elizabeth II.

Gaston Browne

Charles Fernandez

vertreten durch:

Generalgouverneur

Sir Rodney Williams

ÖB, AC: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Österreichische Exporte: 241.000 Euro (−50,3 %)

Importe: 58.000 Euro (+590,3 %)

Äquatorialguinea

(Republik Äquatorialguinea), Malobo

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Teodoro Obiang Nguema

Vicenté Ehaté Tomi

Agapito Mba Mokuy

Mbasogo

ÖB, AC: siehe Nigeria

Österreichische Exporte: 171.000 Euro (−87,8 %)

Importe: 20.000 Euro (−23,3 %)

Länderinformationen

Argentinien

(Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Mauricio Macri
(seit 10. Dezember)

Außenministerin
Susana Malcorra
(seit 10. Dezember)

Buenos Aires – **ÖB, AC**; Córdoba, Mendoza, Posadas (vorübergehend geschlossen), San Carlos de Bariloche – **HK**

Österreichische Exporte: 119,093 Millionen Euro (–1,6 %)

Importe: 154,118 Millionen Euro (+13,9 %)

Armenien

(Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt
Serzh Sargsyan

Regierungschef
Hovik Abrahamyan

Außenminister
Edward Nalbandian

Wien – **ÖB**; Jerewan – **Büro f. Techn. Zusammenarbeit, ÖBibl.**; **AC:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich:

Abgeordneter zum Nationalrat Hannes Weninger, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag des Genozids (24. April). Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann Reinhold Lopatka, Treffen mit Präsident Serzh Sargsyan, Parlamentspräsident Galust Sahakyan, Außenminister Edward Nalbandian, Vorsitzendem des außenpolitischen Ausschusses Artak Zakaryan sowie Oberhaupt der Armenisch-apostolischen Kirche, Katholikos Karekin II (26.–28. Juni).

Besuche in Österreich:

Kulturministerin Hasmik Poghosyan, Treffen mit Bundesminister Josef Ostermayer, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding für Kunst und Kultur (19. Jänner); Minister für Bildung und Wissenschaft Armen Aschotyan, Treffen mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Unterzeichnung eines MoU's im Bildungsbereich (8. April); Landwirtschaftsminister Sergo Karapetyan, Treffen mit Bundesminister Andrä Rupprechter und Unterzeichnung eines MoU's über Zusammenarbeit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (4. Mai); Außenminister Edward Nalbandian, Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz (10. Dezember).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 1,979 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 19,983 Millionen Euro (–71,2 %)

Importe: 2,643 Millionen Euro (+10,8 %)

Aserbaidshon

(Republik Aserbaidshon), Baku

Staatsoberhaupt
Ilham Alijew

Regierungschef
Artur Rasisade

Außenminister
Elmar Mammadjarow

Baku – **ÖB, AB**; **ÖBibl.**; **AC:** siehe Moskau

Besuche aus Österreich:

Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, offizieller Besuch anlässlich der Eröffnung der Europäischen Spiele „Baku 2015“ (11.–14. Juni); Delegation von RichterInnen und StaatsanwältInnen unter Leitung von Senatspräsidentin Maria-Elisabeth Wanke-Czerwenka (6.–9. Oktober); Volksanwalt und Generalsekretär des Internationalen Ombudsmann Institutes (IOI) Günther Kräuter, Teilnahme an der XIII. Internationalen Ombudsmann Tagung (12.–14. November); Wiener Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Präsident der Wirtschaftskammer Wien Walter Ruck (18.–19. Oktober).

Anhang

Besuche in Österreich:

Generalstaatsanwalt Zakir Garalov, Vorsitz beim Vorbereitungstreffen der Versammlung der Vertragsparteien der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) (Laxenburg, 10. September); Vorsitzender der bilateralen parlamentarischen Gruppe Aserbaidshans-Österreich Javid Gurbanov, Treffen mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf und gemeinsame Teilnahme an der Eröffnung der Bregenzer Festspiele (22. Juli); Botschafter für Sonderangelegenheiten Fakhraddin Gurbanov, Gespräche im BMEIA (21. September).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 132.616 Euro

Österreichische Exporte: 88,140 Millionen Euro (–22,9 %)

Importe: 333,302 Millionen Euro (–10,1 %)

Äthiopien

(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mulatu Teshome Wirtu	Hailemariam Desalegn	Tedros Adhanom

Addis Abeba – **ÖB**; **Koordinationsbüro der OEZA**; **AC**: siehe Kenia

Besuche aus Österreich:

Leiter der Sektion Entwicklung Peter Launsky-Tieffenthal, Teilnahme an der Financing for Development Conference, Arbeitsgespräche mit Staatsminister Abraham Tekeste, AU-Kommissar Mustapha Sidiki Kaloko, UNECA-Exekutivsekretär Carlos Lopez, IGAD-Exekutivsekretär Mahboub Maalim (13.–17. Juli); Abgeordnete zum Nationalrat Petra Bayr, Teilnahme an der Financing for Development Conference (13.–17. Juli); Präsident des Rechnungshofes Josef Moser, Teilnahme an der Financing for Development Conference (14. Juli); Leiter der Sektion Internationale Angelegenheiten im BMEIA Alexander Marschik, Politische Konsultationen mit Staatsminister Berhane Gebre-Christos (14. Oktober); Abgeordnete zum Nationalrat Petra Bayr, Franz-Joseph Huainigg, Johannes Hübner, Wolfgang Pirkhuber, EZA-Reise (18.–23. Oktober).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 5,336 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 13,302 Millionen Euro (+75,6 %)

Importe: 7,714 Millionen Euro (–5,5 %)

Australien

(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	Malcolm Turnbull	Julie Bishop
vertreten durch:	(seit 15. September)	
Generalgouverneur		
Sir Peter Cosgrove		

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK**, **AC**, **ÖW**; Brisbane, Melbourne – **HGK**; Adelaide, Brisbane, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Besuche aus Österreich:

Stv. Generalsekretär der Industriellenvereinigung Peter Koren, Firmenbesuche (28.–30. Oktober); Dekan und Executive Secretary der Internationalen Antikorruptionsakademie (IACA) Martin Kreutner, Konsultationen mit Vertretern des Außen-, Justiz- und Immigrationsministeriums (16.–17. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Australien im Bereich der sozialen Sicherheit wurde am 12. August in Canberra unterzeichnet.

Länderinformationen

Österreichische Exporte: 761,517 Millionen Euro (−4,0 %)

Importe: 91,112 Millionen Euro (+4,9 %)

Bahamas

(Commonwealth der Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Perry G. Christie	Frederick A. Mitchell
vertreten durch:		
Generalgouverneurin		
Dame Marguerite Pindling		

ÖB: siehe Vereinigte Staaten von Amerika; **AC:** siehe Vereinigte Staaten von Amerika (New York); Nassau – **HK**

Österreichische Exporte: 7,705 Millionen Euro (−33,4 %)

Importe: 193.000 Euro (+14,6 %)

Bahrain

(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Hamad Bin Isa	Prinz Khalifa Bin	Scheich Khaled Bin Ahmed
Bin Salman Al-Khalifa	Salman Al-Khalifa	Bin Mohamed Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AC:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich:

Österreichische Parlamentarierdelegation unter Leitung von Abgeordneter zum Nationalrat Christine Muttonen, Treffen mit Sprecher des Abgeordnetenhauses, Ahmed Al-Mulla, Erstem Vizepräsidenten des Shura-Rates Jamal Fakhro, Staatsminister für Medien Issa Al-Hamadi sowie mit Generalsekretär des Bahrainischen Instituts für Menschenrechte (BIHR) Abdul Aziz Abel und VertreterInnen des Ausschusses für Außenpolitik und Verteidigung des Parlaments (16.–17. Februar).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Investitionsschutzabkommen befindet sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 26,171 Millionen Euro (+13,0 %)

Importe: 28,909 Millionen Euro (+57,0 %)

Bangladesch

(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Abdul Hamid	Sheikh Hasina	Abul Hassan Mahmood Ali

ÖB, AC: siehe Indien; Dhaka – **HK, AB**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 153.595 Euro

Österreichische Exporte: 51,660 Millionen Euro (+22,9 %)

Importe: 477,446 Millionen Euro (+22,2 %)

Anhang

Barbados (Barbados), St. James

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.
vertreten durch:
Generalgouverneur
Elliot Belgrave

Regierungschef
Freundel Jerome Stuart

Außenministerin
Maxine McClean

ÖB, AC: siehe Caracas; Bridgetown – **HK**

Abkommen/Verhandlungen:

Eine Anpassung des Doppelbesteuerungsabkommens befindet sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 667.000 Euro (+67,3 %)

Importe: 293.000 Euro (+51,7 %)

Belarus (Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt
Alexander Lukaschenko

Regierungschef
Andrej Kabjakou

Außenminister
Wladimir Makej

ÖB, AC: siehe Russland; Minsk – **HK, AB, ÖBibl.**

Seit 2013 ist Österreich mit einem residenten Diplomaten in Minsk vertreten; die 2015 beschlossene Aufwertung der Außenstelle der ÖB Moskau zur Botschaft wird 2016 erfolgen.

Treffen Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Alexander Lukaschenko am Rande der 70. VN-GV (New York, 28. September).

Besuche aus Österreich:

Erste Tagung des Österreichisch-Belarussischen Wirtschaftsrates (17. April); Bundesminister Sebastian Kurz, Arbeitsbesuch in Minsk, Treffen mit Präsident Alexander Lukaschenko und Außenminister Wladimir Makej sowie mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft (4. Mai); Leiter der Sektion Management im BMEIA Michael Zimmermann, Arbeitsbesuch, Treffen mit Vize-Außenministerin Alena Kupchyna (29.–30. September); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf und Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl mit Wirtschaftsdelegation, Arbeitsbesuch, Treffen mit Präsident Lukaschenko, Vize-Außenministerin Kupchyna, Vorsitzendem der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung, Vladimir Andrejchenko sowie mit Vorsitzendem der belarussischen Handels- und Industriekammer Michail Myatlikow, Teilnahme am 2. Trilateralen Forum Österreich – Belarus – Russland (13.–14. Oktober).

Besuche in Österreich:

Vize-Außenministerin Alena Kupchyna, Konsultationen mit Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert (7. Mai); Vize-Außenminister Alexander Guryanov, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (25. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen samt Anhang und das Protokoll zur Abänderung des am 16. Mai 2001 in Minsk unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen traten am 1. Oktober in Kraft.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlung) im Rahmen der OEZA: 19.500 Euro

Österreichische Exporte: 144,964 Millionen Euro (–31,6 %)

Importe: 21,685 Millionen Euro (+9,0 %)

Länderinformationen

Belgien

(Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt
König Philippe

Regierungschef
Charles Michel

Außenminister
Didier Reynders

Brüssel – ÖB, AC, ÖW; Eupen, Gent, Lüttich, Namur – HK

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme an der 125. Ministerkonferenz des Europarates (18.–19. Mai); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, Treffen mit Parlamentspräsident Siegfried Bracke (30. September); Landesrätin Petra Bohuslav, Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang (28. Oktober); Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Treffen mit Vertretern der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2. Dezember).

Besuche in Österreich:

Abgeordnetendelegation des Parlaments der Region Wallonien, Treffen mit Mitgliedern der Verfassungs- und Innenausschüsse von Nationalrat und Bundesrat (19. März); Flämischer Ministerpräsident Geert Bourgeois und flämischer Tourismusminister Ben Weyts, Arbeitstreffen mit Bundesminister Josef Ostermayer (13.–14. Juli); Föderale Energie- und Umweltministerin Marie-Christine Marghem, Teilnahme an der 59. Generalkonferenz der IAEA (13.–16. September); Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Oliver Paasch, Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Karl-Heinz Lambertz, Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit Kärnten (Klagenfurt, 7. Oktober); Vizepremier- und Wirtschaftsminister Kris Peeters, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Rudolf Hundstorfer (27. Oktober).

Österreichische Exporte: 1.674,877 Millionen Euro (–2,0 %)

Importe: 1.925,133 Millionen Euro (–6,5 %)

Belize

(Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.
(vertreten durch
Generalgouverneur
Sir Colville Norbert Young)

Regierungschef
Dean Oliver Barrow

Außenminister
Wilfred Peter Elrington

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; Belize Stadt – HK

Bilaterale Leistungen (Nettozahlung) im Rahmen der OEZA: 16.011 Euro

Österreichische Exporte: 3,328 Millionen Euro (+4,0 %)

Importe: 136.000 Euro (–47,2 %)

Benin

(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt
Thomas Boni Yayi

Regierungschef
Lionel Zinsou
(seit 18. Juni)

Außenminister
Nassirou Arifari Bako

ÖB, AC: siehe Nigeria; Cotonou – HK

Österreichische Exporte: 16,961 Millionen Euro (+26,7 %)

Importe: 21.000 Euro (–62,7 %)

Anhang

Bhutan

(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Khesar	Tshering Tobgay	Damcho Dorji
Namgyel Wangchuck		(seit 2. August)

ÖB, AC: siehe Indien; Thimphu – **Koordinationsbüro der OEZA**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2,102 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 545.000 Euro (–14,1 %)

Importe: 48.000 Euro (–84,0 %)

Bolivien

(Plurinationaler Staat Bolivien), Sucre; Regierungssitz: La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Juan Evo Morales Aima	David Choquehuanca Céspedes

ÖB: siehe Peru; **AC:** siehe Chile; La Paz – **HGK**; Santa Cruz – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Offizieller Besuch, Gespräche mit Präsident Juan Evo Morales Ayma, mit Vize-Präsident Álvaro García Linera und mit Präsident des Ministerrates Juan Ramón Quintana Taborga, Rede vor der legislativen nationalen Versammlung (1.–2. Oktober); Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Gespräche mit Justizministerin Virginia Velasco Condori, mit Generalstaatsanwalt Ramiro José Guerrero Peñaranda und mit Ombudsmann Rolando Villena Villegas (2. Oktober).

Österreichische Exporte: 20,528 Millionen Euro (–58,8 %)

Importe: 19,846 Millionen Euro (+38,5 %)

Bosnien und Herzegowina

(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Staatspräsidium	Denis Zvizdić	Igor Crnadak
mit rotierendem Vorsitz	(seit 31. März)	(seit 31. März)
Dragan Čović		
(seit 17. Juli)		
Mladen Ivančić		
Bakir Izetbegović		

Sarajewo – **ÖB, AC, Büro des Verteidigungsattachés, Büro des Verbindungsbeamten des BMI, der Bildungsbeauftragten des BMBF, regionales österreichisches Kooperationsbüro in Wissenschaft und Kultur der Österreichischen Kulturvereinigung, Verbindungsbüro der Stadt Wien, nichtresidenter Sozialattaché, ÖBibl.; Banja Luka, Tuzla – ÖBibl.**

Besuche aus Österreich:

Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Gespräche mit Bürgermeister von Sarajewo Ivo Komšić (17. Februar); Landeshauptmann Josef Pühringer, Gespräche mit dem Staatspräsidium, mit Hohem Repräsentanten (HR) Valentin Inzko, Föderationspräsident Marinko Čavara, Föderationspremier Fadil Novalić sowie Besuch des österreichischen EUFOR-Kontingents (29.–30. März); Delegation der Stadt Innsbruck unter Leitung von Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, Gespräche mit Mitgliedern des Stadtrates von Sarajewo (30. März – 1. April); Bundesminister Josef Ostermayer, Teilnahme an der Biennale-Eröffnung in Konjic, Gespräche mit HR Valentin

Länderinformationen

Inzko und mit Zivilminister Adil Osmanović (23.–25. April); Abgeordnete zum Nationalrat Gisela Wurm und Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Teilnahme an Sitzung des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (22. Mai); Mitglied des Gemeinderats der Stadt Wien Anica Matzka-Dojder, Teilnahme am 9. Wien-Abend des Compress-Verbindungsbüros (11. Juni); Bundesminister Sebastian Kurz, Gespräche mit Mitglied des Staatspräsidiums Dragan Čović, Vorsitzendem des Ministerrats Denis Zvizdić, Außenminister Igor Crnadak, HR Valentin Inzko, EUFOR-Kommandant Generalmajor Johann Luif und mit religiösen Würdenträgern (17.–18. Juni); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, Teilnahme am Srebrenica-Gedenken, Gespräche mit Parlamentspräsident Šefik Džaferović, HR Valentin Inzko, EUFOR-Kommandant Generalmajor Johann Luif (10.–12. Juli); Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Teilnahme an der Rechtsstaatlichkeits-Konferenz des Europarates (2.–5. September); Bundesminister Gerald Klug in Begleitung von Landeshauptmann Hans Niessl, Truppenbesuch bei EUFOR, Gespräch mit HR Valentin Inzko (9.–10. September); Delegation des Nationalrates unter Leitung von Obfrau der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich-Bosnien-Herzegowina Nurten Yilmaz, Arbeitsbesuch, Gespräche u. a. mit Vize-Außenminister Josip Brkić und mit Parlaments-Vizepräsident Šefik Džaferović, Besuch des EUFOR-Camps (29.–30. Oktober); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Teilnahme an der EuR-Konferenz zur religiösen Dimension des interkulturellen Dialoges, Gespräche u. a. mit HR Valentin Inzko und bosnisch-herzegowinischem Sicherheitsminister Dragan Mektić (1.–2. November); Parlamentarische Bundesheerkommission, Besuch beim österreichischen EUFOR-Kontingent (2.–3. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Gespräche mit stv. Ministerratsvorsitzendem Mirko Šarović, Vize-Außenminister Josip Brkić, stv. Parlamentspräsident Šefik Džaferović (16.–18. November); Zweiter Landtagspräsident Rudolf Strommer, Gespräche bei EUFOR (26.–29. November); Bundesminister Gerald Klug, Truppenbesuch bei EUFOR und Treffen mit EU-Sonderbeauftragtem Lars-Gunnar Wigemark (15.–16. Dezember).

Besuche in Österreich:

Außenminister Zlatko Lagumdžija, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Tackling Jihadism Together“ (19.–20. März); Außenminister Igor Crnadak, Teilnahme an einer Sitzung des Ständigen Rates der OSZE (9. Juni); Vizepräsident der Republika Srpska Josip Jerković, Teilnahme an einer Veranstaltung der Vereinigung kroatischer Unternehmer in Österreich (11. Juni); Sicherheitsminister Dragan Mektić, Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (12. Juni); Vorsitzender des Staatspräsidiums Dragan Čović, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer und Staatspräsident von Montenegro Filip Vujanović, Teilnahme an der Unterzeichnung des Grenzvertrages zwischen Montenegro und Bosnien und Herzegowina durch Außenminister Igor Crnadak und Innenminister von Montenegro Raško Konjević (26. August); Vorsitzender des Staatspräsidiums Dragan Čović, Ministerratsvorsitzender Denis Zvizdić und Außenminister Igor Crnadak, Teilnahme am Wiener Westbalkan-Gipfel (27. August); Vize-Sicherheitsminister Mate Miletić, Verhandlungen für ein Abkommen über den Austausch und den gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen (7.–8. September); Außenminister Igor Crnadak, Teilnahme an der 59. Generalkonferenz der IAEA und Gespräch mit UNODC-Exekutivdirektor Yuri Fedotov (13.–15. September); Präsidentin des Hauses der Völker der Föderation Lidija Bradara, Gespräche mit Landtagspräsident Viktor Sigl (20.–22. September); Präsident der Republika Srpska Milorad Dodik, Besuch bei Abgeordnetem zum Nationalrat und Klubobmann Heinz-Christian Strache und Drittem Präsidenten des Nationalrates Norbert Hofer (21. September), Treffen mit Abgeordnetem zum Nationalrat und Klubobmann Heinz-Christian Strache (7. Oktober); bosnisch-herzegowinische Parlamentsdelegation, Besuch im Parlament (10.–11. November); Wehrbeauftragter von Bosnien und Herzegowina Bosko Šiljegović und Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit von Bosnien und Herzegowina Sifet Podžić, Informationsaustausch mit dem Präsidium der Parlamentarischen Bundesheerkommission (23. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina über den gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen sowie ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, Bildung, Wissenschaft, der Jugend und des Sports befinden sich in Verhandlung.

Anhang

Österreich ist zweitgrößter Truppensteller in der militärischen GSVP-Mission EUFOR ALTHEA (196 SoldatInnen).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 584.118 Euro

Österreichische Exporte: 335,959 Millionen Euro (–2,9 %)

Importe: 461,845 Millionen Euro (+0,6 %)

Botsuana

(Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Seretse Khama Ian Khama

Außenministerin
Pelonomi Venson-Moitoi

ÖB, AC: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Besuche in Österreich:

Minister für Infrastruktur, Wissenschaft und Technologie Nonofu Molefhi, Teilnahme an der 59. Generalkonferenz der IAEA (Wien, 14.–18. September).

Österreichische Exporte: 2,502 Millionen Euro (+75,3 %)

Importe: 454.000 Euro (+652,6 %)

Brasilien

(Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Dilma Vana Rousseff

Außenminister
Mauro Luiz Jecker Vieira

Brasília – **ÖB**; São Paulo – **ÖGK, AC**; Belo Horizonte, Blumenau, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife (Wiedereröffnung am 27. November), Rio de Janeiro, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Das Honorarkonsulat in Blumenau mit Amtsbereich Regionen Joinville, Florianópolis und Criciúma e Lages (Bundesstaat Santa Catarina) wurde am 31. Juli eröffnet, das Honorarkonsulat Manaus mit Amtsbereich Amazonas und Roraima am 9. Dezember.

Besuche aus Österreich:

Delegation von BMASK und Hauptverband der Sozialversicherungsträger anl. Expertengesprächen zu einem Sozialversicherungsabkommen (14.–18. September); Präsident des Rechnungshofes Josef Moser anlässlich der INTOSAI-Konferenz (3.–7. Oktober); Delegation von Austria Business Agency und Vienna Business Agency (Brasília, Belo Horizonte, São Paulo, Rio de Janeiro, 26.–30. Oktober).

Abkommen/Verhandlungen:

Die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kunst und Kultur wurden aufgenommen.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 81.300 Euro

Österreichische Exporte: 636,899 Millionen Euro (–9,9 %)

Importe: 350,037 Millionen Euro (+9,2 %)

Länderinformationen

Brunei

(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

ÖB, AC: siehe Malaysia

Österreichische Exporte: 2,660 Millionen Euro (+196,4 %)

Importe: 110.000 Euro (+86,7 %)

Bulgarien

(Republik Bulgarien), Sofia

Staatsoberhaupt
Rosen Plevneliev

Regierungschef
Boyko Borissov

Außenminister
Daniel Mitov

Sofia – ÖB, Verbindungsbeamter des BMI, AC, Verbindungsbüro der Stadt Wien, ÖBibl.; Ruse – ÖBibl.; Veliko Tarnovo – ÖBibl.

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Sebastian Kurz, Arbeitsbesuch bei Außenminister Daniel Mitov (12. Februar); Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Arbeitsgespräche im bulgarischen Außenministerium, Präsidialamt und Büro des Ministerpräsidenten (2. April); Leiter der Sektion für Integration im BMEIA Stefan Steiner, Arbeitsgespräche im bulgarischen Außenministerium (7. Mai); Präsident des Verfassungsgerichtshofes Gerhart Holzinger und Delegation, Arbeitsgespräche im bulgarischen Verfassungsgerichtshof (8.–10. Juli); Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, Verleihung des Ehrendoktorats der Wirtschaftsuniversität Varna (Varna, 28. September); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Teilnahme an der Ministerkonferenz des Forum Salzburg (18. November); Zweite Landtagspräsidentin und Vorsitzende der Kammer der Regionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) Gudrun Mosler-Törnström, Landtagspräsident Herwig van Staa und Generalsekretär des KGRE Andreas Kiefer, Teilnahme am Treffen des KGRE (10.–11. Dezember).

Besuche in Österreich:

Staatspräsident Rosen Plevneliev, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (17. März), Entgegennahme des „ERI-Prix“ und Arbeitsgespräch mit Landeshauptmann Erwin Pröll (St. Pölten, 18. März); Vize-Staatspräsidentin Margarita Popova, Teilnahme an der Feier zum vierjährigen Bestehen der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) (7. März); Bürgermeisterin von Sofia Jordanka Fandakova, Teilnahme am Treffen der Bürgermeister der EU-Hauptstädte (21. April); Finanzminister Vladislav Goranov, Arbeitsgespräche mit Bundesminister Hans Jörg Schelling und den Finanzministern der Slowakei, Tschechiens und Ungarns (4. Mai); Vize-Premierministerin und Innenministerin Rumiana Bachvarova, Teilnahme an der Ministerkonferenz des Forum Salzburg (St. Pölten, 5. Mai); Kulturminister Vezhdi Rashidov, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Josef Ostermayer (7. Oktober); Außenminister Daniel Mitov, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE (29. Oktober); Vize-Premierminister und Sozialminister Ivailo Kalfin, Teilnahme an der Concordia Benefizmatinée in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer (30. November); Vize-Staatspräsidentin Margarita Popova und Vize-Premierministerin Meglena Kuneva, Teilnahme an der Versammlung der Vertragsparteien der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) (9.–11. Dezember); Präsident des Obersten Kassationsgerichtshofs Lozan Panov, Arbeitsgespräche im Rahmen der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) (17. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung, Wissenschaft und Jugend wurde am 12. Februar in Sofia unterzeichnet und trat am 1. Dezember in Kraft.

Anhang

Das administrative und technische Durchführungsübereinkommen zum Übereinkommen zwischen der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, Ungarn und der Republik Österreich über die Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung von die Straßenverkehrssicherheit gefährdenden Verkehrsdelikten wurde am 5. Mai in St. Pölten unterzeichnet.

Österreichische Exporte: 643,635 Millionen Euro (–0,1 %)

Importe: 414,084 Millionen Euro (+4,1 %)

Burkina Faso

(Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt
Roch M.C. Kaboré
(seit 29. Dezember)

Regierungschef
Yacouba Isaac Zida
(seit 28. Dezember
Geschäftsträger)

Außenminister
Bédializoun Moussa Nebie
(seit 28. Dezember
Geschäftsträger)

ÖB: siehe Senegal; **AC:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 3,584 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 2,777 Millionen Euro (+138,9 %)

Importe: 1,536 Millionen Euro (–1,6 %)

Burundi

(Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Pierre Nkurunziza

Außenminister
Laurent Kavakure

ÖB, AC: siehe Kenia

Besuche in Österreich:

Vizeaußenminister Salvator Ntacobamaze, Teilnahme an der 59. Generalkonferenz der IAEA und Arbeitsgespräch im BMEIA (17. September).

Österreichische Exporte: 146.000 Euro (+130,2 %)

Importe: 938.000 Euro (+95,3 %)

Cabo Verde

(Republik Cabo Verde), Praia

Staatsoberhaupt
Jorge Carlos Fonseca

Regierungschef
José Maria Pereira
Neves

Außenminister
Jorge Homero
Tolentino Araújo

ÖB, AC: siehe Portugal

Österreichische Exporte: 737.000 Euro (–32,3 %)

Importe: 7.000 Euro (+52,9 %)

Chile

(Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Michelle Bachelet Jeria

Außenminister
Heraldo Muñoz Valenzuela

Santiago de Chile – **ÖB, AC;** Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Länderinformationen

Besuche in Österreich:

Präsidentin Michelle Bachelet in Begleitung von Außenminister Herlado Muñoz, Erziehungsministerin Adriana Delpiano, Senatspräsident Patricio Walker, Senatorin Carolina Goic und Senator Guido Girardi, offizieller Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (30. November – 1. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Chile zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll trat am 9. September in Kraft.

Österreichische Exporte: 159,133 Millionen Euro (+13,7 %)

Importe: 111,878 Millionen Euro (–23,3 %)

China

(Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt
Xi Jinping

Regierungschef
Li Keqiang

Außenminister
Wang Yi

Sonderverwaltungsregion Hongkong

Regierungschef (Chief Executive)
Leung Chun-Ying

Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)
Fernando Chui Sai-on

Peking – **ÖB, KF, AC, MilAtt, OSTA, ÖW, Agrar- und Umweltattaché**; Shanghai – **GK, AC**; Hongkong – **GK, AC**; Guangzhou – **GK, AC**; Chengdu, Shenyang, Xi'an – **AB**

Besuche aus Österreich:

Landesrätin Doris Hummer und Delegation der FH Oberösterreich, Besuch der University of International Business and Economics (UIBE) und Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung (10.–13. März); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Andrä Rupprechter und Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Staatsbesuch, Gespräche mit Staatspräsident Xi Jinping, Ministerpräsident Li Keqiang und Präsident des Volkskongresses Zhang Dejiang, Teilnahme am Boao-Forum (Peking, Hainan, Sanya, 25.–29. März); Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Arbeitsbesuch (30. April – 1. Mai); Generalsekretär der Volksregierung der Provinz Sichuan Wang Qizhang und Delegation, Treffen mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf (22. Juni 2015); Bundesminister Andrä Rupprechter, Arbeitsbesuch (30. April); Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen, Arbeitsbesuch bei stv. Generaldirektor für Europa Wang Shunqing (14.–15. September); Landeshauptmann Günther Platter, Gespräche mit stv. Sportminister Yang Shu'an und Gouverneur von Henan Xie Fuzhan (Peking, Henan, 11.–14. Oktober); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, Gespräche mit Präsident des Legislativrates Jasper Tsang und stv. Regierungschefin Carrie Lam, Teilnahme an der 2nd Sino-Austrian Investor Conference 2015 (Hongkong, 19.–20. Oktober).

Besuche in Österreich:

Vizegouverneur von Shandong Xia Geng, Gespräch mit Landeshauptmann Josef Pühringer (17.–19. Mai); Außenminister Wang Yi, Teilnahme an den E3/EU+3 Gesprächen mit dem Iran (2. Juli); Ministerin der Gesellschaft für freundschaftliche Beziehungen mit dem Ausland Li Xiaolin, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf (9. Juli); Minister der China Food and Drug Administration Bin Jingquan, Teilnahme am First Vienna Food Safety Forum und Treffen mit Bundesministerin Sabine Oberhauser und Bundesminister Andrä Rupprechter (10.–12. September); Stv. Oberstaatsanwältin Ministerin Hu Zejun, Gespräch mit Bundesminister Wolfgang Brandstetter (15.–16. September); Stv. Vorsitzender der Regionalen Konsultativkonferenz von Henan Deng Yongjian, Arbeitsbesuch, Treffen mit VertreterInnen der Tiroler Landesregierung (16.–19. September); Vize-Außenminister Li Baodong, Teilnahme an den Syrien-Gesprächen (30.–31. Oktober).

Anhang

Abkommen/Verhandlungen:

Das Protokoll über Inspektion, Quarantäne und hygienische Voraussetzungen für gefrorenes Schweinefleisch, das für den Export von Österreich nach China bestimmt ist, wurde am 27. März ratifiziert.

Die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China über die Rechtshilfe in Strafsachen wurden aufgenommen.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über Flugverkehrsdienste wurde am 19. Oktober in Wien unterzeichnet.

Die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sonderverwaltungszone Hongkong der Volksrepublik China über die Rechtshilfe in Strafsachen wurden aufgenommen.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 68.349 Euro

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China: 3.304,739 Millionen Euro (–2,2 %)

Importe: 7.956,902 Millionen Euro (+8,7 %)

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong: 561,132 Millionen Euro (+7,9 %)

Importe: 90,373 Millionen Euro (+10,3 %)

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macau: 19,524 Millionen Euro (+97,2 %)

Importe: 1,273 Millionen Euro (–8,0 %)

Taiwan (Chinese Taipei)

In Übereinstimmung mit der von der überwiegenden Mehrheit der Staatengemeinschaft – darunter alle EU-Mitgliedsstaaten – vertretenen „Ein-China-Politik“ wird Taiwan von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taiwan bestehen ein Österreich-Büro und ein Außenwirtschaftszentrum.

Österreichische Exporte nach Taiwan: 443,707 Millionen Euro (+23,4 %)

Importe: 594,125 Millionen Euro (+9,3 %)

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Luis Guillermo Solís Rivera
Sanz

Außenminister
Manuel Antonio González

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; San José – HGK

Österreichische Exporte: 19,900 Millionen Euro (–53,2 %)

Importe: 45,704 Millionen Euro (+28,5 %)

Länderinformationen

Côte d'Ivoire

(Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alassane Dramane Ouattara	Daniel Kablan Duncan	Charles Koffi Diby

ÖB: siehe Senegal; **AC:** siehe Marokko; Abidjan – **HK**

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Côte d'Ivoire befindet sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 19,401 Millionen Euro (+15,7 %)

Importe: 14,484 Millionen Euro (+81,8 %)

Dänemark

(Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II.	Lars Løkke Rasmussen (seit 28. Juni)	Kristian Jensen (seit 28. Juni)

Kopenhagen – **ÖB, AC, ÖW;** Aabenraa, Aarhus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich:

Landeshauptmann Josef Pühringer und Delegation, Informationsreise zum Gesundheitswesen (Kopenhagen, Aarhus, Helsingør, 16.–18. März); Landesrätin für Bildung, Wissenschaft und Forschung Doris Hummer und Delegation, Besuche bei Universitäten und Forschungseinrichtungen (31. Mai – 3. Juni); Tiroler Tourismus- und Wirtschaftsdelegation, Dänemark-Marktreise (23.–25. September); Mitglied des Gemeinderats der Stadt Wien Rudi Schicker, Informationsreise zu „Eurocities“ (4.–6. November).

Besuche in Österreich:

Parlamentspräsident Mogens Lykketoft, Offizieller Besuch, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Präsidentin des Nationalrates Doris Bures, Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (27.–28. April).

Österreichische Exporte: 701,602 Millionen Euro (+0,2 %)

Importe: 541,327 Millionen Euro (+1,3 %)

Deutschland

(Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Joachim Gauck	Angela Merkel	Frank-Walter Steinmeier

Berlin – **ÖB, KF, AC, ÖW;** München – **GK, AC;** Frankfurt a.M., Stuttgart – **HK, AC;** Dresden, Düsseldorf – **HK, AB;** Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel, Lübeck, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Andrä Rupprechter, Besuch der Internationalen Grünen Woche und Teilnahme am Weltagrargipfel (15.–17. Jänner); Landesrat Stephan Pernkopf, Besuch der Internationalen Grünen Woche und Treffen mit Berlins Staatssekretär für Bauen und Wohnen Engelbert Lütke Daldrup (15. Jänner); Bundesminister Hans Jörg Schelling, Teilnahme am Austrian Bankers Business Lunch, Gespräch mit Vizepräsident der EZB Vitor Constâncio (Frankfurt a.M., 23. Jänner);

Anhang

Bundesminister Sebastian Kurz, Bundesminister Gerald Klug, Teilnahme an der 51. Münchner Sicherheitskonferenz (München, 5.–8. Februar); Bundesminister Josef Ostermayer, Besuch der 65. Berlinale (7.–9. Februar); Landtagspräsident Franz Majcen, Besuch des Auslandsösterreicherballs (14.–15. Februar); Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am Neufahrner Gesprächskreis (Neufahrn, 20. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Besuch der Internationalen Tourismusbörse und Treffen mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (4. März); Landesrat Michael Strugl, Landesrätin Michaela Resetar, Abgeordneter zum Nationalrat Gabriel Obernosterer, Besuch der Internationalen Tourismusbörse (4. März); Bundesministerin Sophie Karmasin, Konsultationen (5. März); Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel (20. April); Bundesminister Gerald Klug, Besuch des Multinationalen Kommandos Operative Führung (Ulm, 29. April); Landesräte von Oberösterreich Rudolf Anschöber, Max Hiegelsberger, Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Pirkhuber, Teilnahme am Danube Soya East West Protein Forum (7.–8. Mai); Landeshauptmann Peter Kaiser, Treffen mit Berliner Staatssekretären Barbara Loth und Mark Rackles (11.–12. Mai); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme an der Verleihung des Aachener Karlspreises an Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz (Aachen, 14. Mai); Landesrat Christian Benger, Teilnahme an Kärntner Startup-Wirtschaftsmission (20.–22. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (Dresden und Hofgeismar, 4.–5. Juni); Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek, Teilnahme an der Diversity Konferenz 2015 (12. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der Verleihung des Henry A. Kissinger Prize an Italiens Staatspräsident a.D. Giorgio Napolitano und Außenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher (17.–18. Juni); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (2.–3. Juli); Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Treffen mit Erstem Bürgermeister Olaf Scholz (Hamburg, 13. Juli); Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten zum 20. Juli 1944 (19.–20. Juli); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Treffen mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Europaministerin Beate Merk (München und Taufkirchen, 5. August); Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel und Bundesinnenminister Thomas de Maiziére zum Austausch über die Flüchtlingskrise (15. September); Bundesministerin Sophie Karmasin, Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Ökonomisierung, ein vermeidbarer Trend?“, Besuch bei Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration Emilia Müller (Berlin und München, 30. September); Bundesminister Josef Ostermayer, Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse (Frankfurt, 14.–15. Oktober); Flüchtlingskoordinator Christian Konrad, Treffen mit Kanzleramtsminister und Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier (21. Oktober); Landeshauptmann Markus Wallner, Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang (22.–23. Oktober); Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang des Honorarkonsuls, Treffen mit Oberbürgermeister Peter Feldmann (Frankfurt, 2. November); Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann Reinhold Lopatka und Delegation, Treffen mit Staatssekretär Ole Schröder und Finanzminister Wolfgang Schäuble (2.–3. November); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Teilnahme an der ARD-Talkshow Anne Will (4.–5. November); Bundesministerin Sophie Karmasin, Teilnahme an Gesundheitskongress und Besuch von Start-up-Plattformen (Berlin und München, 5. November); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung der Friedrich-Ebert Stiftung für Bundesminister a.D. Egon Bahr (10. November); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Teilnahme am Wirtschaftsgipfel 2015 der Süddeutschen Zeitung (18.–19. November); Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Teilnahme am Vierertreffen der Wirtschaftsminister von Österreich, Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz (Goslar, 19.–20. November); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt (Hamburg, 23. November); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt (Hamburg, 23. November); Präsident des Bundesrates Gottfried Kneifel, Besuch bei Bundesratspräsident Stanislaw Tillich, Treffen mit Bundespräsident Joachim Gauck und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (Dresden und Berlin, 25.–27. November); Bundesminister Josef Ostermayer, Teilnahme an trilateralen Arbeitsgesprächen Deutschland, Niederlande, Österreich im Bundeskanzleramt (27. November); Landeshauptmann

Länderinformationen

Wilfried Haslauer und Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Treffen mit Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen des Landes Bayern Beate Merk (München, 2. Dezember); Bundesminister Josef Ostermayer, Teilnahme an der Verleihung des 28. Europäischen Filmpreises (11.–13. Dezember).

Besuche in Österreich:

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Jörg Asmussen, Treffen mit Vertretern der Arbeiterkammer Wien (8. Jänner); Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen Ulrich Hahnen, Informationsreise für Vorträge im BMF, Gespräche im BKA und Aussprache im Nationalrat (9.–11. Februar); Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz Christian Lange, Arbeitsbesuch (9.–10. Februar); Ministerpräsident des Landes Hessen Volker Bouffier, Gespräche mit Bundesminister Sebastian Kurz sowie Präsidentin des Bundesrates Sonja Zwazl, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel und Abgeordnetem zum Nationalrat und Klubobmann Reinhold Lopatka (11.–13. Februar); Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtags Nordrhein-Westfalen unter Leitung von Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten in Rheinland-Pfalz Ulrike Höfken, Arbeitsgespräch mit Landesrat Stephan Pernkopf und Besuch von Bio-Vorzeigebetrieben (Niederösterreich, 16.–17. Februar); Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Markus Ederer, Arbeitsbesuch und Gespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart und Exekutivsekretär der CTBTO-Vorbereitungskommission Lassina Zerbo (19.–20. Februar); Bundesminister a.D. Peer Steinbrück, Mitglied des Bundestages Karl-Georg Wellmann, Mitglied des Bundestages Franz Thönnies, offizielle Vorstellung der Agency for the Modernisation of the Ukraine (AMU) (3. März); Inspekteur der Luftwaffe im Bundesministerium für Verteidigung Generalleutnant Karl Müller, Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (10.–11. März); Bundesminister für Finanzen Wolfgang Schäuble (12. März); Delegation des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Leitung von MdB Mathias Gastel, verkehrspolitische Gespräche mit Vertretern der Stadt Wien, des Nationalrates sowie des BMVIT (29. März – 2. April); Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Werner Gatzert, Besuch einer Veranstaltung im BMF (10.–11. April); Vorsitzender der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Klaus Brähmig und Mitglieder der CDU/CSU Fraktion, Delegationsreise nach Österreich (13.–14. April); Bundespräsident Joachim Gauck, Teilnahme und Festansprache beim Staatsakt anlässlich des 70. Jahrestages der Wiedererrichtung der Republik Österreich (27. April); Bundestagspräsident Norbert Lammert, Arbeitsgespräch mit Präsidentin des Nationalrates Doris Bures (27.–28. April); Chef der Staatskanzlei Berlin Staatssekretär Björn Böhning, Arbeitsgespräch mit Wiener Magistratsdirektor Erich Hechter (27. April); Mitglieder des Europa- und Verfassungsausschusses des Deutschen Landkreistags, Teilnahme an der Fachkonferenz Prävention, Deradikalisierung & Demokratiekultur (27.–28. April); Bayrischer Staatsminister für Inneres Joachim Herrmann, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (29. April); Mitglied des Bundestags Gunther Krichbaum, Vortrag in der Diplomatischen Akademie Wien zu Perspektiven der EU und ihrer Außenpolitik (29. April – 1. Mai); Staatsminister für Wirtschaft und Finanzen des Landes Baden-Württemberg Nils Schmid, Gespräche mit Hauptgeschäftsführer der Deutschen Außenhandelskammer Thomas Gindele und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Richard Schenz (30. April – 1. Mai); Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Michael Meister, Teilnahme an Finanzministerkonferenz zur Umsatzsteuer (4. Mai); Bundesminister des Inneren Thomas de Maizière, Teilnahme an der Ministerkonferenz des Forum Salzburg (St. Pölten, 4. Mai); Mitglieder des Finanzausschusses des Landtags Sachsen-Anhalt, Finanzstaatssekretäre Jörg Felgner und Michael Richter, Gespräche mit Mitgliedern des Nationalrates (4.–8. Mai); Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau, Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen anlässlich 70 Jahre Befreiung (Mauthausen, Wien, Burgenland, 9.–11. Mai); Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur im Landtag Baden-Württemberg, Verkehrsstaatssekretärin Gisela Splett und Nikolaus Tschenk, Arbeitsgespräch im BMVIT (10.–14. Mai); Ministerin für Integration Bilal Öney, Besuch des Österreichischen Integrationsfonds (11.–13. Mai); Kommandeur der Führungsakademie im Bundesministerium für Verteidigung, Generalmajor Achim Lidsch, Besuch der Landesverteidigungsakademie (18.–19. Mai); Mitglieder der CDU-Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein, Besuch des steirischen Landtages und Gespräch mit Landtagspräsidentin Bettina

Anhang

Vollath (26.–29. Mai); Bundesministerin für Verteidigung Ursula von der Leyen, Teilnahme an der Bilderberger-Konferenz (Telfs, 10. Juni); Mitglieder der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag Norbert Röttgen, Teilnahme am Core Group-Treffen mit Außenministern der OSZE (15.–17. Juni); Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk, Gespräche mit Vertretern von BKA und BMEIA (22. Juni); Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Barbara Hendricks, Arbeitsgespräche mit Bundesminister Andrä Rupprechter und Bürgermeister Michael Häupl (22.–23. Juni); Staatsminister für Europa des Landes Baden-Württemberg Peter Friedrich, Austausch zur EU Strategie für den Donaauraum (24.–25. Juni); Delegation des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren im Landtag Baden-Württemberg, Arbeitsgespräche mit Vertretern des BMASK (24.–27. Juni); Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Teilnahme an den E3/EU+3 Gesprächen mit dem Iran und Besuch des Ständigen Rates der OSZE (28. Juni – 14. Juli); Staatsminister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg Franz Untersteller, Arbeitsgespräch mit dem Landesrat für Umwelt und Energie Rudi Anschober (Linz, 19.–21. Juli); Mitglieder des Haushaltsausschusses im Bundestag Norbert Brackmann, Bettina Hagedorn, Roland Claus, Informationsreise zum österreichischen Mautsystem, Treffen mit Abgeordneten zum Nationalrat (12.–13. August); Bundesminister für Finanzen Wolfgang Schäuble, Teilnahme am Arbeitstreffen der deutschsprachigen Finanzminister (Salzburg, 25. August); Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Uwe Beckmeyer, Teilnahme am Wiener Westbalkan-Gipfel (26.–28. August); Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Teilnahme am Wiener Westbalkan-Gipfel (27. August); Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach (Alpbach, 30. August); Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe, Teilnahme am Treffen der deutschsprachigen Gesundheitsminister (3.–4. September); Präsident des Bundeskriminalamtes Holger Münch, Arbeitsgespräch mit Direktor des österreichischen Bundeskriminalamtes Franz Lang (21. September); Delegation der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe unter Leitung von Vorsitzendem Klaus Brähmig, Arbeitsgespräche mit Präsident des Bundesrates Gottfried Kneifel, Nationalratsabgeordneten und mit Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schäussel (4.–8. Oktober); Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen des Landes Bremen Martin Günthner, Mitveranstalter beim Empfang der Deutschen Botschaft zum Tag der Deutschen Einheit (6.–8. Oktober); Ministerpräsident a.D. Lothar de Maizièrre, Teilnahme an der Podiumsdiskussion der Deutschen Botschaft zu 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (13.–14. Oktober); Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Gunther Adler, Arbeitsgespräch mit Wiener Wohnbaustadtrat Michael Ludwig (21. Oktober); Delegation des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landtages Nordrhein-Westfalen unter Leitung von Vorsitzendem Friedhelm Ortgies, Gespräche mit Abgeordneten zum Nationalrat und mit Landeshauptmann Josef Pühringer (18.–24. Oktober); Staatsminister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen Garrelt Duin, Teilnahme an der Mittelstandsbörse Österreich 2015 (28.–29. Oktober); Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft, Präsentation des Gastlandes Nordrhein-Westfalen bei der Generalversammlung der Deutschen Handelskammer, Treffen mit Bürgermeister Michael Häupl (29.–30. Oktober); Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin Cornelia Yzer, Unterstützung der Berliner Pop-Up-Store-Tour (5.–6. November); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Staatsministerin Aydan Özöğuz, Teilnahme an den Wiener Zukunftsgesprächen (9. November); Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin Sandra Scheeres, Teilnahme an Sitzung des Integrationsbeirates im BMEIA (9.–10. November); Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Thorsten Klute, Teilnahme an Podiumsdiskussion der Deutschen Botschaft zur Deutsch-Österreichischen Kooperation in der Flüchtlingskrise (11. November); Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Teilnahme an den Syrien-Gesprächen (14. November); Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen des Landes Bayern Beate Merk, Arbeitsgespräche zur aktuellen Flüchtlingssituation mit Landeshauptmann Josef Pühringer und Landeshauptmann Wilfried Haslauer (18. November).

Länderinformationen

Abkommen/Verhandlungen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich und dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland über die Vertretung der Republik Österreich im Verfahren der Erteilung von Schengenvisa wurde am 27. März und am 21. April in Berlin unterzeichnet und trat am 1. Mai in Kraft.

Österreichische Exporte: 39.476,866 Millionen Euro (+3,7 %)

Importe: 49.243,680 Millionen Euro (+1,4 %)

Dominica

(Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt
Charles Angelo Savarin

Regierungschef
Roosevelt Skerrit

Außenministerin
Francine Baron

ÖB, AC: siehe Venezuela

Österreichische Exporte: 279.000 Euro (+250,6 %)

Importe: 118.000 Euro (+51,5 %)

Dominikanische Republik

(Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Danilo Medina Sánchez

Außenminister
Andrés Navarro García

ÖB, AC: siehe Venezuela; Santo Domingo – Büro der ÖB Caracas, HGK

Österreichische Exporte: 10,662 Millionen Euro (+14,6 %)

Importe: 24,056 Millionen Euro (+18,2 %)

Dschibuti

(Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt
Ismael Omar Guelleh

Regierungschef
Abdulkader Kamil
Mohamed

Außenminister
Mahamoud Ali Yousseuf

ÖB: siehe Äthiopien; AC: siehe Ägypten; Dschibuti – HK

Österreichische Exporte: 1,149 Millionen Euro (+38,0 %)

Importe: 37.000 Euro (–30,4 %)

Ecuador

(Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Rafael Correa Delgado

Außenminister
Ricardo Armando
Patiño Aroca

ÖB: siehe Peru; AC: siehe Venezuela; Quito – HGK; Guayaquil – HK

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 108.031 Euro

Österreichische Exporte: 40,484 Millionen Euro (+19,7 %)

Importe: 50,202 Millionen Euro (–9,5 %)

Anhang

El Salvador

(Republik El Salvador, San Salvador)

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Salvador Sánchez Cerén

Außenminister
Hugo Roger Martínez Bonilla

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; San Salvador – **HGK**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 234.793 Euro

Österreichische Exporte: 6,438 Millionen Euro (+46,5 %)

Importe: 2,308 Millionen Euro (+81,0 %)

Eritrea

(Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Isaias Afewerki

Außenminister
Osman Saleh Mohammed

ÖB: siehe Ägypten; **AC:** siehe Kenia; Asmara – **HK**

Österreichische Exporte: 900.000 Euro (k.A.)

Importe: 1.000 Euro (+197,1 %)

Estland

(Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt
Toomas Hendrik Ilves

Regierungschef
Taavi Rõivas

Außenministerin
Marina Kaljurand
(seit 16. Juli)

Tallinn – **ÖB, AB, ÖBibl.;** **AC:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Dänemark

Besuche aus Österreich:

Leiterin der Rechts- und Konsularsektion im BMEIA Elisabeth Tichy-Fisslberger, Teilnahme am Seminar "The role of the EU-Presidency – continuation of the everyday work or a superhuman effort", Treffen mit Unterstaatssekretärin für rechtliche und konsularische Angelegenheiten im Außenministerium Annely Kolk und Generaldirektorin der Konsularabteilung im Außenministerium Kersti Eesmaa (7. Mai); Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann Reinhold Lopatka, Treffen mit Vizevorsitzendem des außenpolitischen Ausschusses im Parlament Enn Eesmaa und mit Vorsitzender des Ausschusses für E-Voting Tarvi Martens (11. September); Delegation der Parlamentarischen Gruppe Österreich-Baltische Staaten unter Leitung von Abgeordneter zum Nationalrat Elisabeth Grossmann, Treffen mit Parlamentspräsident Eiki Nestor und mit Mitgliedern der estnisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe (15.–16. September).

Besuche in Österreich:

Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves, Teilnahme am Core Group Meeting der Münchner Sicherheitskonferenz (16.–17. Juni); Unterstaatssekretärin im Kulturministerium Anne-Ly Reimaa, Teilnahme an den Wiener Zukunftsgesprächen (9. November); Unterstaatssekretär im Innenministerium Erkki Koort, Teilnahme an einem Workshop der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (14.–15. Dezember).

Österreichische Exporte: 121,800 Millionen Euro (+2,6 %)

Importe: 48,279 Millionen Euro (+40,2 %)

Länderinformationen

Fidschi

(Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
Jioji Konousi Konrote (seit 12. November)	Josaia Voreqe Bainimarama	Ratu Inoke Kubuabola

ÖB, AC: siehe Australien

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 43.964 Euro

Österreichische Exporte: 2,538 Millionen Euro (+46,1 %)

Importe: 174.000 Euro (+21,8 %)

Finnland

(Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sauli Niinistö	Juha Sipilä (seit 29. Mai)	Timo Soini (seit 29. Mai)

Helsinki – ÖB, HGK, AC; Kajaani, Lahti, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku, Vaasa (vorübergehend geschlossen) – HK

Besuche aus Österreich:

Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, Vortrag in der Paasikivi-Gesellschaft (9. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Arbeitsbesuch bei Staatssekretär im Außenministerium Peter Stenlund (30. April); Delegation der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im BMJ, Arbeitstreffen mit finnischen Institutionen, Parlamentarierinnen und Politikerinnen (26.–29. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen, Roman Haider und Judith Schwentner, Teilnahme an der 24. Parlamentarischen Versammlung der OSZE (5.–9. Juli); Leiter der Abteilung für die OSZE und den Europarat im BMEIA Christian Strohal, Teilnahme am informellen hochrangigen OSZE-Treffen anlässlich des 40. Jahrestages der Annahme der Schlussakte von Helsinki (10. Juli); Leiterin des Bereichs Informationstechnologien, Bildungsstatistik und Gender im BMBF Heidrun Strohmeyer, Teilnahme am „Global Education Industry Summit“ der OECD (19.–20. Oktober); Staatssekretärin Sonja Steßl, Teilnahme am OECD Ministerial Meeting und Arbeitsgespräch im Amt des finnischen Premierministers (27.–28. Oktober); Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Vortrag zum Thema „60 Years of Austrian Neutrality“ (4. November).

Besuche in Österreich:

Ministerpräsident a.D. Esko Aho, Vortrag in der Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (4. Februar); Leiter der Sektion für externe wirtschaftliche Beziehungen Markku Keinänen und Leiter der Abteilung für Handelspolitik Jukka Pesola im finnischen Außenministerium, Gespräche mit Leiter der Sektion für EU-Koordination und wirtschaftspolitische Angelegenheiten im BMEIA Hubert Heiss und Leiter der Aussenwirtschaft Austria Walter Koren (8. Juni); Finanzminister Alexander Stubb, Generaldirektorin des Verbands der Familienunternehmen Leena Mörtinen und Direktor des Finnish Business and Policy Forum (EVA) Matti Apunen, Teilnahme an der Bilderberger-Konferenz (Telfs, 11.–14. Juni); Delegation des Außenpolitischen Ausschusses des finnischen Parlaments, Treffen mit Mitgliedern des außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats, mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart und Arbeitsgespräche in der OSZE und der IAEA (9.–10. September); Delegation des Verfassungsausschusses des finnischen Parlaments, Treffen mit Mitgliedern des Verfassungsausschusses des Nationalrats und mit Vertretern der EU-Grundrechteagentur (3.–4. November); Ministerin für Entwicklung und Außenhandel Lenita Toivaka, Teilnahme an den „Security Days 2015“ der OSZE (13. November); Unterstaatssekretär für Außenwirtschaftsbeziehungen Matti Anttonen, Treffen mit Leiter der Sektion Europa im BMEIA Hubert Heiss (26. November).

Österreichische Exporte: 493,729 Millionen Euro (+4,2 %)

Importe: 472,100 Millionen Euro (+11,7 %)

Anhang

Frankreich (Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt
François Hollande

Regierungschef
Manuel Valls

Außenminister
Laurent Fabius

Paris – **ÖB, KF, AC, ÖW**; Straßburg – **GK, AC, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio, Bordeaux, Lyon, Nizza, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Teilnahme an der internationalen Innenministerkonferenz zum Kampf gegen den Terrorismus, Teilnahme am „Marsch der Republik“ (11. Jänner); Präsidentin des Nationalrates Doris Bures und Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am „Marsch der Republik“ (11. Jänner); Bundesminister Andrä Rupprechter und Obmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft des Nationalrates Jakob Auer, Teilnahme an der Landwirtschaftsmesse und der Messe für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, Treffen mit Minister für Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft, Regierungssprecher Stéphane Le Foll (20.–22. Februar); Landesrat Max Hiegelsberger und Delegation, Teilnahme an der Landwirtschaftsmesse (24.–26. Februar); Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme an der Eröffnung der ViennaSphere auf der Place du Palais Royal (25. März), Teilnahme am Treffen europäischer Bürgermeister in Vorbereitung der 21. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der VN über Klimaänderungen (COP21) (26. März); Bundesminister Andrä Rupprechter, Teilnahme am Ministertreffen in Vorbereitung der COP21, Treffen mit Ministerin für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Energie Ségolène Royal, Treffen mit OECD-Generalsekretär José Ángel Gurría (21.–22. Mai); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Premierminister Manuel Valls (2. Juni); Bundesminister Hans Jörg Schelling, Treffen mit Minister für Finanzen und Haushalt Michel Sapin (2. Juni), Teilnahme am OECD-Ministerrat (3. Juni); Delegationsreise der Parlamentarischen Gruppe Österreich-Frankreich unter Leitung von Obmann Josef Cap, Treffen mit Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung Abgeordnete Danielle Auroi, mit Staatssekretär für Außenhandel, Tourismusförderung und Auslandsfranzosen Matthias Fekl, mit stv. Generalsekretär der OECD Stefan Kapferer und OECD-ExpertInnen (3.–5. Juni); Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit Konrad Kogler und Delegation, Teilnahme an der Feedback-Konferenz zu den Terroranschlägen in Paris (2. September); Stv. Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds Roland Goiser mit Delegation der „Integrationsbotschafter“, Treffen mit französischen Integrationsbehörden (21.–22. Oktober); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Staatspräsident François Hollande (30. Oktober); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Treffen mit INTERPOL-Generalsekretär Jürgen Stock (Lyon, 27. November); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme am Treffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich der COP21 (30. November); Abgeordnete zum Nationalrat Christiane Brunner, Johann Höfinger, Michael Pock und Hannes Weninger, Teilnahme an der COP21 (30. November – 11. Dezember); Bundesminister Andrä Rupprechter, Teilnahme an der COP21, Treffen mit Gründer der regionalen Umweltinitiative R20 Arnold Schwarzenegger und Außenminister Laurent Fabius (6.–13. Dezember).

Besuche in Österreich:

Staatssekretär für Verkehr, Meeresangelegenheiten und Fischerei Alain Vidalies, Teilnahme am Tunnelanschlag für den Hauptstollen des Brenner Basistunnels, Teilnahme an der Ministerkonferenz zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen (Innsbruck, 19.–20. März); Minister für Inneres Bernard Cazeneuve, Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (30. April); Minister für Stadtentwicklung, Jugend und Sport Patrick Kanner, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung anlässlich 70 Jahre Befreiung des KZ-Mauthausen (Mauthausen, 10. Mai); Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung Laurent Fabius, Teilnahme an den E3/EU+3 Gesprächen mit dem Iran, Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz (2. Juli); Premierminister Manuel Valls, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (18. September); Abgeordnetelegation unter Leitung von Obmann der Freundschaftsgruppe Frankreich-Österreich Senator André Trillar, Treffen mit Abgeordneten zum Nationalrat (7.–9. Oktober).

Länderinformationen

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Französischen Republik über die Rechtsstellung von Angehörigen des österreichischen Bundesheeres während ihres Aufenthaltes in der Französischen Gebietskörperschaft Guyana wurde am 4. März in Paris unterzeichnet.

Österreichische Exporte: 5.869,113 Millionen Euro (–6,3 %)

Importe: 3.584,712 Millionen Euro (–1,2 %)

Gabun

(Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt

Ali-Ben Bongo Ondimba

Regierungschef

Daniel Ona Ondo

Außenminister

Emmanuel Issoze-Ngondet

ÖB, AC: siehe Nigeria

Österreichische Exporte: 16,146 Millionen Euro (–1,2 %)

Importe: 242.000 Euro (+47,6 %)

Gambia

(Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Yahya A.J.J. Jammeh

Außenministerin

Neneh Macdouall-Gaye

(seit 6. Jänner)

ÖB: siehe Senegal; AC: siehe Marokko; Banjul – HK

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 80.056 Euro

Österreichische Exporte: 1,014 Millionen Euro (+348,7 %)

Importe: 7.000 Euro (–85,0 %)

Georgien

(Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt

Giorgi Margwelaschwili

Regierungschef

Giorgi Kvirikashwili

(seit 30. Dezember)

Außenminister

Michail Janelidze

(seit 30. Dezember)

ÖB: siehe Baku; AC: siehe Ankara; Tbilisi – HK, AB, Büro des Polizeiattachés, Koordinationsbüro der OEZA, ÖBibl.

Besuche aus Österreich:

Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Andrä Rupprechter und Delegation, Staatsbesuch, Arbeitsgespräche mit Präsident Giorgi Margwelaschwili und mit Premierminister Irakli Garibashvili, Gespräch mit Oberhaupt der georgisch-orthodoxen Kirche Patriarch Ilia II. (18.–19. Mai); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, Teilnahme der „12th International Conference Georgia's European Way“ (Batumi, 19.–21. Juni); Delegation österreichischer StaatsanwältInnen und RichterInnen unter Leitung von Senatspräsidentin Maria-Elisabeth Wanke-Czerwenka, Studienreise (1.–6. Oktober).

Besuche in Österreich:

Parlamentarierdelegation unter Leitung von Obmann des Außenpolitischen Ausschusses im georgischen Parlament Tedo Japaridze, Treffen mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karl-

Anhang

heinz Kopf im Rahmen der OSZE-Wintertagung (19. Februar), Delegation des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft (23.–27. März); Vize-Außenminister Gigi Gigiadze, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (15. April); Parlamentspräsident David Usupashwili und Delegation, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Gespräch mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf und Treffen mit österreichischen ParlamentarierInnen (16.–17. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2,015 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 68,975 Millionen Euro (+29,4 %)

Importe: 3,820 Millionen Euro (–16,4 %)

Ghana

(Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt und Regierungschef
John Dramani Mahama

Außenministerin
Hanna Tetteh

ÖB, AC: siehe Nigeria; Accra – **HK** (mit 30. Oktober vorübergehend geschlossen)

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 16.236 Euro

Abkommen/Verhandlungen:

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ghana über bilaterale Kooperation im Bereich der Ausbildung durch Entsendung und Finanzierung von Personal an das „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ (KAIPTC) wurde am 28. Jänner in Accra unterzeichnet.

Österreichische Exporte: 22,096 Millionen Euro (–15,1 %)

Importe: 54,665 Millionen Euro (+86,2 %)

Grenada

(Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.
vertreten durch:

Regierungschef
Keith Claudius Mitchell

Außenministerin
Clarice Modeste

Generalgouverneurin
Dame Cécile la Grenade

ÖB, AC: siehe Venezuela; Saint George's – **HK** (am 18. September wiedereröffnet)

Österreichische Exporte: 39.000 Euro (–24,2 %)

Importe: 637.000 Euro (–10,5 %)

Griechenland

(Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt
Prokopios Pavlopoulos
(seit 13. März)

Regierungschef
Alexis Tsipras
(seit 22. September)

Außenminister
Nikos Kotzias
(seit 23. September)

Athen – **ÖB, HK, AC, ÖAI**; Heraklion (vorübergehend geschlossen), Korfu, Patras, Rhodos, Thessaloniki – **HK**

Besuche aus Österreich:

Vizebürgermeisterin der Stadt Wien Maria Vassilakou, Teilnahme am Wien Ball (21. März), Teilnahme an der Konferenz „Railway and City Development Athens“ (16. April), Treffen mit Vize-

Länderinformationen

Umweltminister Yannis Tsironis, Gouverneurin von Attika Rena Dourou und Bürgermeister von Athen Georgios Kaminis (14.–16. Mai); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Premierminister Alexis Tsipras (16.–17. Juni); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Premierminister Alexis Tsipras (Lesbos, 6. Oktober).

Besuche in Österreich:

Premierminister Alexis Tsipras, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann (9. Februar); Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung anlässlich 70 Jahre Befreiung des KZ-Mauthausen und Zusammentreffen mit Präsidentin des Nationalrates Doris Bures (10. Mai).

Österreichische Exporte: 377,518 Millionen Euro (–8,4 %)

Importe: 203,668 Millionen Euro (+6,5 %)

Großbritannien

(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	David Cameron	Philip Hammond

London – **ÖB, KF, AC, ÖW**; Birmingham, Cayman Islands, Edinburgh – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Teilnahme am Global Law Summit (22.– 25. Februar); Landesrätin Petra Bohuslav, Besuch der Ecobuild Messe (2.–3. März); Staatssekretär Harald Mahrer, Termine im Parlament (24. April und 3.–5. Juni); Bundesministerin Sophie Karmasin, Teilnahme an der Behavioural Insights-Konferenz, Gespräche mit Minister für Arbeit und Pensionen Iain Duncan Smith, Finanzstaatssekretär Damien Hinds und Termine in Number 10 Downing Street und im Innenministerium (2.–4. September); Bundesminister Sebastian Kurz, Gespräche mit Außenminister Philip Hammond und Lord Hague und Besuch eines britischen Integrationsprojekts (3. November).

Besuche in Österreich:

Special Envoy for Post-Holocaust Issues Sir Andrew Burns, Gespräche im BMEIA (22. Jänner); Außenminister Philip Hammond, Gespräche mit Bundesminister Sebastian Kurz (11. Juni), mehrfache Besuche anlässlich der Teilnahme an den E3/EU+3 Gesprächen mit dem Iran und den Syrien-Gesprächen (11. und 28. Juni, 2., 5., 8., 11. und 13. Juli, 29. Oktober, 14. November); Staatssekretär für Handel und Investitionen Lord Francis Maude, Gespräche mit Staatssekretär Harald Mahrer und Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl (22. September); Premierminister David Cameron, Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (26. November).

Österreichische Exporte: 4.179,384 Millionen Euro (+6,0 %)

Importe: 2.445,583 Millionen Euro (+6,1 %)

Guatemala

(Republik Guatemala) Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Alejandro Baltazar Maldonado Aguirre	Carlos Raúl Morales Moscoso
(seit 3. September)	

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; Guatemala-Stadt – **HGK**; Österreichische Schule

Besuche in Österreich:

Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum, Gespräch mit Bundesminister Andrä Rupprechter und gemeinsame Präsentation eines Projekts zu nachhaltiger Regenwaldbewirtschaftung in Guatemala (25. Juni).

Anhang

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 169.656 Euro

Österreichische Exporte: 21,011 Millionen Euro (+16,7 %)

Importe: 6,245 Millionen Euro (–15,5 %)

Guinea

(Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt
Alpha Condé

Regierungschef
Mamady Youla
(seit 26. Dezember)

Außenminister
François Lounsény Fall
(seit 23. Dezember
Geschäftsträger)

ÖB: siehe Senegal; **AC:** siehe Marokko; Conakry – **HK**

Österreichische Exporte: 772.000 Euro (+100,3 %)

Importe: 116.000 Euro (+48,7 %)

Guinea-Bissau

(Republik Guinea-Bissau), Bissau

Staatsoberhaupt
José Mario Vaz

Regierungschef
Carlos Correia
(seit 17. September)

Außenminister
Artur Silva
(seit 13. Oktober)

ÖB: siehe Senegal; **AC:** siehe Marokko

Österreichische Exporte: 40.000 Euro (–18,4 %)

Importe: Es wurden keine Importe registriert

Guyana

(Kooperative Republik Guyana), Georgetown

Staatsoberhaupt
David Arthur Granger
(seit 16. Mai)

Regierungschef
Moses V. Nagamootoo
(seit 20. Mai)

Außenminister
Carl B. Greenidge
(seit 20. Mai)

ÖB, AC: siehe Venezuela; Georgetown – **HK**

Österreichische Exporte: 746.000 Euro (+13,0 %)

Importe: 604.000 Euro (+6,6 %)

Haiti

(Republik Haiti), Port-au-Prince

Staatsoberhaupt
Michel Joseph Martelly

Regierungschefin (interim.)
Evans Paul
(seit 16. Jänner)

Außenminister
Lener Renauld
(seit 27. April)

ÖB, AC: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Österreichische Exporte: 1,095 Millionen Euro (–17,2 %)

Importe: 540.000 Euro (+512,5 %)

Länderinformationen

Honduras

(Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Juan Orlando Hernández Alvarado

Außenminister
Arturo Gerardo Corrales Álvarez
(seit 8. Jänner)

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; Tegucigalpa, San Pedro Sula – **HK**

Besuche aus Österreich:

Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer Österreich und der Österreichischen Entwicklungsbank (18.–23. Oktober).

Österreichische Exporte: 6,612 Millionen Euro (–63,0 %)

Importe: 6,543 Millionen Euro (+32,3 %)

Indien

(Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt
Pranab Mukherjee

Regierungschef
Narendra Modi

Außenministerin
Sushma Swaraj

New Delhi – **ÖB, AC, ÖW**; Mumbai – **HGK, AB**; Chennai – **HK, AB**; Goa, Kalkutta – **HK**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 159.342 Euro

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Indien über soziale Sicherheit und die Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Indien im Bereich der Sozialen Sicherheit traten am 1. Juli in Kraft.

Österreichische Exporte: 700,627 Millionen Euro (+17,9 %)

Importe: 711,055 Millionen Euro (+13,6 %)

Indonesien

(Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Joko Widodo

Außenminister
Retno Marsudi

Jakarta – **ÖB, AC**; Yogyakarta, Bandung, Surabaya – **HK**

Besuche aus Österreich:

Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, politische Konsultationen mit Generaldirektor für amerikanische und europäische Angelegenheiten im indonesischen Außenministerium Dian Triansyah Djani und Gespräch mit stv. Generalsekretär von ASEAN Lim Hong Hin (5.–6. Juli).

Besuche in Österreich:

Delegation des Obersten Rechnungsprüfungsinstituts, Besuch beim Rechnungshof (6. Oktober); Delegation der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Indonesien-Österreich, Besuch im Nationalrat (13.–19. Dezember).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 18.872 Euro

Österreichische Exporte: 214,421 Millionen Euro (–2,0 %)

Importe: 230,871 Millionen Euro (+5,6 %)

Anhang

Irak (Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mohammed Fuad Masum	Haidar al-Abadi	Ibrahim al-Jaafari

ÖB: siehe Jordanien; Erbil – AC

Gespräch Bundesminister Sebastian Kurz mit Außenminister Ibrahim al-Jaafari am Rande der 70. VN-GV (New York, 30. September).

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Sebastian Kurz, Offizieller Besuch, Treffen mit Staatspräsident Fuad Masum, Außenminister Ibrahim al-Jaafari und Parlamentspräsident Salim al-Jaburi (Bagdad, 1. Februar); Gespräche mit Premierminister der autonomen Region Kurdistan-Irak Nechirvan Barzani und Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen Falah Mustafa Bakir (Erbil, 1.–2. Februar); Delegation des österreichischen Parlaments, Treffen mit Premierminister der autonomen Region Kurdistan-Irak Nechirvan Barzani, Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen Falah Mustafa Bakir und Vizepräsident des Parlaments Jaffar Hagi Eminki (Erbil, 17.–18. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 1,250 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 140,967 Millionen Euro (+91,5 %)

Importe: 211,203 Millionen Euro (+178,9 %)

Iran (Islamische Republik Iran), Teheran

Oberster Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Hassan Rohani	Mohammad Javad Zarif

Teheran – **ÖB, KF, AC**

Gespräch Bundesminister Sebastian Kurz mit Außenminister Mohammad Javad Zarif am Rande der Vertragsstaatenkonferenz des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (New York, 27. April)

Besuche aus Österreich:

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Gespräche mit Vize-Außenminister Majid Takhte Ravanchi, Außenminister Mohammad Javad Zarif, Vorsitzendem des Hohen Rates der Außenpolitik des Schlichtungsrates Kamel Kharrazi sowie stv. Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates Saeed Iravani (23.–26. Mai); Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Richard Schenz, Treffen mit Präsident der iranischen Handels-, Industrie-, Bergwerks- und Landwirtschaftskammer Gholemossein Shafeei, Vizepräsident für Marketing und Regulierung der Handelsbeziehungen in der iranischen Handelsentwicklungsorganisation Mir Aboutaleb Badri, Leiter für Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Industrie, Handel und Bergbau Ali Mohammad Goodarzi und mit Generalgouverneur von Qazvin, Morteza Roozbeh (8.–10. Juni); Leiter der Sektion Internationale Angelegenheiten im BMEIA Jan Kickert, Konsultationen mit Vize-Außenminister Majid Takhte-Ravanchi, Generaldirektor für Westeuropa im Außenministerium Abolghasem Delfi, Generaldirektor für Staaten des Persischen Golfs Mohammad Farazmand, stv. Vorsitzenden des Ausschusses für Außenpolitik und Nationale Sicherheit im iranischen Parlament Hossein Sobhani-Nia und mit Generaldirektor des Instituts für Politische und Internationale Studien (IPIS) Hadi Soleimanpour (9.–10. August); Leiterin der Sektion für Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration im BMWFW Bernadette Gierlinger, Vorbereitungstreffen für die 8. Tagung der Gemischten Kommission (18.–19. August); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Sebastian Kurz, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl und Delegation, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräche mit Oberstem Führer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei, Präsident Hassan Rohani, Parlamentspräsident Ali

Länderinformationen

Larijani, Vorsitzendem des Schlichtungsrates Ali Akbar Hashemi Rafsanjani, Chef der Judikative Sadegh Amoli Larijani und mit Außenminister Mohammad Javad Zarif, Teilnahme am Wirtschaftsforum Iran-Österreich, Arbeitsmittagessen mit Generalgouverneur von Isfahan, Rasoul Zargarpoor (Teheran, Isfahan, 7.–9. September); Landeshauptmann Wilfried Haslauer in Begleitung von Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl und Präsident der Wirtschaftskammer Salzburg Konrad Steindl, Treffen mit Generalgouverneur der Provinz Isfahan Rasoul Zargarpoor, Vizegouverneur Mohammad Ali Torfea, Präsident der Handelskammer von Isfahan Seyed Abdolwahab Sahlabadi und Teilnahme am Wirtschaftsforum Isfahan-Salzburg; Treffen mit stv. Gouverneur der Provinz Teheran Seyed Shahabaldin Chavoshi, Vizepräsident der Organisation für kulturelles Erbe, Handarbeit und Tourismus (ICCHTO) Rahmanie Movahed, Vizepräsidenten der Teheraner Handelskammer Mehdi Jahangiri und Teilnahme am Wirtschaftsforum Teheran-Salzburg (Isfahan, Teheran, 9.–11. November).

Besuche in Österreich:

Außenminister Mohammad Javad Zarif, mehrfache Besuche im Rahmen der E3/EU+3 Gespräche mit dem Iran zu Nuklearfragen und der Syrien-Gespräche, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (3. Juli), Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz (3.–14. Juli); Vizepräsident für wissenschaftliche und technologische Angelegenheiten Sorrena Sattari, Industrieminister Mohammed Reza Nematzadeh, Teilnahme an der „Iran-EU Conference, Trade & Investment“, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Sebastian Kurz (23.–24. Juli); Innenminister Abdolreza Rahmani Fazli, Teilnahme an Treffen mit dem Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (15. Dezember).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 9.800 Euro

Österreichische Exporte: 248,155 Millionen Euro (+16,4 %)

Importe: 16,162 Millionen Euro (–16,1 %)

Irland (Irland), Dublin

Staatsoberhaupt
Michael D. Higgins

Regierungschef
Enda Kenny

Außenminister
Charles Flanagan

Dublin – **ÖB, AC**

Treffen Bundesminister Sebastian Kurz mit Außenminister Charles Flanagan und Außenministerin von Mexiko Claudia Ruiz Massieu Salinas am Rande der 70. VN-GV (New York, 26. September).

Besuche aus Österreich:

Bundesministerin Sophie Karmasin, Treffen mit VertreterInnen des irischen Ministeriums für Jugend und Familie und mit VertreterInnen von Sozial-, Familien- und Jugendorganisationen (23. Jänner).

Besuche in Österreich:

Stv. Generalsekretär und Defence Policy Director im irischen Verteidigungsministerium Ciaran Murphy, Treffen mit Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im BMLVS Johann Frank (9. April); Sektionschef für die EU im Amt des irischen Regierungschefs Lorcan Fullam, Treffen mit Leiter der Sektion für EU-Koordination und wirtschaftspolitische Angelegenheiten im BMEIA Hubert Heiss (20. Mai); Delegation des Joint Committee on Education and Social Protection des irischen Parlaments, Meinungsaustausch zu dualer Ausbildung mit österreichischen Abgeordneten zum Nationalrat, Gespräche im BMASK und in der WKÖ (29. Mai); Politischer Direktor im irischen Außenministerium Barrie Robinson, Konsultationen mit Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert (23. Juni).

Österreichische Exporte: 258,589 Millionen Euro (–10,8 %)

Importe: 501,847 Millionen Euro (+8,6 %)

Anhang

Island

(Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ólafur Ragnar Grímsson	Sigmundur Davíð Gunnlaugsson	Gunnar Bragi Sveinsson

ÖB, AC: siehe Dänemark; Reykjavik – **HGK**

Österreichische Exporte: 17,593 Millionen Euro (+16,6 %)

Importe: 14,508 Millionen Euro (+99,0 %)

Israel

(Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Reuven Rivlin	Benjamin Netanyahu	Benjamin Netanyahu (seit 14. Mai)

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AC**; Jerusalem – **HK, ÖBibl.**, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bundesministerin Sophie Karmasin, Treffen mit Ministerin für Soziale Gleichbehandlung, Jugend und Senioren, Gila Gamliel (1.–3. Juni), Staatssekretär Harald Mahrer, Treffen mit Persönlichkeiten aus dem Startup-Bereich (13.–16. Juni), Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Treffen mit Leiterin der Bank of Israel, Karnit Flug (29. Mai – 1. Juni), Leiterin der Protokollabteilung im BMEIA Bettina Kirnbauer, Treffen mit Chefin des Protokolls und designierter Botschafterin in Wien Talya Lador-Fresher (18.–20. Februar), Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMEIA Wolfgang Waldner, Treffen mit Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich (12.–15. Oktober), Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Treffen mit Erziehungsminister Naftali Bennett (31. Oktober – 3. November).

Besuche in Österreich:

Knesset-Abgeordneter und Leiter der israelisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe Amir Peretz, Treffen mit Abgeordneter zum Nationalrat Michaela Steinacker und Abgeordnetem zum Nationalrat und Klubobmann Andreas Schieder (16. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Staates Israel zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie ein Archivabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel befinden sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 342,179 Millionen Euro (+22,8 %)

Importe: 171,882 Millionen Euro (+2,5 %)

Italien

(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sergio Mattarella (seit 3. Februar)	Matteo Renzi	Paolo Gentiloni

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, Zweigbüro AC**; Mailand – **GK, KF, AC, ÖW**; Padua – **AC**; Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**; Trient, Udine – **ÖBibl.**

Besuche aus Österreich:

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Treffen mit Generalsekretär im Außenministerium Michele Valensise (19. März); Generalstabschef der Luftwaffe Karl Gruber,

Länderinformationen

Treffen mit Generalstabschef der Luftwaffe Pasquale Preziosa (6.–9. April); Bundesminister Sebastian Kurz, Treffen mit Außenminister Gentiloni und mit den Südtiroler Abgeordneten zum italienischen Parlament (7. April); Präsidentin des Bundesrates Sonja Zwazl, Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Staaten (20.–21. April); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme am Kulturlandesrätetreffen (Brixen, 22. April); EXPO-Regierungskommissär und Vizekanzler a.D. Josef Pröll, EXPO-Eröffnung (Mailand, 1. Mai); Präsidentin des Bundesrates Sonja Zwazl, Marktsondierungsreise niederösterreichischer Unternehmen, Besuch der Lebensmittelmesse „Tutto Food“ und der EXPO (Mailand, 3. Mai); Landesrätin Petra Bohuslav und Landesrat Max Hiegelsberger, Besuch der Lebensmittelmesse „Tutto Food“ und der EXPO (Mailand, 3.–5. Mai); Bundesminister Josef Ostermayer, Besuch der Biennale (Venedig, 7.–9. Mai); Landesrat Christian Buchmann, Besuch der EXPO (Mailand, 11.–13. Mai); Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Landesrat Christian Ragger, Eröffnung eines Biwaks anlässlich des Jubiläums von Nationalpark Hohe Tauern und Großglockner Hochalpenstraße, (Mailand, 18.–19. Mai); Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, Proholz Studienreise und Besuch der EXPO (Mailand, 19.–20. Mai); EXPO-Regierungskommissär und Vizekanzler a.D. Josef Pröll, Offizielle Eröffnung des Österreich-Pavillons der EXPO (Mailand, 19. Mai); Landtagspräsident Franz Majcen und Abgeordnetendelegation (Bozen, 22. Mai); Stadtrat für Kultur und Wissenschaft Andreas Mailath-Pokorny, Teilnahme am Konzert der Wiener Symphoniker (Mailand, 24.–26. Mai); Bundesminister Andrä Rupprechter, Treffen mit Landeshauptmann Arno Kompatscher (Bozen, 5. Juni); Bundesminister Andrä Rupprechter, Teilnahme an der 39. FAO Konferenz und Treffen mit Südtiroler Abgeordneten zum italienischen Parlament (10. Juni); Delegation des Landesverteidigungsausschusses des Nationalrates (11.–12. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Ruperta Lichtenecker, Teilnahme am OECD-Seminar „Reforms for Growth“ (25.–26. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Andrä Rupprechter, Bundesminister Josef Ostermayer, Landeshauptmann Markus Wallner, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl, EXPO-Regierungskommissär und Vizekanzler a.D. Josef Pröll, Teilnahme am „Österreich-Tag“ der EXPO (Mailand, 26. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Bürgermeister von Turin Piero Fassino (Turin, 27.–28. Juni); Landesrat Christian Benger, Kärnten-Tag der EXPO (Mailand, 2. Juli); Landeshauptmann Günther Platter, gemeinsame Teilnahme am EUREGIO Tirol-Südtirol-Trentino-Tag auf der EXPO mit Landeshauptmann Arno Kompatscher und Trentiner Landeshauptmann Ugo Rossi (Mailand, 10. Juli); EXPO-Regierungskommissär und Vizekanzler a.D. Josef Pröll, Begrüßung der millionsten Besucherin des Österreich-Pavillons (Mailand, 25. August); Wiener Stadtrat Manfred Juraczka, Besuch der EXPO (Mailand, 26.–27. August); Landesrat Michael Strugl, Oberösterreich-Tag auf der EXPO (Mailand, 7.–9. September); Landeshauptmann Markus Wallner, Treffen mit Landeshauptmann Arno Kompatscher (Bozen, 10. September); Bundesminister Andrä Rupprechter, Teilnahme an informellem Treffen der EU-Umweltminister (15.–16. September); Studienreise von RichteramtsanwärterInnen unter Leitung von Präsident des Oberlandesgerichts Wien Gerhard Jelinek (Florenz, 3.–11. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Elmar Podgorschek, Teilnahme am Wien-Ball (10. Oktober); Generalstabschef Othmar Commenda, Treffen mit Generalstabschef Claudio Graziano (12.–13. Oktober); Landesrat Helmut Bieler und Landesrätin Verena Dunst, Treffen mit Landesräten Philipp Achammer und Arnold Schuler (Bozen, 14.–15. Oktober); EXPO-Regierungskommissär und Vizekanzler a.D. Josef Pröll, Festakt zur Baumschenkung aus dem Österreich-Pavillon der EXPO (Mailand, 23. Oktober); Präsident des Bundesrates Gottfried Kneifel, Besuch der EXPO (Mailand, 24.–26. Oktober); Landeshauptmann Markus Wallner, Konzert des Symphonieorchesters Vorarlberg (Mailand, 26. Oktober); Mitglied des Bundesrates Susanne Kurz, Teilnahme an Treffen des Kulturausschusses der Zentraleuropäischen Initiative (2. November); Abgeordneter zum Nationalrat Werner Amon und Mitglied des Bundesrates Gerhard Schödinger, Teilnahme am Treffen der Innenausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (11. Dezember).

Besuche in Österreich:

Landeshauptmann Arno Kompatscher, Teilnahme am Tiroler Ball (24. Jänner); Präsident der Region Lombardei Roberto Maroni, Treffen mit Bürgermeister Michael Häupl (16. Februar); Landeshauptmann Arno Kompatscher, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, mit Bundesminister Sebastian Kurz, mit Mitgliedern des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates und mit

Anhang

Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf (19. Februar); Delegation des italienischen Senats unter Leitung des Vorsitzenden des Umweltausschusses Senator Giuseppe Marinello und des Vorsitzenden des Handelsausschusses Senator Massimo Mucchetti, Teilnahme am 15. Interparlamentarischen Treffen von EUFORES (13. März); Vizeminister für Infrastruktur Riccardo Nencini, Teilnahme an der Internationalen Konferenz „Cross Alpine Corridors“ (Innsbruck, 19. März); Vizeminister Filippo Bubbico, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Tackling Jihadism Together“ (20. März); Bürgermeister von Rom Ignazio Marino, Teilnahme am Treffen der Bürgermeister der EU-Hauptstädte (21. April); Abgeordneter Paolo Alli, Teilnahme am Vienna Parliamentary Forum on Intelligence-Security (6.–7. Mai); Staatssekretärin Silvia Velo, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung anlässlich 70 Jahre Befreiung des KZ-Mauthausen (Mauthausen, 10. Mai); Landeshauptmann Arno Kompatscher, Teilnahme am Festakt „60 Jahre Staatsvertrag“, Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz (15. Mai); Ministerin für Verfassungsreformen und Beziehungen zum Parlament Maria Elena Boschi, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf sowie Bundesminister Josef Ostermayer (2.–3. Juni); Landesrat Philipp Achammer, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundesminister Josef Ostermayer (22. Juni); Landeshauptmann Arno Kompatscher, Teilnahme am Tiroltag des Europäischen Forums Alpbach (Alpbach, 23. August); Außenminister Paolo Gentiloni, Teilnahme am Wiener Westbalkan-Gipfel (27. August); Landeshauptmann Arno Kompatscher, Treffen mit den Landeshauptleuten Josef Pühringer und Erwin Pröll (Linz, St. Pölten, 27.–28. August); Staatspräsident Sergio Mattarella und Delegatoin, Offizieller Besuch, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und mit Bundeskanzler Werner Faymann (16. September); Landeshauptmann Arno Kompatscher und Trentiner Landeshauptmann Ugo Rossi, Teilnahme am EUREGIO-Fest (Hall in Tirol, 19. September); Leiter der parlamentarischen Delegation Italiens bei der Zentraleuropäischen Initiative Senator Lodovico Sonogo, Treffen mit Mitglied des Bundesrates Susanne Kurz und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (24.–25. September); Delegation des Südtiroler Landtags unter Leitung von Landtagspräsident Widmann, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, mit Präsident des Bundesrates Gottfried Kneifel und mit Mitgliedern des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates (28.–29. September); Präsident des Trentiner Landtags Bruno Dorigatti, Teilnahme an Gedenkveranstaltung für Trentiner Deportierte (Mitterndorf, 4. Oktober); Senator Antonio D’Alì, Teilnahme am Treffen des Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (20.–21. Oktober); Landeshauptmann Arno Kompatscher, Besuch bei Landeshauptmann Günther Platter und Teilnahme an der Feier zum Nationalfeiertag (Innsbruck, 24. Oktober); Delegation des Verfassungsausschusses des italienischen Senats unter Leitung von Vorsitzender Anna Finocchiaro, Treffen mit Präsident des Bundesrates Gottfried Kneifel (12.–13. November); Landeshauptmann Arno Kompatscher, Treffen mit Landeshauptmann Peter Kaiser (Klagenfurt, 23. November); Landeshauptmann Arno Kompatscher und Landesrat Philipp Achammer, Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Sebastian Kurz (23. November); Präsidentin der Region Friaul-Julisch Venezien Debora Serracchiani (25. November); Präsidentin der italienischen Abgeordnetenversammlung Laura Boldrini, Gespräch mit Präsidentin des Nationalrates Doris Bures (21.–23. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Vom 28. bis 30. April fand in Florenz die 9. Tagung der Ständigen Gemischten Grenzkommision statt.

Der diplomatische Notenwechsel zur Anerkennung von sechs weiteren österreichischen Bachelor-Studien und vier weiteren österreichischen Master-Studien trat mit 1. Juni in Kraft.

Der Vertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde am 15. Juli von Österreich ratifiziert.

Österreichische Exporte: 8.258,953 Millionen Euro (+0,3 %)

Importe: 8.199,697 Millionen Euro (+2,1 %)

Länderinformationen

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Portia Simpson Miller	Arnold J. Nicholson
vertreten durch		
Generalgouverneur		
Sir Patrick L. Allen		

ÖB: siehe Kanada; **AC:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Österreichische Exporte: 2,832 Millionen Euro (–19,1 %)

Importe: 430.000 Euro (+31,4 %)

Japan (Japan), Tokio

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kaiser Akihito	Shinzo Abe	Fumio Kishida

Tokio – **ÖB, KF, AC, ÖW**, Wien-Büro; Osaka – **HGK**; Asahikawa, Hiroshima, Nagoya – **HK**

Gespräch Bundesminister Sebastian Kurz mit Bürgermeister von Hiroshima Kazumi Matsui am Rande der Vertragsstaatenkonferenz des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (New York, 27. April).

Besuche aus Österreich:

Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Politische Konsultationen im japanischen Außenministerium u. a. bei stv. Außenminister (25.–29. März); Landtagspräsident Herwig van Staa, Erneuerung des Freundschaftsabkommens zwischen Innsbruck und der Stadt Omachi (6.–15. April); Abgeordnete zum Nationalrat Petra Steger und Aygül Berivan Aslan, Teilnahme an der IPU Global Conference of Young Parliamentarians (27.–30. Mai); 19. Tagung des Österreichisch-Japanischen Komitees für Zukunftsfragen (5.–6. Oktober); Bundesminister Andrä Rupprechter, Arbeitsgespräche mit Landwirtschaftsminister Hiroshi Moriyama, Umweltministerin Tamayo Marukawa, Gesundheits- und Sozialminister Yasuhisa Shiozaki, Minister für Regionalförderung Shigeru Ishiba, Treffen mit Justizminister Mitsuhide Iwaki und mit den Vorsitzenden der Landwirtschaftsausschüsse im Unter- und im Oberhaus Taku Eto und Toshio Yamada (3.–7. November); Bundesministerin Sophie Karmasin, Arbeitsgespräche mit Minister für den Einbezug aller Bürger in ein aktives Leben Katsunobu Kato, Bildungs- und Wissenschaftsminister Hiroshi Hase, Gesundheits- und Sozialminister Yasuhisa Shiozaki, Treffen mit Vorsitzendem der japanisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe im Unterhaus Seishiro Eto (30. November–2. Dezember).

Besuche in Österreich:

Stv. Vizeaußenminister Kenji Hiramatsu (16. Jänner); Delegation des parlamentarischen Unterhauses unter Leitung von Ichiro Aisawa, Gespräch mit den JugendsprecherInnen im Nationalrat, Konsultationen im BMEIA (30. April); Minister für Regionalförderung Shigeru Ishiba, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach, Treffen mit Bundesminister Andrä Rupprechter (Alpbach, 29.–31. August); Premierminister a.D. Yoshiro Mori (20.–22. September); Premierminister a.D. Yoshihiko Noda (8.–12. Oktober); Delegation unter Leitung von Bürgermeister von Hiroshima Kazumi Matsui, Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz und Teilnahme an der Eröffnung der Ausstellung über die Zerstörung der Städte Hiroshima und Nagasaki durch die Atombombenabwürfe im Vienna International Centre (VIC) (17. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Die Verhandlungen über ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen wurden fortgesetzt, und die Verhandlungen über ein Working Holiday Programm am 18. Dezember in Wien abgeschlossen.

Österreichische Exporte: 1.349,684 Millionen Euro (+1,4 %)

Importe: 1.867,265 Millionen Euro (+6,9 %)

Anhang

Jemen

(Republik Jemen), Sana'a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdo Rabbo Mansour	Khaled Mahfoudh	Abdullah Mohammad
Hadi	Abdullah Bahah	Al Saidi

ÖB, AC: siehe Saudi-Arabien; Sana'a – HK

Österreichische Exporte: 9,790 Millionen Euro (–38,5 %)

Importe: 169.000 Euro (–99,3 %)

Jordanien

(Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II	Abdullah Ensour	Nasser Judeh
bin al-Hussein		

Amman – ÖB, AC

Treffen Bundespräsident Heinz Fischer mit König Abdullah II am Rande der 70. VN-GV im Beisein von Bundesminister Sebastian Kurz und Außenminister Nasser Judeh (New York, 27. September).

Besuche aus Österreich:

Treffen von Bundesminister Sebastian Kurz mit König Abdullah II und Außenminister Nasser Judeh am Rande des World Economic Forums für Nahost und Nordafrika (Totes Meer, 22. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Treffen mit Generalsekretär im Außenministerium Mohammed Tayseer Bani Yassim am Rande der Mittelmeerkonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Totes Meer, 20. Oktober).

Besuche in Österreich:

Delegation des jordanischen Parlaments unter Leitung von Vorsitzendem des Ausschusses für Internationale und Arabische Beziehungen Bassam al Manaseer, Gespräche mit Abgeordneten zum Nationalrat und Treffen mit Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf (11. Mai); Außenminister Nasser Judeh, Gespräch mit Bundesminister Sebastian Kurz (23. Oktober); Wissenschaftsminister Labib Khadra, Gespräch mit Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner (28. Oktober); König Abdullah II, Offizieller Arbeitsbesuch, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, mit Präsidentin des Nationalrates Doris Bures und mit Abgeordneten des Nationalrates und Mitgliedern des Bundesrates (17.–19. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 494.900 Euro

Österreichische Exporte: 65,309 Millionen Euro (–6,0 %)

Importe: 6,602 Millionen Euro (+153,4 %)

Kambodscha

(Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Samdech Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AC: siehe Thailand

Österreichische Exporte: 2,172 Millionen Euro (–26,5 %)

Importe: 141,269 Millionen Euro (+31,3 %)

Länderinformationen

Kamerun (Republik Kamerun), Yaundé

Staatsoberhaupt Paul Biya	Regierungschef Philémon Yang	Außenminister Lejeune Mbella Mbella (seit 2. Oktober)
------------------------------	---------------------------------	---

ÖB, AC: siehe Nigeria

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 16.011 Euro

Österreichische Exporte: 5,227 Millionen Euro (–41,1 %)

Importe: 2,050 Millionen Euro (–15,5 %)

Kanada (Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II. vertreten durch Generalgouverneur David Johnston	Regierungschef Justin Trudeau (seit 4. November)	Außenminister Stéphane Dion (seit 4. November)
--	--	--

Ottawa – **ÖB, KF**; Toronto – **HGK, AC**; Montréal – **HGK, AC**; Halifax, Vancouver – **HGK**; Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich:

Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Arbeitsgespräche im kanadischen Außenministerium mit Assistant Dep. Minister for Europe, Middle East and Maghreb Dan Costello, mit Director General UN, Stabilization Task Force Tamara Guttman und Director General Security and Intelligence, OSZE Jennifer May, Treffen mit John Hannaford vom Prime Minister's Office und mit Parlamentariern (9.–10. März).

Besuche in Österreich:

Senior Associate Deputy Minister for Foreign Affairs Peter Boehm, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (30. Jänner); Assistant Deputy Minister im Department of Immigration, Refugees and Citizenship Robert Orr, Arbeitsgespräche mit Leiterin der Rechts- und Konsularsektion im BMEIA Elisabeth Tichy-Fisslberger, Leiter der Integrationssektion Stefan Steiner und im BMI (6. Februar); Senior Associate Deputy Minister for Foreign Affairs Peter Boehm, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (15. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Die Verhandlungen über eine Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und Kanada im Bereich der Sozialen Sicherheit wurden fortgesetzt.

Österreichische Exporte: 1.027,040 Millionen Euro (+1,6 %)

Importe: 440,398 Millionen Euro (+16,6 %)

Kasachstan (Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt Nursultan Nasarbajew	Regierungschef Karim Massimow	Außenminister Jerlan Idrissow
---	----------------------------------	----------------------------------

Astana – **ÖB**; Almaty – **HK, AC**, **ÖBibl**.

Anhang

Besuche aus Österreich:

Leiterin der Sektion für Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration im BMWFW Bernadette Gierlinger und Delegation, Teilnahme an der 6. Tagung der Gemischten Kommission für wirtschaftliche, landwirtschaftliche, ökologische, industrielle und technologische Zusammenarbeit, Treffen mit Vizeaußenminister Alexej Wolkow, Vizeaußenminister Rapol Dschoschibajew, Vizeminister für Investitionen und Entwicklung Albert Rau (16.–17. März); Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Richard Schenz, Wirtschaftsmission (16.–20. März), Teilnahme an der 3. Tagung des Österreichisch-Kasachstanischen Geschäftsrates (ÖKGR), Treffen mit Vizeenergieminister Usakbaj Karabalin (16. März); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, Teilnahme am Astana Wirtschaftsforum, Treffen mit Regierungschef Karim Massimow und den Präsidenten beider Parlamentskammern Senatspräsident Kassym-Dschomart Tokajew und Parlamentspräsident Kabibulla Dschakupow (21.–23. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Treffen mit Exekutivsekretär des Außenministeriums Anarbek Karaschew, Vorsitzendem des außenpolitischen Parlamentsausschusses Maulen Aschimbajew, Vorsitzendem des Maschinenbauverbandes Mejram Pschembajew und stv. Vorstandsvorsitzendem der Außenhandelskammer Ajan Jerenow (15. Oktober); Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer Wien (Astana, Almaty, 20.–23. Oktober).

Besuche in Österreich:

Parlamentarierdelegation unter Leitung von Vorsitzender des Ausschusses des kasachischen Parlaments für internationale Angelegenheiten, Verteidigung und Sicherheit Ikram Adyrbekow, Treffen mit Zweitem Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf (18. Februar); Stv. Außenminister Yerschan Aschikbajew, Treffen mit Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert (24. Februar); Außenminister Jerlan Idrissow, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme an der Tagung des Eurasian Council on Foreign Affairs (ECFA) (2. Dezember).

Österreichische Exporte: 220,505 Millionen Euro (–14,3 %)

Importe: 865,417 Millionen Euro (–47,4 %)

Katar

(Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Tamim	Sheikh Abdullah Bin Nasser	Khalid Bin Mohamed
Bin Hamad Al-Thani	Bin Khalifa Al-Thani	Al-Attiyah

Doha – ÖB, AC;

Besuche aus Österreich:

Leiterin der Sektion für Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration im BMWFW Bernadette Gierlinger, Gespräche im Wirtschafts- und Handelsministerium, Ashgal (Public Works Authority) und Qatar Rail (16. April); Bundesminister Wolfgang Brandstetter und Delegation, Teilnahme am 13th United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice, Arbeitsgespräch mit Justizminister Hassan Al Mohannadi (12.–20. April); Leiterin der Rechts- und Konsularsektion im BMEIA Elisabeth Tichy-Fisslberger und Delegation, Teilnahme am 13th United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice.

Besuche in Österreich:

Außenminister Khalid bin Mohammed Al Attiyah, Teilnahme an den Syrien-Gesprächen (29.–30. Oktober, 13.–15. November); Vize-Außenminister Mohammed bin Abdullah Al Rumaihi, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (19. November).

Österreichische Exporte: 157,417 Millionen Euro (+58,6 %)

Importe: 35,079 Millionen Euro (+31,2 %)